



4. Juni 1918

LUDWIG QUESSEL - ENGLAND UND DER KONTINENTALEUROPÄISCHE FRIEDE

TROTZ aller Sorgfalt, die man fast überall an den leitenden Stellen daran wendet die wirkliche Politik dieses Krieges geheim zu halten, sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß dieser Krieg auch insoweit etwas ganz Neues in der Geschichte darstellen wird, als diese Geheimhaltung sich nicht lange aufrecht erhalten lassen wird. Die politischen Untergründe dieser Welikatastrophe mit allen ihren Wechsel- und Zwischenfällen sind uns freilich in vielen Stücken noch ein Unbekanntes. Und doch mußte den Völkern schon vieles, was sie nach alter Übung erst nach 50 oder 100 Jahren aus verstaubten Archiven erfahren sollten, jetzt schon bekannt gegeben werden. So wissen wir heute durch den Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sixtus mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß im Frühling 1917 die Möglichkeit eines kontinentaleuropäischen Friedens ernsthaft ins Auge gefaßt worden ist. Freilich, es scheint so, als hätte man sich auf der andern Seite Bedingungen vorgestellt, die dem deutschen Nationalgefühl unerträglich hätten sein müssen. Bei den Widersprüchen und Entstellungen, die den Tatbestand vorläufig noch undurchsichtig erscheinen lassen, ist das nicht mit Sicherheit festzustellen. Indes, das Entscheidende war gar nicht, wie sich wohl der eine oder andere Partner die Bedingungen wünschte oder dachte: das Ergebnis der Verhandlungen wäre ja doch durch die realen Tatsachen der Kräfte bestimmt worden, wie sie damals lagen. Das Entscheidende wäre vielmehr gewesen, daß die Kontinentalmächte überhaupt auf irgendeiner, noch so hypothetischen Grundlage in direkte Verhandlungen hätten eintreten können. Geht man von der Ansicht aus (die hier stets vertreten wurde), daß unausgleichbare Gegensätze zwischen den Völkern des europäischen Festlands an sich nicht vorliegen, daß die Gegensätze, die die Völker in den Krieg mit einander getrieben haben, vielmehr erst durch England hochgezüchtet worden sind, so kann man mit Grund annehmen, daß eine Verhandlung unter den Kontinentalmächten, falls der störende Einfluß Englands dabei ausgeschaltet wäre, mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer Verständigung führen würde, die den schlimmen Völkerhader, unter dem Europa so lange gelitten hat, mildern und die Bahn zu einer kontinentaleuropäischen, von britischer Suprematie befreiten Gemeinschaft freilegen könnte.

Eben aus diesem Grund hatte aber England auch das dringendste Interesse die Möglichkeit solcher Verhandlungen a limine zu beseitigen. Es hatte dazu die Mittel, die ihm stets zu Gebote standen, und die die britische Politik stets meisterhaft gehandhabt hat: Die Alliierten, die sich dem britischen Einfluß zu entziehen Miene machen sollten, werden einestheils durch die Anstachelung weitergehender Hoffnungen irreführt, andernteils durch verhüllte Drohungen wieder bei England gehalten; nötigenfalls werden auch gewisse Schritte durch direkten Druck verhindert. Und gleichzeitig lenkt England die Annäherungsversuche des Gegners von den Kontinentalmächten weg auf sich selber hin. Alle diese Mittel charakterisieren die Politik der Vorkriegszeit, namentlich der Periode Bethmann Hollweg. Sie sind natürlich auch im Krieg angewandt worden, insbesondere vor einem Jahr, und sie werden es heute wieder.

Wer die von England seit Jahrhunderten immer konsequent festgehaltene Außenpolitik kennt, in der das Geheimnis aller britischen Erfolge liegt und auf die das Wunder zurückzuführen ist, daß das Zehnmillionenvolk der Briten vor 100 Jahren mit einem lächerlich geringen Aufgebot militärischer Kraft das Vierzigmillionenvolk der Franzosen und das größte militärische Genie, das Europa hervorgebracht hat, besiegen konnte, wird sich ohne weiteres klar darüber sein, daß man in London im Frühjahr 1917 alle Hebel der Diplomatie in Bewegung gesetzt hat, um, koste es, was es wolle, einen Frieden auf dem Kontinent zu vereiteln. Wie England im Osten von dem Zeitpunkt an, wo es die Gewißheit erlangte, daß die Regierung des Zaren am 20. Juni 1916 mit Japan einen Geheimvertrag abgeschlossen hatte, der nach der Interpretation der Iswestija ein »bewaffnetes Auftreten« beider Mächte »gemeinschaftlich gegen Amerika und England vor 1921« im Auge hatte, sofort damit begann den Sturz des alten Regimes mit allen Kräften zu fördern, unbekümmert um die sehr gefährlichen militärischen Folgen, die eine Revolution im Osten für die Entente zeitigen konnte, so ist man in London sicherlich auch vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um das Zustandekommen eines Friedens mit Frankreich zu vereiteln. Während die britische Diplomatie in Petersburg gegen die Romanows wühlte, nicht um sie zu stürzen, sondern um sie sich, wenn möglich, durch Angst gefügig zu machen, ermunterte sie in Paris die ausschweifendsten Annexionsgelüste, um jedes mögliche Entgegenkommen der Zentralmächte von vornherein zu entwerten. Daß eine solche Ermunterung der Gelüste einer Clique französischer Zerschmetterungspolitikern auf die Rheinpfalz, Rheinhessen und den linksrheinischen Teil der Rheinprovinz von London aus zu Beginn des Jahres 1917 stattgefunden hat, dafür legt das Geheimtelegramm des russischen Außenministers Pokrowskij an den russischen Botschafter in Paris Zeugnis ab, weil darin der Plan »die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland loszureißen« nicht nur als ein französisches, sondern auch als ein englisches Kriegsziel gekennzeichnet wird: »Wenn wir [die Russen] Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, so rechnen wir darauf, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Österreich anlangt.« Diese Instruktion läßt gar keine andere Auslegung zu, als daß in jenen Tagen der britische Botschafter Buchanan die Wünsche des französi-

schen Gesandten Doumergue »die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland loszureißen« sehr entschieden unterstützt hat. Wenn schließlich in der Note des russischen Außenministers an den französischen Botschafter vom 14. Februar 1917 Rußland definitiv seine Zustimmung gibt, daß alle »auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebiete, die jetzt Teile des Deutschen Reiches bilden, ganz von Deutschland abzutrennen und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland zu befreien sind«, so hat das wiederum nur einen Sinn unter der Voraussetzung, daß zwischen dem 30. Januar und dem 14. Februar 1917 England sich Rußland gegenüber geneigt gezeigt hatte die polnischen Landesteile Preußens an ein unter russischer Oberhoheit stehendes Polen fallen zu lassen. Und warum hätte England diese Pläne, der französischen und russischen Annexionisten auch nicht ermuntern sollen? In der englischen Presse hat man in jenen Tagen ja immer wieder die Ansicht vertreten, daß, wenn unsere überseeischen Beziehungen zerstört werden, wenn wir das linke Rheinufer an Frankreich und Belgien und die polnischen Landesteile an ein uns feindliches Polen abgeben müßten, wir für England ökonomisch und politisch ungefährlich sein würden. Was die englische Presse freilich weise verschwiegen, war die Überzeugung, daß eine solche Neuordnung Europas auch den ganzen Kontinent unter englische Botmäßigkeit bringen und die britische See- und Weltherrschaft für unabsehbare Zeit sichern mußte. Wenn jetzt der Hauptstaatssekretär des auswärtigen Amtes Balfour am 16. Mai im Unterhaus erklärte, England habe die Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland über die Losreißung des ganzen linken Rheinufers von Deutschland »erst viel später kennen gelernt«, so wird man in Deutschland den Wert dieser Behauptung wohl richtig einzuschätzen wissen. Man wird hoffentlich auch verstehen, was Balfours orakelhafte Wendung, daß wir »die wahren Gründe des Abbruchs der Verhandlungen vielleicht nie erfahren werden«, bedeuten soll. Daß England außer dem Zuckerbrot künftiger Annexionen auch noch die Peitsche gegenwärtiger Entbehrenungen den Alliierten zu geben verstand, daran braucht man nicht zu zweifeln. Ein Zeugnis hierfür haben wir in einer bemerkenswerten Äußerung des Cri de Paris, der vor kurzem bei den Erörterungen über die Briefe des Kaisers Karl und die angebliche britische Friedensbereitschaft, die durch Frankreich durchkreuzt sein soll, sich folgendermaßen ausließ: »Selbst wenn wir Elsaß-Lothringen bekämen, würden England und Amerika den Krieg fortsetzen. Ein Separatfriede ist für uns nicht möglich. England und Amerika würden uns die Verpflegung abschneiden und uns sofort blockieren. Wir sind an unsere Verbündeten gekettet. Für uns heißt es nicht mehr zwischen Sieg und Frieden sondern zwischen Sieg und Hungersnot wählen.« In der Tat ist leicht einzusehen, daß England alle Machtmittel in der Hand hat, um Frankreich von Friedensverhandlungen abzuhalten. Während man umgekehrt beim besten Willen kein Mittel angeben kann, durch das Frankreich England hätte veranlassen können von einem Frieden, den es im Auge hatte, abzustehen. Zugleich begreifen wir jetzt erst recht, warum die französische Regierung seinerzeit die Pässe für Stockholm, die sie den Sozialisten bereits zugesagt hatte, ganz plötzlich, zur größten Überraschung aller Uneingeweihten, wieder verweigerte. Daß sie dies nur auf Betreiben Englands tat, ist hier damals schon betont worden. Jetzt, nachdem man eine neue Tatsache, nämlich einen Brief des Kaisers Karl kennt, der, wie immer er auch in Wahrheit gelautet haben mag, doch

jedenfalls auf einen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich abzielte, begreift man, daß England befürchten mußte, es könnte in Stockholm eine Einigung der deutschen und der französischen Sozialisten über die Grundlagen des Friedens zustande kommen. Und das mußte unter allen Umständen im britischen Interesse verhindert werden. Daher die Unterstützung der französischen Annexionisten durch die englische Diplomatie und Presse in ihrem Kampf gegen Stockholm, weil ja selbst ein militärischer Zusammenbruch Frankreichs bei dem gefährlichen Bestreben das ganze linke Rheinufer von Deutschland loszureißen für das Angelsachsenum immer noch nicht so gefährlich sein konnte wie ein Frieden, der einen spätern Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England ermöglicht hätte, wofür in dem russisch-japanischen Geheimvertrag ja das erste drohende Anzeichen für England schon vorlag.

Es ist nicht schwer einzusehen, warum England den Zusammenbruch Frankreichs und die zeitweilige Entstehung einer deutschen Hegemonie über den Kontinent lange nicht so zu fürchten braucht wie ein einiges Kontinentaleuropa. Da die Völker des Kontinents nach ihrem ganzen Charakter, wie er sich im Verlauf einer mehr als 1000jährigen Geschichte herausgebildet hat, die Obergewalt eines Staates nur widerwillig ertragen könnten und sich gegen ihn ständig in einem Zustand latenter Auflehnung befinden würden, so müßte der hegemonische Staat den besten Teil seiner Kraft verbrauchen, um seine Vormachtstellung aufrechtzuerhalten. Nehmen wir nun an, daß Deutschland einen vollständigen Sieg erringt und ihm nach Vertreibung der englischen Heere vom Kontinent die Hegemonie zufällt, so hätte es im Westen und Süden 120 Millionen Romanen, im Osten 150 Millionen Slawen gegen sich. Die Annahme, daß diese romanisch-slawische Mehrheit sich mit der Suprematie der deutschen Minderheit abfinden könnte, ist jedenfalls so lange nicht zulässig, als sie eine Stütze für eine gegen das hegemonische Deutschland gerichtete Politik bei den 160 Millionen Angelsachsen in England, Amerika, Australien und Südafrika finden würde. Andererseits hat der Gedanke, der Napoléons Streben nach der Hegemonie erfüllen mußte: daß nämlich die Oberherrschaft über den ganzen Kontinent mit Notwendigkeit auch zur Unterwerfung Englands führen müsse, heute seine Geltung verloren. Zu Napoléons Zeiten war der Kontinent Englands wichtigstes Absatz- und Versorgungsgebiet. Der Staat, der den Kontinent ökonomisch kontrollierte, bekam damit auch England in seine Gewalt. Wäre es Napoléon gelungen die Ein- und Ausfuhr Osteuropas in dem selben Maß unter seine Kontrolle zu bringen wie die Aus- und Zufuhren West- und Mitteleuropas, wo überall in den Häfen französische Zollbeamte ihres Amtes walteten, wäre in der Tat England gezwungen gewesen den ewigen Krieg gegen Frankreich einzustellen und die Vormundschaft über Europa aufzugeben. Die völlige Abschneidung der europäischen Lebensmittelzufuhr bedrohte England bei einer heimischen Mißernte zu jener Zeit unerbittlich mit Hungersnot, und auch an einen vollwertigen Ersatz der europäischen Rohstoffe durch überseeische Produkte war bei den damaligen Verhältnissen nicht zu denken. Für Napoléon hätte ein Sieg über Rußland auch den Sieg über England bedeutet. Heute liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse nahezu umgekehrt. Die ökonomische Entwicklung eines Jahrhunderts hat alle früheren Verhältnisse auf den Kopf gestellt. England ist von den euro-

päischen Lebensmittelzufuhren nicht nur unabhängig geworden, es kann sogar im Bunde mit dem *Größern Britannien über See* (Amerika und die englischen Kolonien) ganz Europa aushungern und wichtige Industrien der europäischen Staaten völlig lahmlegen. Die Erringung der Hegemonie auf dem Kontinent stellt heute nicht bloß keine ökonomische Bedrohung der britischen Inseln dar, sie setzt auch die wirtschaftliche Abhängigkeit des hegemonischen Staates von England nicht wesentlich herab und bietet diesem an sich noch keinerlei Handhabe sich der ökonomischen Erdrosselung zu entziehen.

Von der, an sich durchaus verständlichen Anschauung ausgehend, daß die Zusammenfassung der europäischen Völker gegen England nur durch eine deutsche Hegemonie zu erreichen sei, wollen die alldeutschen Politiker ein Kontinentaleuropa als a u ß e n p o l i t i s c h e E i n h e i t durch gewaltsame Unterwerfung der feindlichen Völker errichten. Das Ziel ist richtig, nur der Weg ist falsch. Eine Hegemonie Deutschlands über den Kontinent könnte diesen zu einer wahrhaften außenpolitischen Einheit doch nicht machen, würde aber unsere besten Kräfte nutzlos aufzehren und die ganze überseeische Welt: Asien, Afrika, Amerika, Australien, den Angelsachsen preisgeben und das europäische Festland weltpolitisch zur Ohnmacht verurteilen. Ohne ausreichende Sicherung seiner überseeischen Zufuhren muß aber jeder hegemonische Staat, mag er sich noch so kraftvoll über die anderen zeitweilig erheben, schließlich doch der militärischen Machtlosigkeit und der ökonomischen Verarmung verfallen. Das bestreiten auch die alldeutschen Politiker im Grunde nicht. Weil nun aber die Hegemonie über den Kontinent an sich noch kein ausreichendes Mittel ist die angelsächsischen Reiche zum Frieden zu zwingen, setzen sie alle ihre Hoffnungen auf den Unterseebootkrieg. Dieser ist in seiner Bedeutung hier stets erkannt worden; und namentlich damals, als man sich in Deutschland noch nicht entschließen konnte ihn anzuwenden und viele kostbare Zeit verstreichen ließ. Man darf aber nicht vergessen, daß England diese Zeit des Zögerns gut benutzt hat. Nun würde ja der Unterseebootkrieg sicherlich noch erfolgreicher werden, wenn Deutschland die ganze Kanalküste besetzen könnte. Andererseits darf der Politiker nicht übersehen, daß England, sobald es den Krieg auf dem Kontinent einstellt, einen sehr erheblichen Teil von den 50 % seiner Handelstonnage, die jetzt der Kriegführung dient, frei bekommt. Weiter kann es dann seine ganze produktive Kraft auf die Hervorbringung von Handelsschiffsraum konzentrieren. Aus der Reichstagsrede des Staatssekretärs des Reichsmarineamts haben wir erfahren, daß zurzeit die Versenkungsziffer erheblich größer ist als die Neubauziffer. Ob dieser Zustand bestehen bleibt, wenn England zu Lande so vernichtend geschlagen wird, daß es seine Heere vom Kontinent zurückziehen muß, wissen wir nicht, weil wir die Rückwirkung eines solchen Vorgangs auf die Neubauziffer nicht bestimmen können. Jedenfalls gewinnt in Deutschland die Ansicht, daß England, wenn es zu Lande besiegt wird, den Krieg zur See weiter fortsetzen werde, immer mehr Anhänger. Freilich hört man auch die Ansicht äußern, daß England dann zu einem Verständigungsfrieden sich bereit finden wird. Welche Aussichten sind nun hierfür vorhanden? Solange Deutschland von den überseeischen Zufuhren abgesperrt werden kann, steht seine Suprematie auf dem Kontinent auf zu schwankenden Füßen, um die

angelsächsische Weltherrschaft ernstlich in Frage zu stellen. An und für sich muß es also das Ziel Englands sein Deutschlands Absperrung von Übersee möglichst lange aufrechtzuerhalten. Dank unseren Tauchbooten wird allerdings England nicht in der Lage sein den Krieg zur See ins Endlose fortzusetzen. Immerhin, wenn es den Krieg zu Lande aufgibt und seine Menschenmassen auf die Erzeugung von Handelstonnage konzentriert, kann es noch recht lange den Seekrieg führen. Ganz abgesehen von dem Wirtschaftskrieg, für dessen Durchführung England im Bund mit Amerika bereits alle Vorbereitungen getroffen hat. Daß England, wenn seine Heere vom Kontinent vertrieben worden sind, sich beeilen wird schnell einen Verständigungsfrieden mit Deutschland zu schließen, ist daher sehr unwahrscheinlich.

Diejenigen unter uns, die von einem Verständigungsfrieden mit England träumen, sollten sich doch einmal vergegenwärtigen, was er für die britischen Wirtschaftskräfte bedeutete. Solange die angelsächsischen Reiche durch den Krieg zur See oder den Wirtschaftskrieg uns von den überseeischen Zufuhren absperrern können, ruht, wie gesagt, Deutschlands kontinentaleuropäische Suprematie auf schwanker Grundlage. Läßt England es aber zu, daß wir uns mit Rohstoffen versorgen, so gewinnt die sogenannte deutsche Gefahr für die angelsächsische Welt eine weit drohendere Gestalt als vor dem Krieg. England könnte dann die europäischen Märkte, auf denen es schon vor dem Krieg von der deutschen Industrie schwer bedrängt wurde, ganz verlieren. Was das bedeutet, weiß jeder Engländer. Mußte schon vor dem Krieg der ganze Bevölkerungsüberschuß Englands infolge der ständig wachsenden Verdrängung des britischen Absatzes von den europäischen Märkten sich seinen Unterhalt in den überseeischen Gebieten suchen, so würde nach dem Krieg, wenn die Einbuße der englischen Industrie auf diesen Märkten noch größer werden sollte, die Bevölkerungsziffer Englands ganz gewaltig zurückgehen. Wenn nun ein hegemonisches Deutschland auch alle Hände voll zu tun hätte, um seine Vormacht auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten, so muß England doch damit rechnen, daß ein Teil seiner ökonomischen Kraft auch auf den überseeischen Märkten zur Geltung kommt. England hat vor dem Krieg in dieser Beziehung zu fatale Erfahrungen gesammelt, um den Ernst der Lage zu verkennen. Man kennt England schlecht, wenn man annimmt, es könnte sich mit der Wiedereinfaltung der deutschen Wirtschaftskräfte in Europa abfinden. Ein Zurückschrauben der britischen Volkswirtschaft auf einen niedern Stand, um den deutschen Wirtschaftskräften Raum zur Entfaltung zu geben, würde nach englischer Auffassung Not und Elend, Revolte und Attentate, ja die Gefahr einer sozialen Revolution hervorrufen. Die Ernährungsschwierigkeiten Englands infolge unseres Unterseebootkriegs erscheinen den Engländern als eine Kleinigkeit gegenüber den sozialen Gefahren, die ein Verständigungsfrieden mit Deutschland für die britischen Inseln hervorrufen müßte. Tausende und Abertausende müßten auswandern. Der Verlust an Menschen und privatem Reichtum, den ein Verständigungsfrieden mit Deutschland nach britischen Anschauungen nach sich ziehen müßte, würde weit größer sein als die Einbuße an Menschen und öffentlichen Reichtümern, die dem englischen Volk einige Jahre Unterseebootkrieg bringen könnten. Denn das britische Volksvermögen, so lehren englische Nationalökonomien, ist keine feststehende Größe; geht infolge des Verlusts der europäischen Märkte an

Deutschland die Zahl der produktiven Arbeiter in England zurück, so muß auch das Vermögen der britischen Inseln zurückgehen. Es würde sich um Dutzende von Milliarden, um eine dauernde Verarmung Englands handeln, der gegenüber die zeitweilige, durch die Kriegslasten hervorgerufene, nur ein Kinderspiel sei. Es muß betont werden, daß alle diese Befürchtungen Englands aus der Übertragung der Erfahrungen aus der Kriegsvorzeit auf die Zeit nach dem Krieg stammen, Erfahrungen, die jedem Engländer aus den Berichten der parlamentarischen Kommissionen und den Blaubüchern des Auswärtigen Amts vollkommen vertraut sind. Ihnen gegenüber bleiben die Beruhigungsreden der deutschen Verständigungspolitiker vollkommen wirkungslos. Die Engländer sind heute mehr denn je der Überzeugung, daß der Weltmarkt zur vollen Entfaltung der englischen und der deutschen Wirtschaftskräfte nicht groß genug sei, daß beide Völker ihren Bevölkerungsüberschuß auf industrieller Grundlage nicht im Land festhalten können, ja, daß die Wiederentfaltung der deutschen Wirtschaftskräfte in der Kriegsnachzeit eine derartige Einschränkung der britischen Volkswirtschaft und Bevölkerung nach sich ziehen müßte, daß sie den Verlust ungezählter Milliarden privaten Vermögens und den Todesstoß für das britische Weltreich bedeuten würde.

Es ist gerade in den Sozialistischen Monatsheften überflüssig zu betonen, daß diese ganze Auffassung nur auf privatkapitalistischer Basis logisch und haltbar ist. Wir, die wir die Selbständigkeit Deutschlands und mit ihm des ganzen europäischen Festlands von englischer Oberherrschaft erstreben, sind gleichzeitig der Überzeugung, daß damit wohl der englischen Weltherrschaft ein Ende bereitet werden würde, nicht aber gleichzeitig das englische Wirtschaftsleben zugrunde ginge. Wir glauben im Gegenteil, daß England, der Möglichkeit beraubt durch Niederhaltung anderer seinen Standard aufrechtzuerhalten, nun den Ausgleich in der Neubelebung seiner eigenen, infolge seiner langen Monopolstellung eingeschläferten Produktivkräfte suchen müßte. Das würde allerdings eine Umänderung seiner Volkswirtschaft und namentlich eine Umschichtung der Besitzverhältnisse von Grund auf bedingen: Ereignisse, die in Wahrheit einer sozialen Revolution gleichkommen, die aber im Sinn einer Entwicklung zum Sozialismus, im produktiven Sinn nur zu begrüßen wären und der ganzen Welt, und namentlich auch dem englischen Volk, zugute kämen. Dieses Endziel schließt auch die sittliche Rechtfertigung unseres Strebens nach kontinentaleuropäischer Zusammenfassung und die Verwerflichkeit des entgegengesetzten Strebens: den britischen Kapitalismus durch die Verminderung der europäischen Kräfte in seinem jetzigen Besitz zu lassen, in sich. Andererseits ist es leicht zu verstehen, daß diejenigen, die im Besitz einer wirtschaftlichen Vorzugsstellung sind, diese keinesfalls gutwillig aufgeben und so ihren eigenen privaten Interessen das Grab graben werden. Man muß sich den tiefen Ernst des deutsch-englischen Wirtschaftsantagonismus, wie er auf der Grundlage des Bestehenden unvermeidlich ist, vor Augen halten, um das Problematische eines deutsch-englischen Verständigungsfriedens richtig zu würdigen. Vor allem müssen wir uns von jener seichten ökonomischen Aufklärung freimachen, die den Kampf zwischen England und Deutschland um die europäischen Märkte in der Kriegsvorzeit als ein harmloses Schäferspiel schildert. Als das ist er vielleicht dem erfolgreichen deutschen Wettbewerber

erschienen, weil er die Wunden, die er seinem Nebenbuhler schlug, kaum bemerkte. Wenn die Arbeitslosen ihre Umzüge in London veranstalteten, um nach Arbeit zu schreien, obwohl die britische Auswanderungsziffer von Jahr zu Jahr höher answoll, so sah jeder Engländer darin eine Wirkung nicht des Kapitalismus sondern der deutschen Konkurrenz, die die britischen Industrieerzeugnisse mehr und mehr von allen europäischen Märkten verdrängte. Für diese Auffassung hatten die parlamentarischen Kommissionen, die sich mit der Abwehr der deutschen Wirtschaftskonkurrenz beschäftigten, hinreichend gesorgt.¹⁾

Wer erkannt hat, daß die antagonistischen Kräfte der deutschen und der britischen Volkswirtschaft einen Ausgleich der Gegensätze fürs erste nicht zulassen, und daß dies dazu führt, daß England und Deutschland in jedem Winkel der Welt in Wettbewerb mit einander treten müssen (denn die bewohnbaren Flächen der Welt wachsen nicht, während der englische und deutsche Bevölkerungszuwachs in jedem Jahrzehnt sich auf viele Millionen beläuft), der wird sich durch die günstige Kriegslage im Westen nicht beruhigen lassen sondern nach einer Politik suchen, die England zwingt die Wiederentfaltung der deutschen Wirtschaftskräfte als eine unabwendbare Notwendigkeit hinzunehmen. Daß die Politik der deutschen Hegemonie uns keine Sicherung gegen den angelsächsischen Vernichtungswillen bietet, ist schon dargetan worden. Sie läßt uns schutzlos gegenüber dem Gegner, der für uns der weitaus gefährlichste ist, und der sich mit uns gar nicht aufrichtig versöhnen kann, selbst wenn er es wollte. Wenn Deutschland ein Agrarstaat ohne industrielle Export- und Rohstoffinteressen wäre, dann wäre allerdings eine Verständigung mit England leicht möglich. Aber Deutschland hat überseeische Rohstoffinteressen und europäische Exportinteressen, die fortdauernd wachsen, weil seine Bevölkerung wächst. Weil wir der große Konkurrent Englands als Industriestaat sind, kann sich England mit uns nicht wahrhaft verständigen. Es kann uns nicht die überseeische Rohstoffproduktion und die europäischen Märkte überlassen, ohne selbst Schaden zu leiden. Die deutsche Hegemonie über den Kontinent, ob mit oder ohne den Besitz der flandrischen Küste, wird aber das Angelsachsentum nie dazu bringen unsere Konkurrenz als eine unentrinnbare Naturnotwendigkeit hinzunehmen. Dazu sind die Kräfte der Welt, die sich einer deutschen Hegemonie entgegenstellen, viel zu groß. England weiß diese Kräfte richtig einzuschätzen und wird sie meisterhaft gegen uns zu mobilisieren verstehen. Das Verhalten der Polen, Tschechen und Südslä-

¹⁾ Eine gründliche Bearbeitung der Veröffentlichungen der Parlamentarkommissionen und des Auswärtigen Amtes über die deutsche Wirtschaftskonkurrenz von 1885 bis 1900 findet man in dem hier schon mehrfach zitierten Werk des Franzosen Bérard L'Angleterre et l'impérialisme (Paris 1910), der den deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatz bereits in seiner ganzen Tiefe erfaßt. Die Bemühungen Englands von 1900 bis 1910 der deutschen Wirtschaftskonkurrenz Herr zu werden schildert sehr sachkundig der Franzose Millet in seinem Buch La crise anglaise (Paris 1910). Über die Verdrängung der englischen Industrie von den europäischen Märkten durch die deutsche Konkurrenz findet man reiches, britischen Blaubüchern entnommenes Zahlenmaterial in dem Buch der Engländer Farrow und Crotch The Coming Trade War (London 1916). Eine ungewöhnlich sachkundige Darstellung des deutsch-englischen Gegensatzes, gestützt auf umfangreiche statistische Angaben, enthält eine Denkschrift eines anonymen Autors Zum deutsch-englischen Gegensatz (Berlin 1917). Schließlich sei bemerkt, daß unter dem Druck der deutschen Konkurrenz die britische Auswanderungsziffer von 235 000 im Jahr 1907 auf 656 000 im Jahr 1912 stieg; davon waren 476 000 britischer Staatsangehörigkeit, und zwar 302 000 Engländer, 88 000 Schotten und nur 49 000 Irländer. Die Auswanderung vollzog sich also hauptsächlich aus den industriellen Gebieten Großbritanniens. Die Tatsache, daß die Zunahme der Bevölkerung von 1901 bis 1911 geringer war als im vorhergehenden Jahrzehnt, erklären die britischen Statistiker mit der zunehmenden Auswanderung infolge der deutschen Konkurrenz.

wen gibt uns schon jetzt einen Vorgeschmack davon, wie Europa dann aussehen würde. Eine wirkliche Sicherung unserer Zukunft kann uns dagegen die entschiedene und konsequente Rückkehr zur kontinentaleuropäischen Politik bieten, der wir unser Kolonialreich zu verdanken haben.

Man sagt nun zwar, eine solche Politik sei durch den Krieg unmöglich geworden. Mir scheint das Gegenteil richtig zu sein. Je länger der Krieg dauert, um so offener wird es, daß England seine Versprechungen gegenüber den Alliierten nicht einlösen kann. Zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Frankreich und Rußland andererseits gibt es überhaupt keine ökonomischen Interessengegensätze von ausschlaggebendem Belang. In ökonomischer Hinsicht ist das Verbindende zwischen den Kontinentalstaaten weit stärker als das Trennende. Es kann daher nicht unmöglich sein den Kontinent zu einer wirklichen ökonomischen Einheit zusammenzuschließen. Und dann auch zu einer politischen. Ohne das ständige Dazwischentreten Englands wäre dieser Prozeß längst vollzogen. Denn die nationalen Gegensätze des Kontinents sind keineswegs so groß, daß dafür nicht ein Ausgleich gefunden werden könnte. Voraussetzung dafür ist allerdings Achtung vor dem Besitz und den Rechten der anderen Nationen. Der Krieg hat nun allen Völkern des Kontinents die Augen geöffnet über ihre Abhängigkeit von dem Angelsächsentum, wenn sie gegen einander stehen. Mit einander sind sie dagegen so stark, um ihr Daseinsrecht gegenüber der angelsächsischen Welt voll wahrnehmen zu können. Kontinentaleuropa, freigeint, kann die Kette der englischen Seefestungen durchbrechen, weil es fast für jede dieser Sperren einen Schlüssel besitzt. Ein geeintes Kontinentaleuropa, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, könnte trotz Gibraltar und Malta die Seeherrschaft über das Mittelmeer ausüben und ganz Afrika und Vorderasien zu seinem natürlichen Annex machen. Mit dem Russischen Reich verbündet würde sich sein Einfluß bis zum Stillen Ozean erstrecken, auf dem es mit Hilfe Japans den angelsächsischen Machtgehilfen ein wirksames Paroli bieten könnte. Wer ein Ohr für die Untertöne der Politik hat, wer das tiefe Interesse zu werten versteht, mit dem man in Paris und Rom die Friedensmöglichkeiten vom Frühjahr 1917 diskutiert, dem kann es nicht entgangen sein, daß in Frankreich und Italien die Einsicht reift in diesem großen Krieg nur Werkzeuge des britischen Machtwillens gewesen zu sein. In Paris und Rom steigt der Gedanke empor, daß England und Amerika, für deren Interessen allein dieser Krieg geführt wird, die Romanen und Slawen mit Bewußtsein vorschickten und sich verblutem ließen, um dann selbst zum Schluß des gewaltigen Dramas als die wahren Machthaber auf der Bildfläche zu erscheinen. Wenn man dort dennoch weiter zur britischen Fahne steht, so geschieht das nur aus Furcht vor einer deutschen Hegemonie, sicherlich nicht aus Liebe zu England. Vielleicht hat es keinen Zeitpunkt in der europäischen Geschichte gegeben, der der Einigung Kontinentaleuropas günstiger war als der gegenwärtige. Der Abbau der Randstaatenpolitik im Osten mit ihren schimärischen Sicherungen gegen das Großrussentum könnte im Westen und Süden gerade jetzt Wunder wirken. Die Sonne des Angelsächsentums würde dann schnell den Meridian überschreiten und sich im Westen zum Untergang neigen. Ein neues Zeitalter könnte heraufdämmern. 4 Jahre voller Blut und Tränen haben das Unheil einer Politik dargetan, die die Völker des Kontinents spaltet, statt sie zu vereinen. In Deutschlands Händen liegt jetzt zu einem großen

Teil die Entscheidung, ob die Kontinentalstaaten weiterhin die Figuren auf dem angelsächsischen Schachbrett bilden, oder ob sie zum Bewußtsein ihrer eigenen Kraft und Größe gelangen sollen, die nur in ihrer Vereinigung zur Geltung kommen kann.

MAX SCHIPPEL · EINGEBORENENPOLITIK UND KOLONIALE SELBSTREGIERUNG



IN seinen tatsächlichen Voraussetzungen und in seiner wirklichen Entwicklung erinnert das ständig sich ausdehnende und vertiefende Selbstbestimmungsrecht der kolonialen (oder doch mindestens der siedelungskolonialen) Gliedstaaten und Untergebiete¹⁾ naturgemäß vielfach an unsere europäischen Erfahrungen mit Großstaaten, die ihren Bevölkerungsteilen mit kräftiger ausgesprochenem nationalen Sonderleben gleichfalls eine größere politische Autonomie eingeräumt haben oder einzuräumen sich anschicken. Nur daß bei den kolonialen Vorgängen das Bedürfnis nach Selbständigkeitserringung und die Bereitwilligkeit zur Erfüllung dieses von einer gewissen Entwicklungshöhe ab unaufhaltsamen Drängens sich meist außerordentlich gesteigert zeigt.

Dem mutterländischen Zentrum kann es kaum jemals in den Sinn kommen gegenüber fernabgelegenen, in ihrem ganzen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau grundabweichenden Reichsteilen die allsorgende, allgegenwärtige Vorsehung spielen zu wollen, die immerhin noch denkbar wäre für die Beziehungen zu und zwischen den viel gleichartigeren nähervertrauten Untergruppen, wie sie sich trotz aller nationalen und wirtschaftlichen Differenzierung häufig zu einem einheitlichen rein europäischen Großstaatsdasein zusammenfinden. Auf der Gegenseite sind die Siedler überseeischer Pflanzstaaten meist durch einzelpersonlichen Lebensgang wie durch soziale Umwelt gleichermaßen dazu erzogen sich ihr eigenes Schicksal mannhaft und demokratisch selbst zu gründen und auszugestalten. Die eigenartigen, nur durch Gemeinsamkeit zu lösenden kolonialen Aufgaben schaffen unter ihnen schon frühzeitig einen festern Zusammenhalt, nach innen und oft auch gegen außen, der, trotz der kunterbunten internationalen Bevölkerungszusammenwürfelung fast aller siedelungskolonialen Erdstriche, den nationalen Bindekräften des eigentlichen europäischen Staatenkreises an richtungbestimmender politischer Wirksamkeit nichts nachzugeben braucht.²⁾ Die viel

¹⁾ Siehe Schippel Koloniale Selbstregierung, Manchesterium und Imperialismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 462 ff.

²⁾ Manche unserer Umlerner, die mit einemmal für jede nationalistische Unabhängigkeitsversteigerung in Europa sich bedenklich schwach zeigen, könnten aus dem kolonialstaatlichen Hinzuwachsen aber das rein ethnographisch-sprachlich Nationale viel zur Berichtigung ihres Neubekehrtenüberschwangs entnehmen. Im Englischen spricht man seit langem ruhig, und zwar mit Recht, von der Herausbildung eines canadischen, australischen, mit der Zeit auch südafrikanischen Nationalbewußtseins, obwohl in diesen Mündungsgebieten aller internationalen Auswanderungsströmungen selbstverständlich jede einheitlich nationale Grundlage vollkommen wegfällt. Die innere Bindekraft, die der canadischen oder australischen Politik nach innen wie nach außen mehr und mehr ein festes Charaktergepräge gibt, entsteht durch die großen gemeinsamen Aufgaben der Siedlungs-, Verkehrs- und Handelsentwicklung, durch die gemeinsamen Gegensätze gegen Eingeborene, gefährliche Nachbarn und ausdehnungstüchtige Großstaaten, durch eine bereits Überlieferung schaffende, Denken und Handeln mitbestimmende gemeinsame Geschichte. Ähnlich führt in Europa trotz aller unbestrittenen und unbestreitbaren Bedeutung und Wahrung des nationalen Selbstbestimmungsrechts das in Aufgaben und Schicksalen Großstaatlich-Gemeinsame mit Notwendigkeit über rein nationalstaatliche Zerplitterung hinaus. Man darf eben das Selbstbestimmungsrecht nicht, wie es sich unsere Umlerner vorzustellen pflegen, mit separatistischer Kleinstaaterei verwechseln sondern muß es in seiner produktiven Bedeutung zu erfassen suchen.

tieferstehende Hilflosigkeit des (gleichviel ob bürokratischen oder parlamentarischen) Zentralismus stößt also hier, im Fall der kolonialen Zusammenhänge, einerseits auf eine viel größere Gegensätzlichkeit und Wesensfremdheit der gliedstaatlichen lokalen Sonderziele und ebenso auf eine viel ausgeprägtere Neigung das eigene Werden und Wachsen nicht fremden Händen anzuvertrauen. Insoweit ist die Unaufhaltsamkeit der Tendenz zu kolonialer Selbstbestimmung durchaus erklärlich.

Eine unter Umständen durchschlagende koloniale Sonderfrage führt allerdings dazu dieses an sich ziemlich einheitliche Bild zuweilen recht beträchtlich zugunsten des mutterländischen Einflusses zu verschieben: nämlich die Stellung und Behandlung der Eingeborenen.

Keine koloniale Selbstregierung hat bisher daran gedacht und kann jemals daran denken den Eingeborenen, der gestern vielleicht noch Menschenfresser oder Kopf- und Skalpjäger im Bann des Schädelkultus war, heute und morgen sofort mit allen politischen Rechten des Kulturträgers oder doch Kulturteilnehmers auszurüsten, ihn zu allen Entscheidungen über die Fort- und Durchbildung der bisher erreichten höchsten Wirtschaftsordnung mit heranzuziehen: etwa gar, beim zahlenmäßigen Übergewicht des eingeborenen Bevölkerungselementes, bis zur maßgebenden Entscheidung der höchsten Kulturfragen durch die vollkommene Kulturrückständigkeit und Kulturfeindschaft. Koloniale Selbstregierung, mag sie noch so vorurteilslos sein, fällt eben tatsächlich und notwendig stets zusammen mit ausschließlicher lokaler Selbstregierung oder doch mit gesicherter lokaler Vorherrschaft seitens der übersee verpflanzten Europäer, deren anfängliche formlose Ansammlung allmählich die festere Form von jungen neuweltlichen Gemeinwesen annimmt. Wie das Freiheitsringen der Amerikaner nicht die Unabhängigkeit der alteingesessenen Rothäute sondern der europäisch-fremdbürtigen Weißen erstrebte, so war die Einräumung der Selbstregierung für Canada niemals eine politische Anerkennung des Indianertums, oder das südafrikanische Selfgovernment eine Stimmrechts- und Mehrheitsgewähr für Hottentotten, Buschmänner und Kaffern.

Andrerseits, überträgt man ohne alle Umschweife die Eingeborenenpolitik (im weitesten Sinn: also auch die Heranziehung und Behandlung farbiger Arbeitskräfte, die Einfuhr und Verwendung von Kulis und Negeren und ähnliches) dem an Ort und Stelle emporgestiegenen weißen Herrentum, so läuft man die Gefahr der krasssten einseitigsten Klassenherrschaft. Wäre für deren Räderwerk doch jede sonst vorhandene Hemmung durch gesellschaftliche Zwischenschichten außer Kraft gesetzt, während die schrankenlose Ausbeutungsfreiheit zugleich auf das äußerste verschlimmert wäre durch den klaffenden Unterschied der Rasse, der Sprache, des Glaubens und aller Lebensgewohnheiten, der in diesem Fall zwischen Herrschenden und Beherrschten fast gar keine engeren oder loseren rein menschlichen Beziehungen aufkommen läßt, wie sie trotz aller überkommenen oder neuentstandenen wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit noch immer das Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschensprößlingen des gleichen elterlichen Kulturbodens kennzeichneten. Der Einfluß des Mutterlands dagegen vermag vielfach jene sozialen Zwischenschichten zu ersetzen, die bei uns daheim die politische und administrative Entwicklung nicht einfach durch den alleinigen Gegensatz Kapital gegen Arbeit bestimmen lassen.

Noch mehr vermag das Mutterland gegen die, von fernblickender geschichtlichen Warte aus gesehen, oft geradezu selbstmörderisch kurzsichtigen Ausbeutungs- und Enteignungsinteressen der kolonial Nächstbeteiligten die allgemeineren dauernderen Entwicklungsinteressen, einmal der Kolonie, aber zugleich weiter noch der Reichsgemeinschaft, also eines viel höhern und umfassendern Kulturganzen, ungehinderter und unparteiischer zur Geltung zu bringen. Je weitergehend aus solchen Erwägungen heraus die Eingeboreneninteressen zu schützen sind, desto vielseitiger und häufiger erhebt sich deshalb für das Mutterland immer neuer Anlaß in den kolonialen Außenzonen die lokale Selbstherrlichkeit der aufgepfropften weißen Oberschicht zu beaufsichtigen, zu berichtigen und zu ergänzen, sie gemäß längerer und reicherer kolonialpolitischer und allgemeinpolitischer Erfahrung womöglich von vornherein enger zu umgrenzen.

Eine hervorstechende Scheidelinie zieht sich deshalb seit je zwischen der typischen Siedelungskolonie, bei der das Eingeborenenelement im Vergleich zu der hier grundlegenden Weißenvermehrung mehr und mehr, gegenwärtig meist bereits bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgetreten ist, und der typischen Tropenkolonie, in der den Farbigen, nicht nur in der Gegenwart sondern ebenso in aller absehbaren Zukunft, die Hauptrolle bei der ausführenden Produktion zufällt. Das Responsible Government im britischen Weltreich erstreckt sich dementsprechend wohl über die Siedlungsgebiete (Britische Nordamerika, Australien, Neuseeland, Südafrika). Die übrigen Erdstriche sind jedoch Kronkolonien³⁾ geblieben und geworden. Selbst wenn sie über konstitutionelle Einrichtungen (Representative Government), mitunter schon seit langer Zeit verfügen (wie die Bermuden seit 1620, Barbados seit 1652), so verblieb ein weiter Spielraum für mutterländisch-zentralistischen Einfluß und Einspruch. Zuweilen schon deshalb, weil die weiße Oberschicht für eine tragfähige örtliche Kolonialvertretung viel zu dünn und wandelbar war, vor allem jedoch, weil die farbige Bewohnermehrheit vernünftigerweise nicht unumschränkt dem Belieben des ihr gegenüberstehenden kolonialen Herrtums überantwortet werden konnte. Es ereigneten sich sogar Fälle, wo ein lange bestehendes koloniales Vertretungssystem mit ausgedehnten Selbstbestimmungsvollmachten wieder stärker in die mutterländisch-bureaucratische Verwaltung zurückfiel, weil die unaufhörliche Erregung der Eingeborenen und sonstigen Farbigen anders kaum zu beschwichtigen schien. So büßte Jamaica, dereinst die erste große Beute aus dem reichen spanisch-westindischen Schatz und von altersher mit einer rührigen Pflanzervertretung auf Grund von Wahlen ausgestattet, nach dem Negeraufstand von 1865 wieder seine konstitutionellen Rechte ein, und selbst die neue Verfassung von 1884, die bis heute in Kraft geblieben ist, gibt in dem Legislative Council dem selber stimmberechtigten Governor, also dem Repräsentanten

³⁾ Ich gebrauche einfach die Zweitteilung: Selbstregierungs- und Kronkolonien. Kronkolonien können natürlich Vertretungseinrichtungen (sehr oft mit nur ernannten oder teils ernannten teils gewählten Mitgliedern) haben oder nicht haben; das gemeinsam Wesentliche an ihnen ist aber immer die stärkere Einmischung und Oberherrschaft des Mutterlands. Rein von dem Verfassungszuschnitt der Einzelkolonie abgehend, wählt man bekanntlich vielfach die Dreiteilung: eigentliche Kronkolonien, Kolonien mit Vertretungskörperschaften (Representative Institutions), aber ohne parlamentarisches System (Responsible Government) und Kolonien mit parlamentarischem System, deren unabhängige Selbstregierung aladann gewissermaßen erst als Folge und Nebenwirkung der demokratischeren innern Verfassung erscheint. Das ist logisch wie geschichtlich nicht sehr folgerichtig, so daß ich die klarere und mehr auf den wesentlichen Gegensatz gegründete Zweitteilung vorziehe.

des Mutterlands und der mutterländischen Regierung, jederzeit durch die ernannten (bis zu 5) oder ex officio-Mitglieder (4) das Übergewicht gegen die (9) gewählten Abgeordneten; gerade bei tieferen inneren Kolonialkonflikten erwies sich diese Waffe der Londoner Zentralleitung und ihres örtlichen Vertreters wiederholt als unentbehrlich. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten einige der schlimmsten Auswüchse des südstaatlichen Pflanzeregiments schon vor dem Bürgerkrieg durch die übergeordnete Union gemildert wurden, das heißt durch den andersgerichteten Einfluß der sklavenfreien und an der Sklaverei nicht interessierten Nordstaaten auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes; oder wie heute die öffentliche Meinung der übrigen Bundesstaaten dem rohen Lynchjustiztreiben des südstaatlichen Rassenhasses immerhin gewisse Schranken auferlegt.



GRADE in England wird, trotz aller unwillkürlichen Abneigung gegen Regierungseinmischung und Vielregiererei, diese Erkenntnis kaum ernstlich bestritten. Schon in Earl Greys stoff- und erfahrungsreicher Darstellung der ersten großen kolonialen Reformära des 19. Jahrhunderts kommt vielmehr die Überzeugung offen zum Durchbruch, daß für Tropenkolonien ein eigener, vollkommen unabhängiger Parlamentarismus, soweit er politisch die Kräfte des lokalen Weißentums einseitig zusammenfaßt und organisiert, den Interessen der Eingeborenen häufig weit stärker entgegen läuft als umfassendere mutterländische Vollmachten (die natürlich, um überflüssiges Hin und Her zwischen der Zentralstelle und dem Außengebiet zu vermeiden, gleichfalls Vertretern an Ort und Stelle überwiesen sein können; aber eben Vertretern des Reichsganzen und deshalb aus der Zentralregierung und deren parlamentarischem Boden hervorgegangen, nicht aus den Wahlen der einzelkolonialen weißen Oberschicht).⁴⁾ Für Westindien beispielsweise stellt Grey fest, daß mit den Parlamenten (assemblies) von Jamaica und anderen Inseln recht wohl in Frieden auszukommen war, solange die Londoner Kolonialleitung sich um die Lage der Neger weiter nicht kümmerte. Sobald jedoch, von der öffentlichen Meinung und dem Parlament Englands vorangetrieben, die heimische Regierung nach den ersten Beschlüssen von 1823 Miene machte die Sklavereifrage in Angriff zu nehmen, und als gar das endgültige Befreiungsgesetz daheim angenommen wurde, »fand sich die heimische Regierung in Konflikt mit der herrschenden Klasse dieser Kolonien und die daraus entspringenden Schwierigkeiten sind selbst heute [1853] keineswegs überwunden.«

»Aber es war zweifellos die Pflicht der mutterländischen Regierung die Bevölkerung dieser Kolonien nicht schrankenlos der Willkür der lokalen Regierungen zu überlassen [not to leave the population of these colonies to the unrestricted disposal of the Local Governments], und in dieser Beziehung wenigstens war die Unzufriedenheit, die dem Eingreifen der heimischen Regierung folgte, nur die Unzufriedenheit der herrschenden Wenigen . . . wegen des Eingreifens zum Schutz der hilflosen und unwissenden Vielen.«

Ähnlich stehe es mit Ceylon, dessen Einzeleuropäer zudem rasch wechselten, so daß selbst eine rein lokale Erfahrung kaum sich bilden und überliefern könne. Schaffe man Vertretungen aus breitesten Bevölkerungskreisen heraus, so sei dies verderbenschwanger oder aussichtslos. Schließe man umgekehrt

⁴⁾ Siehe Earl Grey The Colonial Policy of Lord John Russell's Administration I (London 1853), Seite 23, 27, 29.

die Masse der Eingeborenen aus, so gerate die wirkliche Macht in die Hände einer europäischen Minderheit; eine Oligarchie von außerordentlich schmaler Grundlage werde erzeugt, die sicherlich der Wohlfahrt der Beherrschten nicht zum Vorteil gereichen könne. Verhelfe man in solcher Weise europäischen Pflanzern und Handelsherren und ihren Agenten zum politischen Aufstieg, so würden »die engen Anschauungen von Klasseninteressen mehr in der Gesetzgebung zu Einfluß gelangen als die weiterblickenden Rücksichten auf das allgemeine Wohl«. Das gleiche treffe für Mauritius, Trinidad und Natal zu:

»Deshalb glaube ich, der Verzicht auf einen großen Teil der heute von den Diemern der Krone [des Mutterlands] ausgeübten Vollmachten und die Errichtung von gesetzgebenden Vertretungskörperschaften würde kaum darauf hinzielen für diese Gemeinwesen eine auf Gerechtigkeit und aufgeklärter Erwägung des Gedeihens aller Klassen gegründete Verwaltung zu sichern. Dieses Ziel kann, glaube ich, besser erreicht werden, wenn man es für solche Kolonien bei dem bestehenden Regierungssystem läßt.«

John Stuart Mill, dessen kolonialpolitische Äußerungen man vielleicht als die beachtenswerteste radikale Widerspiegelung jenes Reformzeitraums der Sklavenbefreiung, der Gewährung von Responsible Government und der freihändlerischen Auflösung des alten Merkantilismus auffassen kann, gab sich in seinen Betrachtungen über das Verfassungswesen vollends als überaus beredter Fürsprecher dieser mehr zentralistisch bestimmten Eingeborenenpolitik.⁶⁾ Eine zivilisierte Nation könne in der kolonialen Leitung die reichen Erfahrungen des eigenen Werdegangs zum Vorteil unentwickelter Völker verwenden; dies sei die »höchste sittliche Pflicht, die einer Nation beschieden sein könne«. Gerade aus diesem Gesichtspunkt bedürfe das profitstrebende Kolonialkapital der Zügelung durch eine starke übergeordnete Hand:

»Hier erhebt sich für jede Regierung eine Hauptschwierigkeit. Mit dem Dünkel einer auserwählten Nation pochen sie auf ihr unbeschränktes Können, ohne im mindesten dem Gefühl einer entsprechenden Verantwortlichkeit zugänglich zu sein. . . Der Eingeborene ist ihnen nichts als Staub unter den Füßen; irgendwelche Rechte dieses Eingeborenen ihren Ansprüchen gegenüber zu betonen scheint ihnen eine Ungeheuerlichkeit. Die einfachste Maßregel zum Schutz des Eingeborenen, wenn sie durch Vergewaltigungen ihren Profit fördern zu können glauben, läßt sie in laute Klagen ausbrechen über schnöde Verletzung ihrer Rechte. . . Insoweit ist die Regierung, der diese Privatabenteurer unterstellt sind, stets besser als sie, und sie wird ihr möglichstes tun gegen sie den Eingeborenen ihren Schutz angeheihen zu lassen.«

Als gegen Ende Mai 1908 ein lange schon vorbereiteter Konflikt, der zwischen dem Gouverneur und den Pflanzern von Britisch Ostafrika wegen der Arbeitsordnungen und der Arbeiterbeschaffung ausgebrochen war, das englische Unterhaus beschäftigte, verfocht Sir Charles Dilke, also ein Imperialist und ein Radikaler der jüngern Schule, ungefähr den gleichen Standpunkt (und im Grunde genommen gab ihm der als Redner nachfolgende Regierungsvertreter Colonel Seely recht): Ostafrika sei wie Ceylon und Westindien typisch für eine Kolonie, die von der Schwarzenarbeit abhängt. In solchen Gebieten folge Schritt auf Schritt, um die Eingeborenen gefügig zu machen. Schließlich verlange man gewöhnlich Selbstregierung irgendwelcher Gestalt:

»Immer heißt dies nichts anderes als ein Regiment der weißen Pflanzler, eine

⁶⁾ Siehe Mill *Considerations on Representative Government* (London 1873), Seite 137.

Oligarchie. . . Aber ob es sich um Westindien oder British Ostafrika handelt, der Radikalismus darf sich nicht der Einbildung hingeben zu glauben ein Rat [a council] sei an sich schon ein Stück Liberalismus. Hier ist er es nicht, hier ist er eine verschleierte Oligarchie schlimmster Sorte. . . Gegen diesen Druck auf die Regierung: in solchen Lagen unabhängige Vertretungen zu schaffen ist Einspruch zu erheben.⁶⁾

MAN wird dieser Einschränkung der tropenkolonialen Selbstbestimmungsbefugnisse im großen und ganzen nur zustimmen können. Bei der abnormen Klassenschichtung dieser Kolonien, in denen die Eingeborenen zunächst rechtlich und tatsächlich meist gar keine wirksame Eigenpolitik verfolgen können, bedarf es verhältnismäßig starker und neuartiger politischer Gegengewichte gegen die Klassendiktatur der kleinen, aber wirtschaftlich unwiderstehlichen europäischen Oberschicht, die sich dort über die alte bodenständige Wirtschaftswelt lagert.

Als Gegengewicht gegen das Kapital fehlt hier, mit europäischen Industriestaaten verglichen, zunächst eine organisierte und politisch tätige Arbeiterklasse selber. Der Klassenkampf ist hier nur auf der einen Seite Aktivität, noch dazu von jener rücksichtslosesten Art, wie sie lediglich der schroffe Rassenunterschied und der himmelweite Kulturabstand gestatten. Auf der andern Seite dagegen ist er nichts als Hilflosigkeit und Erduldung, allenfalls unterbrochen durch noch tiefer in den Abgrund hinabziehende Verzweiflungstaten. Als Gegengewicht fehlen ferner in den Tropenkolonien die stoßmildernden Zwischenschichten, die bei uns für den Ausgang der inneren sozialen Kämpfe nicht unwesentlich sind. So muß das Mutterland mit seiner interessenunabhängigern Stellung, mit seinem zeitlich und räumlich weitem Gesichtskreis um so mehr die Lücke auszufüllen suchen, um so mehr dem Schutz und der Hebung der Eingeborenen und der Zügelung des Kolonialkapitals sich zuwenden. Denn wirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeit und wirkliche wirtschaftliche Höherentwicklung fallen in den Kolonien noch weniger als daheim einfach mit dem kurzfristigsten kapitalistischen Profitinteresse zusammen, das durch jene Oberschicht ausschließlich verkörpert und vertreten wird.

Vor allem den mutterländischen Arbeitern winkt hier die denkbar ehre vollste und lohnendste Aufgabe. Und es ist in der Tat ganz irgegender Radikalismus, wenn man uns als hinreichendes kolonialpolitisches Arbeiterprogramm, am Ende gar als sozialdemokratisches Programm glattweg empfiehlt: die mutterländische Politik möglichst von allen kolonialen Problemen loszulösen und zu entlasten und alle Entscheidungen möglichst auf die örtliche koloniale Selbstregierung abzuwälzen. Eine solche Ablenkung von selbstverantwortlicher bestimmter Tat ist gewiß recht bequem für Arbeiterpolitiker, die sich in der nun einmal nicht mehr zu beseitigenden und nicht einmal mehr zu ignorierenden kolonialen Neuwelt ohne Selbstpreisgabe nicht zurechtfinden können oder die sich mit ihren alten Anschauungen und Äußerungen in eine ausganglose Sackgasse verrannt haben. Sie ist aber gewissenlos gerade gegen die arbeitenden Menschenkräfte der Kolonien selber.

⁶⁾ Siehe den Parlamentsbericht der Times vom 29. Mai 1908.

RUDOLF WISELL · ZUM NEUEN ENTWURF EINES ARBEITSKAMMERGESETZES



ANGE hat es gedauert, ehe die Reichsregierung dem Gedanken der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiter nähertrat. In dem Kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 wurde aus den Erfahrungen des großen Bergarbeiterstreiks vom Jahr 1889 folgendes gesagt:

„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.“

Ein Beschreiten dieses Weges wurde aber durch den überwiegenden Einfluß des Unternehmertums vorerst verhindert. Man braucht sich nur der Verhältnisse in jenen Jahren zu erinnern, um das einzusehen.

Nunmehr wird zum drittenmal der Versuch gemacht zu einer Interessenvertretung der Arbeiter zu kommen.¹⁾ Der erste Entwurf eines Arbeitskammergesetzes vom 25. November 1908 gelangte infolge des Schlusses der Session im Reichstag nicht zur Erledigung, und der zweite Entwurf vom 11. Februar 1910 scheiterte an der Weigerung der Regierung der vom Reichstag gewollten Zulassung der Gewerkschaftsbeamten als Mitglieder der Kammern und der Einbeziehung der Eisenbahnverkehrsarbeiter und der Eisenbahnwerkstättenarbeiter in das Gesetz zuzustimmen.²⁾ Die Regierung hat ihren Widerspruch in diesen beiden Punkten nunmehr aufgegeben, und sie läßt in dem neuen Entwurf auch die früher vorgesehenen Ausnahmen für die Betriebe des Heeres und der Marine fallen. Im übrigen aber spinnt sie durchaus den Faden da weiter, wo er 1910 abgerissen war. Als wenn der Krieg, als wenn die durch ihn geschaffene Umwälzung nicht gekommen wäre. Nicht als ob die Regierung jede Kriegswirkung negierte. Sie schiebt im Gegenteil (und dies mit Recht, wenn auch in ganz unzureichender Weise) das Einigungswesen, dessen Förderung mit zu den Aufgaben der Arbeitskammer gehört, mehr als früher in den Vordergrund. Sie läßt es auch Aufgabe der Arbeitskammern sein bei der Arbeitsbeschaffung für kriegsverletzte und andere Personen, die durch den Krieg in Arbeitslosigkeit gerieten, mitzuwirken. Doch bleibt sie in der grundlegenden Frage des fachlichen oder territorialen Aufbaus der Kammer und der weitem, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern, bei der alten Auffassung stehen. Diese beiden Fragen hatten bei der Beratung des ersten Gesetzentwurfs eine große Rolle gespielt. Sie sind damals von der Reichstagskommission im Sinn der Arbeitskammern und ihres fachlichen Aufbaus entschieden worden. Bei der Kommissionsberatung des zweiten Entwurfs wurden sie ausgeschaltet, da man zu einem raschen Ergebnis kommen wollte.

¹⁾ Siehe die Drucksachen des Reichstags, 1914-1918, Nummer 1490: Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.

²⁾ Über die früheren Gesetzentwürfe siehe Severing Kritisches zur Arbeitskammervorlage, in dem Sozialistischen Monatsheften, 1908 III, Seite 1594 ff., Umbreit Zur Frage der gesetzlichen Arbeitervertretungen, ebenda, 1909 III, Seite 1397 ff., Severing Der neue Arbeitskammergesetzentwurf, ebenda, 1910 I, Seite 288 ff.

FÜR die freigewerkschaftlichen Arbeiter ist die Frage, ob Arbeitskammer oder Arbeiterkammer, keine grundsätzliche gewesen.³⁾ Im Programm der sozialdemokratischen Partei werden Arbeitskammern gefordert. Der 5. Gewerkschaftskongress /1905/ hat Arbeiterkammern verlangt. Aber gerade der Referent, der diesen Standpunkt vertrat, betonte ausdrücklich, daß Arbeitskammern und Arbeiterkammern völlig in der Luft hingen, wenn hinter ihnen nicht die Macht der organisierten Arbeiter stände. Das eben ist das Entscheidende. Auf die Form kommt es weniger an. Deshalb haben auch die freien Gewerkschaften, um einem gemeinsamen Vorgehen der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen die Wege zu ebnen, ihre Bedenken gegen die Arbeitskammern zurückgestellt und zusammen mit diesen Gruppen in einer in die Form eines Gesetzentwurfs gekleideten gemeinsamen Eingabe an den Reichstag und den Bundesrat eine solche Interessenvertretung der Arbeiterschaft gefordert. Es war ihnen um so leichter die Bedenken gegen die Arbeitskammern zurückzustellen, als nach dieser Eingabe (die nunmehr wieder als gemeinsamer Antrag aller Arbeitervertreter in der zur Vorberatung der jetzigen Regierungsvorlage berufenen Reichstagskommission eingebracht ist) zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer in den Arbeitskammern die Arbeitnehmermitglieder besondere Arbeitnehmerabteilungen bilden sollen.

Anders steht es mit dem organisatorischen Aufbau der Kammern. Heute sind die Verhältnisse ganz andere als noch 1910. Mehr denn je zeigt es sich, daß der fachliche Aufbau der Kammern weder zur Schaffung einer wirksamen Interessenvertretung der Arbeiter noch sonst mehr genügen kann. Die fachliche Gliederung ist durch die soziale und politische Entwicklung längst überholt. Auch für die von der Regierung der Kammer als Hauptaufgabe zugedachte Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern genügt der fachliche Aufbau nicht mehr. Die Regierung meint, daß die Lösung dieser Aufgabe am besten auf der Grundlage einer fachlichen Zusammensetzung der Kammer zu erreichen sei: Auf fachlichem Boden sei die ganze freie Entwicklung der Arbeiterverbände und im wesentlichen auch der Arbeitgeberverbände erwachsen, weil die Gemeinsamkeit der Interessen, insbesondere der Arbeitsbedingungen, weit mehr fachlich als gebietlich bedingt sei. Auf der selben Grundlage seien die während des Krieges durch freie Vereinbarung geschaffenen Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände entstanden. Sollte die öffentlichrechtliche Interessenvertretung zu wirklichem Leben gelangen und nutzbringend wirken, so werde sie auf den gleichen Boden gestellt werden müssen. Auf ihm allein, das zeige wiederum die Entwicklung des freiwilligen Schieds- und Einigungswesens, werde es gelingen öffentliche Einigungsstellen zu schaffen, die eine wirksame und notwendige Ergänzung zu den auf gemischtberuflicher und örtlicher Grundlage stehenden gewerbegerichtlichen Einigungsämtern bilden.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß die genaue Kenntnis der beruflichen Verhältnisse für manche Aufgabe der Arbeitskammern recht notwendig ist. Man würde jedoch einen an sich durchaus gesunden Gedanken übertreiben, wollte man sagen, sie sei nur bei einer fachlichen Zusammensetzung der

³⁾ Siehe das Protokoll des 5. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (Berlin 1905), Seite 190 ff.

Kammern zu erreichen. Ließen sich die Aufgaben der Kammer nur bei spezialisierter Kenntnis der Verhältnisse eines jeden Berufes lösen, so müßte man zu einer Unzahl von Kammern kommen, die lediglich in den engen Berufsverhältnissen wirkten, wobei die großen Allgemeininteressen Schaden litten. Eine solche Spezialisierung will auch die Regierung nicht. Einen festen Plan, wie sie sich die Abgrenzung der Arbeitskammern denkt, hat sie aber noch gar nicht. Erst auf wiederholtes Drängen aus der jetzigen Kommission heraus ließ sich ein preußischer Regierungsvertreter herbei zu sagen, wie er für seine Person sich diese Abgrenzung denkt. Unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er in keiner Weise die verbündeten Regierungen oder auch nur die preußische Regierung auf diese seine private Ansicht festlegen könne, entwickelte er seine Meinung. Da dies nur ganz vertraulich geschah, so läßt sich über diesen Plan an dieser Stelle nichts sagen. Nur das kann man mitteilen, daß nach diesen Ausführungen ein freisinniges Kommissionsmitglied meinte, es sei ihm, als ob ihm ein Mühlrad im Kopf herumginge. Und ein konservatives Kommissionsmitglied, das als ausgesprochener Vertreter des Unternehmerstandpunkts in der Öffentlichkeit bekannt ist, mußte zugestehen, daß man bei einer weniger fest fundierten Überzeugung von der Notwendigkeit eines rein fachlichen Aufbaus der Arbeitskammern, als sie bei ihm vorhanden sei, nach den Ausführungen des Regierungsvertreters wankend werden könne, ob nicht doch der territoriale Aufbau der richtigere sei. Wenn ich noch hinzufüge, daß man, wie in dem Kommissionsbericht über den Entwurf von 1910 nachzulesen ist, es für möglich hält bei beruflicher Fundierung der Kammer für einzelne Gewerbezweige nur eine Kammer für ganz Deutschland zu errichten, und wenn ich betone, daß auch in der Begründung der jetzigen Vorlage gesagt wird, wenn es auch nicht ausgeschlossen sei, daß die Kammern für einzelne Gewerbezweige sich über das ganze Reichsgebiet erstrecken, so werde dies doch keineswegs die Regel sein, so ergibt sich, welches Riesengebiet die Kammern auf fachlicher Grundlage umfassen könnten. Wollte man selbst das Gebiet einer Kammer auf mehrere preußische Provinzen oder auch nur auf eine einzige beschränken, so könnten die von der Regierung gewünschten persönlichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gar nicht erzielt werden, zumal auch bei einer solchen Begrenzung die Regierung immer nur Kammern für die großen Gruppen der Gewerbestatistik haben will. Wie sollen sich bei solchen Kammern auf der Grundlage besonderer Berufsinteressen besondere Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern entwickeln können? Diese können sich aus räumlichen Gründen ja gar nicht nähertreten. Wie sollen solche Kammern »bei Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter, insbesondere auch die Pflege des jugendlichen Nachwuchses zum Zwecke haben«, mitwirken? Und wie sollen die Arbeitskammern an der Verwaltung derartiger Einrichtungen teilnehmen? Wie beim Abschluß von Tarifverträgen innerhalb des Riesenzentrums? Wie sollen sie nichtgewerbsmäßige Arbeitsnachweise fördern? Wie die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte usw.? Und die Lösung dieser Aufgaben überweist die Regierung den Kammern.

Gegen die von allen Arbeitervertretern der Kommission gewünschten regionalen Kammern wurde von der Regierung geltend gemacht, daß sie zur Abgabe eines von ihnen etwa verlangten Gutachtens ganz ungeeignet seien.

Ein zutreffendes Urteil könne nicht abgegeben werden, wenn etwa nur ein Vertreter des speziellen Gewerbes in der Kammer sitze; von der bewußten Vertretung einseitiger Interessen ganz abgesehen könne ein solches Gutachten aus falscher Beurteilung der Sachlage heraus völlig einseitig sein: ein einzelner könne nicht alles so überschauen wie eine Reihe von Vertretern; und gerade der einzelne werde, weil er Fachmann sei, die Mehrzahl der Kammermitglieder zu seiner vielleicht falschen Ansicht mitreißen. Natürlich liegt diese Möglichkeit vor. Aber sie würde auch bei den von der Regierung geplanten Kammern gegeben sein. Da soll beispielsweise ein Gutachten über Badebetriebe abgegeben werden. Hierfür kommt die Kammer für das Nahrungsmittelgewerbe in Frage. Ein Gutachten über Schutzvorschriften für die Maschinen der Zigarettenfabriken wird erfordert. Wieder wird die Nahrungsmittelkammer gefragt, wenn nicht eine besondere Kammer etwa für das Tabakgewerbe errichtet ist. Da wird ein Gutachten über den Arbeiterschutz in Gießereibetrieben notwendig. Die Kammer für Metallindustrie wird zuständig sein. Ja, meint man wirklich, daß ein Gutachten abgegeben werden würde, ohne daß die Sache in den beruflichen Organisationen eingehend geprüft wäre? Es wäre ja geradezu ein Zufall, wenn in der Kammer selbst die erforderlichen Sachkundigen schon säßen. Die Arbeitgeber der Kammer werden zuvor die Organisation der Eisen- oder Metallgießereibesitzer befragen, die Arbeiter der Kammer die der Eisen- oder Metallformer. Wie viele Berufszweige werden allein in der Metallindustrie von einer Kammer erfaßt werden müssen! Sie alle können unmöglich mit einer eigenen Kammer bedacht werden. Die Regierung will das auch gar nicht, weil das eben nicht geht. Die Meinung, daß die Tätigkeit einer territorialen Kammer auf dem eben besprochenen Gebiet unwirksam werden würde, ist nur bei der Annahme möglich, daß die Kammer von dem wirtschaftlichen Leben losgelöst, ganz auf sich allein gestellt ihres Amtes walten werde. Soll sie wirklich nutzbare Arbeit leisten, so muß sie ihre Kraft aus der engen Verbindung mit den hinter ihr stehenden wirtschaftlichen Organisationen saugen.

Es ist ja verständlich, daß die Regierung aus ihrer eigenen Amtswaltung Schlüsse auf die Tätigkeit der Arbeitskammern zieht. Ihr fehlt so vielfach die Verbindung mit dem pulsierenden, ewig fließenden wirtschaftlichen Leben. Daher sind solche Unbegreiflichkeiten möglich, wie sie in so manchen Verordnungen in die Erscheinung getreten sind. Solche Unbegreiflichkeiten werden natürlich auch in der Tätigkeit einer Kammer zu verzeichnen sein, wenn sie sich souverän dünkt und nicht die Verbindung mit dem Leben aufrechterhält. Aber gerade diese Verbindung wird die selbstverständliche Regel für jede Kammer sein müssen und auch wirklich sein. Und eben dieser Selbstverständlichkeit wegen werden die Befürchtungen der Regierung bei regionalen Kammern sich nicht bewahrheiten.

Gerade wegen der Vertretung der verschiedensten Berufe und Gewerbe in der territorialen Kammer werden Einseitigkeiten vermieden und allgemeine Gesichtspunkte gewürdigt werden. Das gilt auch ganz besonders von der Pflege des gewerblichen Einigungswesens, von dem die Regierung glaubt, daß es ganz besonders gut auf beruflicher Grundlage zu üben sei. Und doch geht sie mit ihrer Betonung, daß diese Aufgabe der Arbeitskammern am besten auf beruflicher Grundlage zu lösen sei, völlig fehl. Die Regierung

schlägt selbst vor, daß in den Einigungsämtern der Vorsitzende das Recht haben soll von Fall zu Fall neben den ständigen Beisitzern Vertrauensmänner der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl zu unständigen Beisitzern zu ernennen. Das tat sie doch nur, weil Zweifel obwalteten, ob in der beruflichen Kammer immer die erforderliche Sachkunde zur Beurteilung des gegebenen Falls vorhanden sei, ob nicht vielmehr bei ihr die Gefahr persönlicher Interessiertheit an dem zur Verhandlung stehenden Fall nahe liege. Der Vorsitzende soll ferner in wichtigen Fällen 2 Unparteiische, die weder Arbeitgeber noch Arbeiter sind, zu unständigen Beisitzern ernennen dürfen. Er soll hierzu verpflichtet sein, wenn es einer der am Streit Beteiligten vor Eintritt in die Verhandlung beantragt. Weshalb sollte so nicht auch bei territorialen Kammern verfahren werden können? Diese Regelung zeigt, daß es einen Weg gibt, auf dem man allen Interessen Rechnung tragen kann. Ebenso ist es beim Arbeitsnachweis. Gerade hier bewirkt die Förderung durch rein berufliche Kammern die Gefahr, daß die allgemeinen Gesichtspunkte hinter die engeren, rein beruflichen zurückgestellt werden. Das nämliche ist beim Tarifwesen der Fall. Gestützt auf die Erfahrungen in bestimmten Gewerben wird die Förderung durch eine allgemeine Kammer eine viel intensivere sein, als sie es durch die Kammer eines Gewerbes ohne jede eigene Erfahrung sein könnte.

Alle Gründe, die von der Regierung für die berufliche Kammer angeführt sind, halten ernstlich einer Kritik nicht stand. Man kommt immer und immer wieder zu dem Ergebnis, daß die rein territoriale Grundlage der Kammer die einzig gegebene ist, zumal, wenn man an die, selbst nach der Meinung der Regierung auf dieser Grundlage am besten zu bewirkende Einflußnahme auf soziale, wirtschaftliche und politische Angelegenheiten der Kommunen respektive fest umgrenzter Industrie- und Wirtschaftsgebiete denkt.

Hinzu kommt noch ein weiteres: Nicht mit Unrecht weist der Regierungsentwurf darauf hin, daß man bei den gewaltigen Schwierigkeiten, die der deutschen Industrie nach dem Krieg bevorstehen, alles tun müsse, um große Arbeitskämpfe zu vermeiden oder doch rasch beizulegen. Dazu sollen auch die Arbeitskammern dienen. Sie müssen also während des Krieges gebildet werden. Nun hat der Krieg die Arbeiterschaft durcheinandergewirbelt wie nie zuvor. Wir haben im Innern geradezu eine Völkerwanderung erlebt, für die es kein Beispiel in der Geschichte gibt. Nur wenige Arbeiter sind noch am alten Platz. Die Betriebe sind dazu in ihrer innern Struktur vielfach völlig verändert. Und auf dieses Chaos will die Regierung fachliche Arbeitskammern aufbauen und dann zugleich vorschreiben, daß Mitglieder der Kammer, »hinsichtlich deren Umstände eintreten oder bekannt werden, welche die Wählbarkeit ausschließen«, aus der Kammer auszuschneiden haben, »es sei denn, daß es sich nur um den Eintritt einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit handelt«?



ANZ abgesehen von all diesem ist der Plan der Regierung aus noch anderen Gründen durchaus ungeeignet dem sozialen Fortschritt zu dienen. Er verbaut den Weg zu einer einheitlichen und organischen Gestaltung der bestehenden und kommenden sozialpolitischen Einrichtungen. Der Ausbau des Arbeitsnachweiswesens ist eine so dringliche, von allen Sozial- und Wirtschaftspoliti-

kern als einer der ersten zu unternehmenden Schritte bezeichnete Aufgabe, daß unsere Gesetzgebung sich ihr nicht entziehen kann. Zu diesem Ausbau gehört die territoriale Zusammenfassung der örtlichen Arbeitsnachweise. Wo wäre hierzu eine bessere Stelle gegeben als in der territorialen Arbeitskammer als dem dazu zu bestimmenden Landesarbeitsamt? Wie leicht ließe sich aus diesem Landesarbeitsamt ein dauerndes Einigungsamt machen. Wie nahe liegt es weiter ihm die Pflege der Arbeitsstatistik und der Berichterstattung über Wirtschafts- und alle Arbeiterfragen anzuvertrauen. Wie leicht könnte man die territorial an die Provinzialregierungen angegliederte Gewerbeaufsicht in engste Verbindung mit ihm bringen. Ist nicht der Gedanke einer organischen Verbindung mit den schon heute bestehenden Oberversicherungsämtern gegeben? Diesen liegt heute eine Reihe von sozialpolitischen Aufgaben ob, für die die Arbeitskammern eigentlich die berufenen Stellen wären. Das Oberversicherungsamt hat heute die Ortslöhne und die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter festzustellen. Diese Aufgabe würde von den Arbeitskammern entweder übernommen oder doch vorbereitet werden können. Man braucht sich nur den Ausbau des Wohnungswesens vorzustellen, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß ein Landeswohnungsamt zur Unterstützung des ja doch einmal kommenden Reichswohnungsamtes bei der Lösung aller Wohnungsfragen erforderlich sein wird. Wäre da nicht die Zuweisung solcher Aufgaben an eine für diesen Zweck auszubauende Arbeitskammer möglich? Ich denke an die Jugendfürsorge, an die Wohlfahrts- und an die Armenpflege, die des Ausbaus in zusammenfassender Weise nach sozialen Gesichtspunkten dringend bedürfen. Nur andeutungsweise will ich alle diese Gebiete erwähnt haben, die über kurz oder lang in gesetzgeberischer Weise bearbeitet werden müssen. Sollte nicht bei der Schaffung von Arbeitskammern an einen solchen systematischen Aufbau der sozialpolitischen Gebilde gedacht werden müssen? Die Regierung denkt daran nicht. Ein Organ wird nach dem andern gebildet, systemlos und ohne Rücksicht auf das Vorhandene und Kommende, Verschwendung an Kraft und Zeit wird damit betrieben, die bei einer weitsichtigen Gestaltung der erst zu schaffenden Einrichtungen erspart werden könnte. Ein solcher Aufbau kann nur territorialer Art sein. Er braucht keineswegs die größeren Industriegruppen oder wichtigen Erwerbszweige auszuschließen. Aber er würde die allgemeinen Wirtschafts- und sozialen Fragen im Rahmen der Gesamtwirtschaft betrachten und damit, allen Interessen gerecht werdend, die Dinge von höherer Warte aus behandeln.

Im Einzelfall werden, für bestimmte Gewerbebezweige oder für bestimmte Arten von Betrieben die territorialen Gesamtkammern bei der Erledigung ihrer Aufgaben vor besondere Schwierigkeiten gestellt sein. Deshalb sieht auch der Gewerkschaftsentwurf die Möglichkeit der Bildung von Abteilungen hierfür vor. In gleicher Weise sollen auch für die Land- und Forstwirtschaft, für die technischen und für die kaufmännischen Angestellten Abteilungen gebildet werden. Wohlverstanden: nur nach dem Gewerkschaftsentwurf.

Der Regierungsentwurf will die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker und die Handlungsgehilfen von der Arbeitskammer ausnehmen und behält sich für diese und deren Arbeitgeber die Bildung besonderer Ange-

stelltenkammern vor. Zur Begründung wird auf die eigenartige Stellung des Angestellten als eines Mittelglieds zwischen Arbeitgeber und Arbeiter verwiesen. Diese Stellung soll es durchaus unerwünscht erscheinen lassen die Angestelltenvertretung zu einem Bestandteil der Arbeitskammern zu machen. Im Sinn einer besondern Regelung der Interessenvertretung der Angestellten spricht sich auch eine an die Kommissionsmitglieder gerichtete Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände aus. Demgegenüber wenden sich die 16 Verbände der Arbeitsgemeinschaft freier Arbeitgeberverbände, die beiden Verbände der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände und der Kaufmännische Verband weiblicher Angestellter gegen die Ausschließung der Angestellten von dem Arbeitskammergesetz. Sie begründen ihre Haltung wie folgt:

Der Angestellte sei auf Grund seines Arbeitsvertrags ebenso wie der Arbeiter grundsätzlich als Arbeitnehmer anzusehen. Heute müsse die Masse der Angestellten mit dauernder wirtschaftlicher Abhängigkeit und Unselbständigkeit rechnen, ähnlich wie das bei den Arbeitern der Fall sei. Für die Angestellten und Arbeiter gelte auch heute schon ein großer Teil der sozialen Gesetzgebung gemeinsam, zum Beispiel die Reichsversicherungsordnung und die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, deren 7. Abschnitt allgemein von gewerblichen Arbeitern spreche und auch die Handlungsgehilfen, Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker usw. dazu rechne. Demnach fasse der Gesetzgeber die Angestelltenschaft selbst als Arbeitnehmer auf. Die Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Angestellten, die heute noch von den Gegnern eines einheitlichen Arbeitskammergesetzes vorgebracht werden, beruhen im wesentlichen auf Äußerlichkeiten, denen keinerlei soziale Bedeutung beigemessen werden könne. So übe die Art der Beschäftigung; ob Hand- oder Kopfarbeit, auf die soziale Stellung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber keinerlei Einfluß aus; dem Arbeitgeber sei es ganz gleich, ob es sich um Kopf- oder Handarbeiter handle. Ebenso können die Unterschiede in der Vorbildung, der gesellschaftlichen Stellung usw., nichts an der Tatsache ändern, daß Angestellte und Arbeiter für das betreffende Unternehmen lediglich als Arbeitskräfte bewertet würden. Daß die Angestellten Arbeitgeberinteressen zu vertreten haben, indem der Angestellte der Arbeiterschaft gegenüber der Vertreter des Arbeitgebers sei, treffe nur zu einem kleinen Teil bei den Angestellten zu, und nur, soweit sie als Betriebsbeamte tätig seien, oder sonst leitende Funktionen im Betriebe ausübten. Das große Heer der kaufmännischen Angestellten in den offenen Verkaufsstellen, die Kontoristen, Buchhalter, die sonstigen Bureauangestellten, Konstrukteure usw. können überhaupt nicht in irgendeiner Eigenschaft als Vorgesetzte der Arbeiter in Frage. Im übrigen müßte die Heraushebung der Vorgesetzten aus dem allgemeinen Arbeitskammergesetz ganz logisch auch dazu führen, daß bei den Arbeitern die sämtlichen Vorarbeiter, Monteure, Gruppenführer usw., gleichfalls besondere Kammern erhielten. Die Angestellten üben aber auch unter sich wiederum vielfach Vorgesetzteigenschaften aus. Die Anerkennung des von der andern Seite gemachten Einwands würde es also auch ganz unmöglich machen einheitliche Angestelltenkammern zu schaffen. Soweit einzelne leitende Persönlichkeiten der Betriebe ausgesprochene Arbeitgeberfunktionen ausübten, zum Beispiel Direktoren, Prokuristen, dürften sie natürlich von jeder gesetzlichen Interessenvertretung der Angestellten oder Arbeiter, in welcher Form sie auch immer zustande käme, ausgeschlossen sein. Es liege aber auch im wohlverstandenen allgemeinen Interesse die Sozialgesetzgebung des Reiches möglichst einheitlich zu gestalten. Den Gegnern einer Fortführung der Sozialpolitik sei zuzustimmen, daß bei dem weitern Ausbau der Sozialgesetzgebung jede überflüssige finanzielle Belastung vermieden werden müsse. Die Schaffung von Arbeits- und Angestelltenkammern, das heißt, zweier getrennter Einrichtungen mit dem selben Inhalt und der selben Tendenz, und damit die Entstehung doppelter Verwaltungskosten würden aber mit den Grundsätzen sparsamer Wirtschaft nicht in Einklang gebracht werden können. Neben der finanziellen Belastung würde aber auch durch die Schaffung besonderer Angestelltenkammern doppelte Arbeit entstehen, während doch gerade nach dem Krieg alle Veranlassung vorliegen müsse mit den vorhandenen Arbeitskräften sparsam umzugehen. Die Angestelltenkammern müßten immer wieder zu den selben Fragen Stellung nehmen wie die Arbeitskammern. Die Arbeitgeber wären also gezwungen

ihre Zeit und Arbeit sowohl für die Arbeits- als für die Angestelltenkammern zur Verfügung zu stellen. Es liege alle Veranlassung vor nicht nur grundsätzlich sondern auch aus rein praktischen Erwägungen heraus von der Schaffung eines Sondergesetzes für die Angestellten Abstand zu nehmen. Soweit die Angestelltenfrage auf Grund der besonderen Funktionen der Angestellten eine gesonderte Behandlung notwendig machte, böten die geforderten Angestelltenabteilungen in den Arbeitskammern dazu ausreichende Gelegenheit. In den großen grundsätzlichen Fragen, die mit die Hauptaufgabe der kommenden Arbeitskammern zu bilden haben, seien die Interessen der Angestellten und Arbeiter durchweg gleichlaufend. Die Hauptaufgabe dieser Kammern bleibe doch schließlich die Herbeiführung der wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer, die Förderung des Gedankens vom sozialen Staat und die Stellungnahme zu den Fragen der Wirtschaftspolitik.

Aus den gleichen Erwägungen heraus haben sich die Arbeitervertreter der Arbeitskommission des Reichstags auf die Einbeziehung der Angestellten in das Gesetz verständigt, und sie werden in diesem Sinn wirken.

Äußerst befremdend muß es wirken, daß die Regierung sich nicht hat entschließen können die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde in das Gesetz einzubeziehen. Auch nicht die Rechtsanwaltsangestellten. Daß man diesen Personen noch heute die berechtigte Interessenvertretung vorenthalten will, zeigt, wie wenig man den Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden vermag. Dabei muß die Begründung der Vorlage zugestehen, daß, so gewiß es starke gemeinsame Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter gebe, namentlich auf dem Gebiet des Gedeihens der Industrie, auf dem der Verbrauchserleichterungen, des Arbeiterwohnungswesens, der Wohlfahrtseinrichtungen, so unleugbar auch schroffe Interessengegensätze bestehen, namentlich auf dem Gebiet der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse. Wer vermöchte wohl zu sagen, daß dies für die Landwirtschaft und das Gesinde nicht zutrefte?



UR Begründung der Vorlage steht in geradezu krassem Gegensatz die vorgesehene Regelung des Einigungswesens. Die Begründung sagt:

»Die in der Zeit nach dem Kriege der deutschen Industrie bevorstehenden außergewöhnlichen Schwierigkeiten lassen es als eine dringliche Forderung erscheinen alles zu tun, was sich zur Vermeidung großer und langwieriger Arbeitskämpfe oder doch zu ihrer raschen Beilegung an Vorkehrungen treffen läßt.«

Der Entwurf schreibt vor, daß die Arbeitskammern für ihren Bezirk ein Einigungsamt zu errichten haben, das »bei Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der in ihnen vertretenen Gewerbebranche über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses angerufen« werden kann, »wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht oder die beteiligten Arbeiter in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind«. Nun haben die Einigungsämter der Gewerbegerichte bei der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten fast völlig versagt. Nur einen kleinen Bruchteil aller Streitfälle werden sie erledigt haben. Dabei sind alle Arbeiterorganisationen und die auf sozialem Gebiet einsichtigen Personen davon überzeugt, daß fast der größte Teil der Streitigkeiten vermieden oder gütlich beigelegt werden könnte, wenn Einigungsinstanzen beständen, denen die Pflicht zum Eingreifen auferlegt wäre, und wenn sie die erforderlichen Zwangsmittel hätten auch widerstrebende Streitparteien zur Verhandlung zu zwingen. Der Gewerkschaftsentwurf legt den Arbeitskammern die Pflicht

auf einem Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorzubeugen und bei wirtschaftlichen Kämpfen auf die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens hinzuwirken. Eine derartige gesetzliche Mindestvorschrift ist unbedingtes Erfordernis. Der einzige, recht minimale Fortschritt, den der Entwurf da bringt, ist die Möglichkeit der Bildung örtlicher Schlichtungsstellen, wenn der Sitz der Arbeitskammer nur mit erheblichem Zeitverlust erreicht werden kann, ferner eine Ergänzung des Gewerbegerichtsgesetzes dahin, daß das Einigungsamt einen Schiedsspruch abzugeben hat, wenn durch einen Einigungsversuch eine Vereinbarung dadurch unmöglich wird, daß eine der beiden streitenden Parteien nicht erscheint oder nicht verhandelt. Das gleiche Verfahren soll dann auch für die Einigungsämter des Arbeitskammergesetzes gelten.

Die Vermeidung von Arbeitskämpfen wird für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nach dem Krieg ein dringendes Gebot sein. Das Arbeitskammergesetz muß die erforderlichen Handhaben bieten, um bestehende Streitigkeiten nach Möglichkeit gütlich zu regeln und sich entwickelnde nicht zum offenen Ausbruch kommen zu lassen. Maßnahmen, die diesem Ziel zustreben, sind bereits in dem Hilfsdienstgesetz, in den Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen, gegeben. Die Regierung meint, daß eine solche Regelung nicht in das Arbeitskammergesetz hineingehöre und einem Abänderungsgesetz zur Gewerbeordnung vorbehalten bleiben müsse. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß in der Kriegszeit ein solches Abänderungsgesetz zur Gewerbeordnung ergeht. Mit der Beseitigung des Hilfsdienstgesetzes würden also diese der gegenseitigen Verständigung und damit dem wirtschaftlichen Frieden dienenden Einrichtungen in Fortfall kommen. Entsprechend den Forderungen des Gewerkschaftsentwurfs wird es im Interesse einer ungestörten Produktionsförderung in der Nachkriegszeit Aufgabe der Reichstagskommission sein auch hier die Lücken des Regierungsentwurfs auszufüllen.

Die für die staatlichen Verkehrsarbeiter vorgesehene besondere Regelung des Einigungswesens entspricht noch viel weniger den zu stellenden Anforderungen. Zunächst soll durch die ganz beiläufige Bemerkung, daß in Reichs- und Staatsbetrieben weder eine Betriebseinstellung noch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung zulässig sei, eine Art Streikverbot für die Eisenbahner geschaffen werden. Die hier auftauchenden Fragen können indessen nur bei einer generellen Regelung des Koalitionsrechts entschieden werden. Diese Regelung in einem der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiter dienenden Gesetz vorzunehmen ist ganz unmöglich. Dann aber sollen die Einigungsämter nur bei Streit über die grundsätzliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen angerufen werden können. Was nicht grundsätzlicher Art ist, soll auch der Entscheidung des Einigungsamtes entzogen sein; darüber entscheidet dann endgültig die Aufsichtsbehörde. Die Erörterung von Lohnangelegenheiten zum Beispiel würde den Einigungsämtern nicht unterbreitet werden können. Dem schon seit langem gehegten dringenden Wunsch dieser Arbeitergruppen für sie zu schaffende Einigungsämter mit der Vollmacht auszustatten sämtliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erörtern und zwingend festzusetzen wird im Entwurf also keine Rechnung getragen. Es gehört doch wohl zu der Neuorientierung der innern Politik, von der der frühere Staatssekretär Delbrück

am 10. März 1915 im Reichstag sprach, daß das Reich und der einzelne Bundesstaat ihre eigenen Betriebe unter das gleiche Recht stellen, das sie zur Förderung der Ruhe und des Friedens im gesamten Wirtschaftswesen für notwendig erkannt haben.

Man sollte meinen, daß ein Gesetzentwurf, dessen Ziel es mit ist den Arbeitsfrieden im Wirtschaftsleben zu fördern, beide Parteien des Wirtschaftslebens völlig gleichstellt. Das geschieht aber im Entwurf des Arbeitskammergesetzes nicht. In die Arbeitskammer sollen außer den Arbeitern und Arbeitgebern (beide nach 1jähriger Zugehörigkeit zum betreffenden Gewerbe) auch solche Personen wählbar sein, die wenigstens 3 Jahre den Gewerbebezügen, für die die Arbeitskammern errichtet sind, angehört haben und seit mindestens 1 Jahr im Bezirk der zuständigen Arbeitskammer wohnen. Als Arbeitgeber sollen dagegen auch Personen gewählt werden können, die mindestens 1 Jahr als Vorsitzende oder Beamte beruflicher Vereine der Arbeitgeber derjenigen Gewerbebezüge tätig sind, für die die Arbeitskammern errichtet sind und die im Bezirk der zuständigen Arbeitskammern wohnen. Diese Vertreter der Arbeitgeber brauchen also überhaupt nicht praktisch im Gewerbe tätig gewesen zu sein. Und weiter auch hier wieder minderes Recht für die staatlichen Arbeiter. Beamte der Verkehrsarbeiterorganisationen sollen von den für die Verkehrsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten zu bildenden Arbeitskammern ganz ausgeschlossen sein, und zwar gleichviel, ob und wie lange sie früher im Eisenbahndienst tätig gewesen sind. Freilich hat Delbrück am 2. April 1916 im Reichstag erklärt, den Arbeitersekretären könne nach ihrem Verhalten im Krieg das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie es verstehen würden politische Gesichtspunkte zurücktreten zu lassen, wo lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen seien, und die Begründung der jetzigen Vorlage erwartet von der Mitarbeit der Berufsvereinsbeamten, daß nicht nur die Berufsvereine auf die Arbeitskammern Einfluß üben, sondern daß auch umgekehrt ein Einfluß der in den gemeinsamen Verhandlungen der Arbeitskammern geklärten Auffassungen auf die Berufsvereine stattfinden werde. Durch die Tat beweist aber die Regierung, daß sie das für die öffentlichen Betriebe nicht gelten lassen will. Das ist eine merkwürdige Neuorientierung.

Je mehr man sich in die Einzelheiten der Regierungsvorlage vertieft, desto klarer wird es, daß es ihren Verfassern an Einsicht für die Bedürfnisse unserer Zeit durchaus fehlte. Dieses Versagen ist gerade im Interesse eines ungestörten Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens zu bedauern. Wenn, was ich für ganz ausgeschlossen halte, der Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt wirklich Gesetz werden sollte, so würde man eine Enttäuschung nach der andern bei seiner Handhabung und Ausführung erleben, und das würde naturgemäß zu neuen Kämpfen im Wirtschaftsleben führen. Solche Versuche können die großen und regen Kräfte in der Arbeiterschaft nicht zu einigender und aufbauender Arbeit zusammenfassen sondern entfesseln diese Kräfte gegen ihre Veranstalter im Kampf für sozialen Fortschritt. Kommen wird dieser Fortschritt ja, weil er ein Bedürfnis der Zeit ist. Nur wäre es besser, wenn er der Regierung nicht mühsam abgerungen werden müßte.



PAUL UMBREIT · DIE FRAUENARBEIT VOR UND NACH DEM KRIEG

KAUM einem sozialen Problem hat sich während des Krieges ein so tiefgehendes allgemeines Interesse zugewandt wie dem der Frauenerwerbsarbeit. Davon zeugt auch die eingehende Diskussion der Einzelfragen der Frauenarbeit und ihrer Konsequenzen, die in einer besondern Artikelreihe seit 1½ Jahren in den Sozialistischen Monatsheften geführt wird, und an der sich Sozialpolitiker und Gewerkschaftsführer der verschiedensten Berufsgruppen, Männer wie Frauen, beteiligen. Lassen wir jetzt die Tatsachen der vollzogenen Veränderungen noch einmal Revue passieren, um die sich aus ihnen ergebenden Schlüsse unter volkswirtschaftlichem, gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gesichtspunkt zu ziehen.

Wollen wir die Frauenerwerbsarbeit vor dem Krieg mit der während des Krieges vergleichen, so sind wir dabei nur auf wenige Krankenkassenziffern angewiesen, die nicht einmal ein völlig einwandfreies Bild liefern. Nach den Berichten des Reichsarbeitsblatts betrug die Zahl der versicherungspflichtigen weiblichen Kassenmitglieder bei den an der Statistik beteiligten Krankenkassen am 1. Juli 1914 3 704 474, am 1. Oktober 1914 2 300 000, am 1. Juli 1915 3 636 371, am 1. Juli 1916 4 200 720, am 1. Juli 1917 4 269 656, am 1. Februar 1918 3 782 425, am 1. April 1918 4 777 736. Aus diesen Zahlen ergibt sich im 1. Kriegsjahr ein plötzlicher starker Rückgang der weiblichen Versicherten um mehr als 35 %, bis gegen dessen Ende der alte Stand nahezu wieder erreicht war. Dann nahm die Frauenarbeit infolge des wachsenden Bedarfs der Kriegswirtschaft an Ersatzkräften für die zum Heeresdienst eingezogenen Männer rapid zu; sie stieg binnen Jahresfrist bis zum Juli 1916 um nahezu 600 000. Im 3. Kriegsjahr scheint das Bedürfnis nach weiblicher Arbeitskraft gestillt zu sein, denn die Zunahme war nur noch gering, und im 4. Kriegsjahr zeigt sich sogar bis zum 1. Februar 1918 ein Rückgang, bis beinahe auf den Stand von 1914. Dann schnell aber die Zahl der weiblichen Versicherten binnen 2 Monaten um beinahe eine volle Million in die Höhe. Die Ursache der letzten Rückwärtsbewegung war der starke Kohlenmangel, der zu Produktionseinschränkungen zwang. Sie wurde im März 1918 überwunden und machte einer fast beispiellos rapiden Zunahme Platz. Noch interessanter ist das Verhältnis der Zahl der weiblichen zu den männlichen versicherungspflichtigen Kassenmitgliedern. Im Juli 1914 war das Zahlenverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Versicherungspflichtigen 2:1; im Februar 1917 wurde der Stand von 1:1 erreicht, und seitdem sind die weiblichen Pflichtmitglieder in der Überzahl. Sicherlich sind diese Zahlen für die Frauenerwerbsarbeit nicht erschöpfend; schon deshalb nicht, weil nur ein Teil der landwirtschaftlich tätigen weiblichen Bevölkerung den Krankenkassen angehört. Aber sie sind für die Entwicklung der Frauenberufsarbeit während des Krieges in hohem Grad symptomatisch. Diese Ziffern werden durch die Arbeitsnachweisstatistik ergänzt. Sie ergab auf je 100 offene Stellen am 1. Juli 1914 nur 99 weibliche Arbeitsuchende. Schon im August 1914, im 1. Kriegsmonat, war ein Überangebot von 202 weiblichen Arbeitsuchenden pro 100 offene Stellen gemeldet; im Juli 1915 betrug es noch 165, im Juli 1916 noch 154. Dana

ging es ständig zurück. Im Juli 1917 meldeten sich nur noch 83 weibliche Personen auf 100 offene Stellen, und im März 1918 waren es 85. Es scheint also, als ob sich das große Reservoir weiblicher Arbeitskraft allmählich erschöpft habe. Indes geht nur ein kleiner Teil der Arbeitskräfte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise, und es ist nicht ausgeschlossen, daß aus den stillgelegten und eingeschränkten Industriezweigen noch starke Reserven vorhanden sind, die auf andere Weise in Arbeit gebracht werden.

Die starke Zunahme der Frauenberufsarbeit steht jedenfalls fest, und ihre mehrjährige Praxis in zahlreichen Industrien läßt eine gewisse Anpassung und Übung als sicher erscheinen. Gehen auch die Urteile über ihre Bewährung noch weit auseinander, so besteht doch in weiten Kreisen darüber Übereinstimmung, daß die heimische Volkswirtschaft ohne ihre Mitwirkung die von Landesverteidigung und Volksernährung gestellten Aufgaben nicht hätte erfüllen können. Darin liegt schon eine gewisse Anerkennung, daß sie sich bewährt hat und daß sie sich bei längerer Kriegsdauer noch weiterhin in steigendem Maß bewähren muß. Gewiß wird der Frau das eine oder andere Arbeitsgebiet heute noch scharf umstritten. Es sind ungeeignete Beschäftigungen zustande gekommen, die nicht bloß gesundheitliche oder sittliche Gefährdungen hervorriefen sondern auch für normale Produktionsverhältnisse schwere technische und wirtschaftliche Störungen mit sich bringen. Es wird daher eine sorgfältige Prüfung nach dem Krieg notwendig sein, um die für Frauen ungeeigneten Berufstätigkeiten festzustellen. Aber auch bei weitgehender Auslese dieser Art werden noch genug Arbeitsverrichtungen übrigbleiben, die man der Frau weder aus gesundheitlichen oder sittlichen, noch aus betriebstechnischen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen wird bestreiten können.

Der eigentliche Streit um die Frauenberufsarbeit liegt auf anderm Gebiet, nämlich auf dem der ungünstigen Beeinflussung des Arbeitsmarkts und der Lohnhöhe. Hier aber scheiden sich zugleich die Interessen der Arbeitgeber von denen der Arbeitnehmer. Den Unternehmern kommt eine starke Vermehrung des Angebots von Arbeitskräften durchaus gelegen; sie sind daher mit wenig Ausnahmen mit der Zunahme der Frauenarbeit einverstanden, wenigstens für leicht erlernbare Teilarbeit. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung hat sich wiederholt in diesem Sinn geäußert. Die Arbeiter müssen dagegen aus solcher Zunahme eine nachteilige Verschiebung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt befürchten, woraus sich die Gefahr frühern Ausscheidens aus dem Beruf, größerer Arbeitslosigkeit und stärkern Lohndrucks ergibt. Kein Wunder, daß sie diesen Veränderungen weit kritischer, zum Teil sogar abwehrend (wie in den Angestelltenkreisen) gegenüberstehen. Soweit die männlichen Arbeitnehmer, Arbeiter wie Angestellte, eine starke gewerkschaftliche Position haben, beruhend auf der Verfügung über das Angebot unentbehrlicher, berufsmäßig ausgebildeter, hochqualifizierter Arbeitskräfte, werden sie das Eindringen der Frau in ihre Berufe auch aufhalten oder wenigstens auf gewisse Arbeitszweige oder Berufsverrichtungen beschränken können. Auf die Dauer werden solche Bestrebungen zwar kaum von Erfolg sein; aber schon ein verlangsamter Übergang kann geeignet sein die bedrohte gewerkschaftliche Position wieder zu festigen.

Die Frau als Arbeitnehmerin hat naturgemäß das gleiche Interesse wie die männlichen Arbeiter. Sie muß wissen, daß die Arbeitgeber sie nicht um

ihrer schönen Augen willen oder aus sozialem Pflichtgefühl beschäftigen, sondern um teurere Arbeitskräfte durch billigere zu ersetzen, also aus Unternehmerinteresse. Infolge des ablehnenden Verhaltens eines Teils der männlichen Arbeiter kommt sie aber in eine verzwickte Lage: sie folgt dem Unternehmerinteresse, das ihr Erwerb und Lebensunterhalt gewährleistet, und kümmert sich wenig um das allgemeine Arbeiterinteresse, das ihr eigenes umfaßt. Sie wird die Beute des kapitalistischen Lohndrucks und von ihren Mitarbeitern und Leidensgenossen angefeindet.

Die Lohnfrage wird somit zum Angelpunkt der ganzen Frauenerwerbsarbeit. Zunächst einiges über die Entwicklung der Lohnhöhe vor und in dem Krieg. Vor dem Krieg betrug das Verhältnis der Frauen- zu den Männerlöhnen im allgemeinen 1:2. Dieses Verhältnis hat sich während des Krieges zugunsten der Frauen schon ganz erheblich verschoben, aber doch nicht in dem Maß, daß ein völliger Ausgleich eingetreten wäre. Daran war nicht bloß das fast ständige Überangebot der Frauenarbeit, auch während des Krieges, schuld, sondern auch die geringere Widerstandskraft der Frauen. Eine Statistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom März 1914 bis zum September 1916 ergab das folgende Bild:

Berufszweig	Prozentuale Lohnsteigerung für	
	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
Maschinenindustrie	48	70
Elektrische Industrie	64	74
Metallindustrie	44	99
Chemische Industrie	34	50
Papierindustrie	40	27
Leder- und Gummiindustrie	124	113
Holzindustrie	32	30
Nahrungsmittelindustrie	8	37
Industrie der Steine und Erden	21	30

In den kriegswichtigen Industrien ist also der Lohn der Arbeiterinnen stärker gestiegen als der der Männer. Man kann im allgemeinen annehmen, daß das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenlohn vor dem Krieg vom 2:1 sich während des Krieges in ein solches von 3:2 verwandelt hat.

Über die Lohnhöhe und die absoluten Veränderungen lassen sich der Statistik der Unfallversicherung einige Anhaltspunkte entnehmen. Nach den Lohnnachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften trat eine durchschnittliche Lohnsteigerung in 51 Berufsgenossenschaften, eine Senkung in 17 Berufsgenossenschaften ein. Der Gesamtdurchschnitt aller Berufsgenossenschaften ergibt für 1913 einen Jahreslohn pro Kopf der Vollarbeiter von 1215,35 Mark, für 1916 einen solchen von 1400,99 Mark. Die Steigerung beträgt also 185,64 Mark oder 15,2 %. Nimmt man an, daß das Verhältnis der Beschäftigung von Männern, Frauen und Jugendlichen vor dem Krieg 5:2:1, der Lohnhöhe 3:1,5:1 betrug, und daß sich das erste während des Krieges auf 3:3:1, das andere auf 3:2:1 verschoben hat, so ergibt eine vergleichende Berechnung eine durchschnittliche Lohnsteigerung der Männer um 16,2 %, der Frauen um 55 % und der Jugendlichen um 75 %. Trotz diesen Lohnsteigerungen sind die Frauen von dem völligen Ausgleich mit den Männerlöhnen noch weit entfernt, und es ist nicht an-

zunehmen, daß dieser Ausgleich so bald nach dem Krieg eintreten dürfte. Im Gegenteil wird das Zurückströmen der Kriegsteilnehmer auf den Arbeitsmarkt in erster Linie die Frauenlöhne senken, sofern nicht das Angebot von Frauenarbeit hinter die Nachfrage zurücktritt. Der Kampf um den Lohn wird also bald in vollem Umfang entbrennen, falls es nicht gelingt zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt regulierend einzugreifen.

Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten scheinen mir die berufensten Organisationen zu sein diese Regelung einzuleiten. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, daß die erwerbstätigen Frauen für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden. In welchem Maß das während des Krieges gelungen ist, darüber geben folgende Zahlen Aufschluß:

Jahr	Anzahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften		
	männliche	weibliche	insgesamt
1913	2 276 777	228 265	2 525 042
1914	1 311 179	191 732	1 502 911
1915	819 872	174 981	994 853
1916	742 665	201 910	944 575
1917	942 513	332 832	1 275 345

Aus diesen Zahlen ergibt sich bis Ende 1916 ein Rückgang der weiblichen Mitglieder um 11,5 %, bis Ende 1917 dagegen wieder eine Zunahme von 64,8 %. Vor dem Krieg betrug das Verhältnis zwischen männlicher und weiblicher Mitgliederzahl 10:1; Ende 1917 hatte es sich auf 3:1 verschoben. Das bleibt natürlich nicht so nach der Beendigung des Krieges, da zu hoffen ist, daß der größte Teil der zum Heeresdienst eingezogenen männlichen Mitglieder wieder in die Gewerkschaftsreihen eintreten wird. Was daher für die Gewinnung der Frauen für die Organisation zu tun ist, muß noch vor der Beendigung des Krieges getan werden. Vorerst gehört nur der kleinste Teil der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten den Gewerkschaften an. Da ihre Zahl im Erwerbsleben der der Männer heute überlegen ist, müßte bei der Erstrebung eines Organisationsverhältnisses von 1:1 eine Verdreifachung der weiblichen Mitglieder erreicht werden. Ja, die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder müßte eigentlich größer sein als die der Männer. Eine Million Frauen in den deutschen Gewerkschaften wäre sicherlich ein Faktor, dessen Einfluß auf dem Arbeitsmarkt nach Beendigung des Krieges ernstlich zu spüren wäre. Dieses Ziel zu erreichen müßte des Einsetzens aller gewerkschaftlichen Kräfte wert sein. Kein Mensch wird wünschen, daß der Krieg noch jahrelang fort dauern möge, um alle erwerbstätigen Frauen in die Organisation zu drängen. Aber jeder wird ein Interesse daran haben, daß die Gewerkschaften nach dem Krieg nicht in ungünstigerer Position dastehen als vor ihm. Vor allem müssen die erwerbstätigen Frauen selbst, soweit sie auch nach dem Krieg erwerbstätig bleiben wollen oder müssen, sich dieses Interesses bewußt werden. Sie müssen die gewerkschaftliche Organisation als Notwendigkeit erkennen und für sie gewonnen werden.

Die Frauen sind bekanntlich schwer für die Gewerkschaften zu gewinnen. Die Gründe für dieses Verhalten sind in dieser Zeitschrift schon wiederholt erörtert worden. Die starke Zunahme der weiblichen Organisierten im Jahr 1917 zeigt, daß dieses Verhalten nicht unüberwindlich ist. Es ist gelungen

in einem Jahr dieses Organisationsverhältnis um fast zwei Drittel zu steigern. Die Ursache liegt zweifellos in den Teuerungslohnbewegungen der Gewerkschaften, also auf dem Gebiet der Lohnpolitik. Das ist für die Zukunft ein wichtiger Fingerzeig und berechtigt zu guten Hoffnungen. Die Gewerkschaften müssen in ihrer Lohnpolitik nicht bloß auf die weiblichen Erwerbstätigen Rücksicht nehmen, sondern sie müssen diese Lohnpolitik während des Krieges auch besonders auf die Befestigung und Steigerung der Frauenlöhne einstellen. Den Frauenlöhnen muß in den Tarifverträgen ein besonderes Kapitel gewidmet werden.

Mit dieser Lohnpolitik allein ist es natürlich nicht getan; denn die Entlohnung der Frauen hängt nicht von dem Vorgehen der Gewerkschaften allein ab. Auch die Widerstandskraft der Frauen selbst gegen niedrige Lohnangebote und Lohndruck muß gestärkt werden. Diese geringere Widerstandskraft ist nicht etwa nur durch die weibliche Natur bedingt sondern auch durch Mängel der weiblichen Berufsausbildung. Die Gewerkschaften finden hier neben der Lohnfrage ein zweites Gebiet, die Arbeiterinneninteressen zu vertreten, indem sie die Lehrlingsfrage nicht allein vom Gesichtspunkt der Erziehung des männlichen Nachwuchses aus behandeln sondern sich auch den notwendigen Einfluß auf die weibliche Berufsbildung zu sichern suchen. Je ernster sich die Gewerkschaften diesen Aufgaben widmen, desto sicherer können sie darauf rechnen die Arbeiterinnen dauernd von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und sie aus einem passiven volkswirtschaftlichen Element zu einem aktiven Faktor zu machen.

Allerdings bedarf es dazu nicht bloß des gewerkschaftlichen Wirkens für die Arbeiterinnen, sondern dieses Wirken muß auch die Kräfte der Frauen selbst in weitestem Maß wecken. Durch die Frauen muß geschehen, was Bestand haben soll. Hierzu gehört eine gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, die nicht aufgeschoben werden darf. Gerade jetzt, wo das Interesse der Frauen für die Organisation im Wachsen begriffen ist, verspricht diese Erziehungsarbeit ihre Früchte zu tragen.

HERMAN KRANOLD · DIE VERSORGUNG DER LANDWIRTSCHAFT MIT TIERISCHEN ARBEITSKRÄFTEN

UNTER den vielen Verwüstungen, die die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft sich während des Krieges hat gefallen lassen müssen, steht in vorderster Reihe die schwere Schädigung ihrer Arbeitskräfte, sowohl der tierischen als auch der menschlichen. Es ist zwar gegenwärtig nicht möglich eine genügend ins einzelne gehende Statistik des Viehstands anzuführen, aus der sich der Rückgang der den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung stehenden tierischen Arbeitskräfte mit völliger Deutlichkeit erkennen läßt. Eine solche Statistik hätte aber auch wenig Sinn, weil man ja nicht weiß, wie lange der Krieg noch dauert. So viel ist jedenfalls gewiß, daß die tierischen Arbeitskräfte während des Krieges auch weiter noch zurückgehen werden; und zwar werden sie dabei genau den gleichen Einflüssen unterworfen sein wie bisher. Wenn man also imstande ist die Wichtigkeit dieser Einflüsse und die allgemeine Tendenz ihrer Wirkung anzugeben, so wird das genügen, um

zu zeigen, welcher Art die Produktionsschädigung ist, die daraus bereits erwachsen ist und erst recht noch erwachsen wird, und um darauf hinzuweisen, in welcher Richtung Abhilfe gesucht werden könnte.

In normalen Zeiten wird der Bedarf an tierischen Arbeitskräften in Deutschland für die landwirtschaftlichen Betriebe so gut wie ausschließlich durch Pferde und durch Rindvieh gedeckt. Alle irgendwie zum Heeresdienst verwendbaren Pferde sind aber nach und nach eingezogen worden. Die Landwirtschaft muß sich mit dem äußersten Mindestmaß von Pferden behelfen, dazu mit einer Qualität, die für die gesteigerten Anforderungen der Friedenswirtschaft an die Landwirtschaft auch nicht entfernt ausreichen kann. Nun werden freilich mit der Demobilisierung zahlreiche Pferde wieder aus dem Heeresdienst freigegeben werden. Zunächst jedoch hat die Kampfhandlung zahlreiche Pferde verbraucht. Ferner wird nach dem Krieg die Stadt als heftiger Konkurrent um Zugpferde auf den Pferdemarkten erscheinen und in Anbetracht der Preissteigerung, die die städtischen Transportgewerbe während des Krieges für ihre Leistungen durchzusetzen vermocht haben, leistungsfähige Pferde, insbesondere schwere Arbeitspferde, um jeden Preis an sich ziehen, während es bisher noch sehr fraglich ist, wieweit der Landwirt bei seiner nur unzureichend rentablen Wirtschaft in diesem Wettbewerb um den Pferdekauf mit den Preisen, die er anlegt, gehen kann. Außerdem werden die Pferde, die aus dem Heeresdienst freigegeben werden, auch wenn sie einigermaßen mit heilen Gliedern die Schrecken der Schlachtfelder überstanden haben werden, in ihrer Gesundheit doch schweren Schaden erlitten haben; ihr Fettpolster wie ihre Muskulatur sind infolge des hochgradigen Mangels an kräftigem Futter und der enormen Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit bei der militärischen Verwendung dahingeschmolzen. Man wird deshalb damit rechnen müssen, daß in der ersten Zeit nach dem Kriegsende die Versorgung der Landwirtschaft mit Ackerpferden sehr schlecht sein wird. Erst nach und nach, durch gesteigerte Aufzucht, durch besonders schonende Behandlung, wie sie im allgemeinen nur von selbstwirtschaftenden Produzenten erwartet werden darf, und durch eine gründliche Mastkur, zu der aber vorläufig allerdings das Mastfutter fehlen wird, werden sich diese Zustände bessern lassen.

Das wäre nicht so schlimm, wenn ein Ablenken der Arbeitsbelastung auf Zugochsen in größerem Umfang möglich wäre. Damit sieht es aber noch viel schlechter aus. Die Futterknappheit und die Notwendigkeit die unzureichenden Brotgetreidepreise auf Umwegen wieder auszugleichen haben den Landwirt gezwungen jedes irgendwie entbehrliche Stück Rindvieh zu schlachten. Im allgemeinen sind nur Milchkühe diesem Massenmord entgangen. Das Arbeitsvieh (ob Kuh oder Ochse, macht kaum einen Unterschied) ist aufgegessen worden. Die Wiederherstellung unseres Rindviehbestands, wie er zumal in Anbetracht der enormen Schwierigkeiten in der Kraftfutterbeschaffung vor dem Krieg mit Recht ein Stolz der Landwirtschaft sein durfte, wird sich jedenfalls nicht in kurzer Zeit durchführen lassen. Auch dazu wird es gesteigerter Aufzucht, gründlicher Mast und schonendster Behandlung bedürfen. Das sind aber Leistungen, von denen mindestens die beiden letzten außerordentlich schwierig sein werden, da es mit dem Kraftfutter sehr schlecht stehen und die Anspannung der Arbeits-

kraft der wenigen überhaupt noch vorhandenen Tiere natürlich ganz enorm sein wird. Der einzelne Bauer wird hier einen sehr schweren Widerstreit zwischen seinem Augenblicksinteresse und seinen Dauerinteressen in sich auszutragen haben, und er wird wahrlich um die schwere Verantwortung nicht zu beneiden sein, die jeder Entschluß da mit sich bringt.

Daß das Werk nur gelingen kann, wenn möglichst bald große Mengen kräftigen Futters für das Arbeitsvieh verfügbar werden, ist wohl allen klar. Auch hier gilt der Bibelspruch, daß man dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden soll. Mit der Beschaffung des Kraftfutters wird es aber sehr große Schwierigkeiten haben. Zwar werden stärkehaltige Futtermittel, in erster Linie Hafer, nach dem Aufhören des abnormen Heeresbedarfs wohl bald in genügendem Maß zur Verfügung stehen. Ebenso darf man annehmen, daß zuckerhaltige Kraftfuttermittel bald in größeren Mengen zu haben sein werden. Sehr viel schlechter aber steht es mit dem Eiweiß. Der größte Teil der hierher gehörigen Futtermittel wurde vor dem Krieg entweder aus Kleie oder aus den Rückständen der Bierbrauerei und Spiritusbrennerei oder aus ausländischen Erzeugnissen beschafft. Mit der Einfuhr der ausländischen eiweißliefernden Futtermittel wird es nach dem Krieg, auch wenn er uns Erhaltung und (wie wir unbedingt wünschen müssen) Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes beschert, noch gute Weile haben. Unter diesen Umständen wird es nötig sein darauf zu sehen, daß die Kleie möglichst bald wieder voll für das Vieh verfügbar wird. Zwar wird die Verminderung der Brotmenge für den einzelnen Konsumenten, die daraus erwächst, recht empfindlich sein. Aber der Gewinn an der Qualität des Brotes, an seiner Verdaulichkeit und Bekömmlichkeit steht doch diesem Verlust gegenüber und wird ihn erträglich machen. Es ist eben erforderlich, daß die Kleie und die Futtergerste dem Arbeitsvieh vorbehalten werden. Der Hunger der Bevölkerung nach Fleisch und insbesondere Fett wird aber eine recht erhebliche Gefahr dafür darstellen. Er könnte zur Folge haben, daß kurzsichtige Landwirte eher an die Erzeugung von Schlachtvieh als an diejenige von Arbeitsvieh denken werden. Dieser Gefahr ist aber, so viel ich sehe, durch irgendwelche Zwangsmaßnahmen überhaupt nicht zu begegnen. Sie kann nur abgewendet werden, wenn gründliche Aufklärung des einzelnen Landwirts in Verbindung mit guter Rentabilität der tierischen Arbeit in Form von anständigen Getreide-, Kartoffel- und Rübenpreisen ihm einen starken Impuls gibt seinen kurzlebigen Augenblicksvorteil zum Nutzen nachhaltiger Verstärkung seiner Produktionskraft zurückzustellen.

Natürlich gehört in das selbe Gebiet auch möglichste Verringerung des Verbrauchs der Gerste zu Brauzwecken. Von dem in der Gerste enthaltenen Eiweiß geht nichts verloren, wenn sie als Körnerfutter, also unter Wahrung ihres Stärkegehalts, verbraucht wird. Und der geringe Vorteil, daß der deutsche Philister wieder stärker gebräutes Bier trinken kann und dadurch in größere Zufriedenheit versetzt wird, dürfte durch die Schädigung der Viehhaltung, die damit nach dem Krieg unbedingt verbunden sein müßte, allzu schwer erkauft sein.

Sehr schwierig ist in dieser Hinsicht die Frage, ob man nach dem Krieg die Verarbeitung von Kartoffeln zu Spiritus und Schlempe noch weiter gestatten soll. Technisch ist die Spiritusversorgung des Landes gelöst, auch ohne daß

Kartoffeln zu ihr verwendet werden. Aus Holz kann Spiritus erzeugt werden, und zwar gleichzeitig mit Zucker, also unter Gewinn eines wichtigen Nahrungsmittels. Technisch ist auch der Kartoffelbau infolge der Vervollkommnung der Kartoffeltrocknungsverfahren und der Vervielfältigung der Einrichtung dazu von der Notwendigkeit befreit seine Kartoffeln zu Schnaps oder Brennspiritus verarbeiten zu lassen. Aber es erscheint sehr fraglich, ob Kartoffeln und Kartoffeltrockenpräparate gerade für Zugvieh das geeignete Krafftutter sind. Immerhin darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß eine richtige Festsetzung der Höhe des Preises für diese Erzeugnisse dazu führen kann, daß in der Schweinemast und in der Fütterung der Milchkühe ihnen vor anderen Futtermitteln, insbesondere vor Gerste, der Vorzug gegeben wird. In diesem Fall dürfte eine wesentliche Einschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln zu Alkohol gerechtfertigt sein; denn dann würden die dadurch ersparten Kartoffeln indirekt der Versorgung des Arbeitsviehs mit Krafftutter zugute kommen. Übrigens ist dabei auch zu beachten, daß Kartoffeln, wenn sie in genügender Menge vorhanden sein sollten, in Form von Kartoffelmehl zur Streckung des Brotes gesundheitlich und wirtschaftlich durchaus gerechtfertigt wären; vorausgesetzt, daß, wie schon ausgeführt wurde, die Kleie, die man jetzt ins Mehl hineinmahlt, wieder aus ihm herauskommt. Daß Kartoffeln oder Gerste oder gar Weizen in Zukunft zur Herstellung von Trinkbranntwein auf keinen Fall dienen dürfen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die Schnapsseuche über das körperlich so geschwächte deutsche Volk nach dem Krieg loszulassen bedeutete den Ruin; und diesen Ruin des Menschenkapitals auch noch mit dem Ruin der Viehzucht zu bezahlen, das wäre doch wohl zu viel.¹⁾

Eine weitere wichtige Frage wird die Verbesserung der erblichen Qualitäten des Viehstands sein. In Anbetracht der zahlenmäßigen Knappheit des Arbeitsviehs wird sie eine ganz besondere Rolle spielen, und zwar hauptsächlich in der Richtung, daß aus der Futtereinheit möglichst viel Leistung herausgeholt werde. Zu diesem Zweck wird es der größten Ausbreitung der genossenschaftlichen Tierzuchtkontrolle bedürfen. Diese hat vor dem Krieg besonders für das Milchvieh, aber auch in manchen Gegenden Deutschlands schon für die Zucht von Arbeitsrindern und -pferden Erfolge erzielt, auf die der deutsche, insbesondere der bäuerliche, Züchter mit Recht stolz ist. Diese Arbeit muß wieder aufgenommen und mit frischem Mut und mit aller Sorgsamkeit gefördert werden. Dazu gehört aber in erster Linie, daß das erforderliche Genossenschaftskapital den Landwirten zur Verfügung gestellt werde, und zwar kann da im allgemeinen nur der Staat als Geldgeber in Frage kommen. Der Großlandwirt, soweit er nicht fideikommissarisch gebundene Hände hat, könnte vielleicht auch selbst das Kapital aufbringen, das dazu nötig wäre. Der mittlere und kleine landwirtschaftliche Produzent kann es aber nicht, denn sein Kapital wird für die bereits erwähnten Zwecke vollkommen in Anspruch genommen werden. Ihm muß der Staat mit ganz beträchtlichen Mitteln unter die Arme greifen, und zwar

¹⁾ Der neue Entwurf eines Handelsmonopols für Branntwein sieht eine künstliche Niedrighaltung der Spirituszerzeugung aus Holz vor, in der Hauptsache aus privat- und staatskapitalistischen Motiven. Daß eine solche Begründung niemals durchschlagen darf, ist klar. Auf der anderen Seite wird noch manches Jahr vergehen, bis in Deutschland wirklich in ausreichendem Maß Kartoffeltrocknungsanlagen gebaut sein werden. Bis dahin wird es besser sein die Kartoffeln zu Soblempo und Spiritus zu verarbeiten, statt sie ungenutzt verfaulen zu lassen.

zu Bedingungen, die dem Landwirt auch eine wirkliche Ausnutzung eines solchen Angebots ermöglichen.

Man verlasse sich bei den Erwägungen über die Lösung der Frage, wie die nichtmenschliche Arbeitskraft für die deutsche Landwirtschaft in Zukunft beschafft werden solle, nur nicht allzusehr auf die Hoffnung, daß *motorische* Kraft dabei in weitem Umfang aushelfen könne. Für viele Zwecke, namentlich für das Pflügen und Eggen der Felder, kommt sie überhaupt kaum in Frage: nur da, wo große ebene Flächen in großen einheitlichen Stücken sehr tief umgepflügt werden müssen, im wesentlichen also nur beim Weizen- und Rübenbau in Großbetrieben. In Nordostdeutschland, in Südosthannover und der Provinz Sachsen ist dem Motorpflug eine größere Rolle beschieden. Im übrigen wird das Pflügen nach wie vor mit tierischen Arbeitskräften besorgt werden müssen.²⁾ Dadurch wird das Maß der zu haltenden Tiere festgestellt, dadurch wird aber insbesondere die Verwendung von Motoren als Ersatz für Arbeitsvieh in anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere in der Ernte und im Drusch, ganz wesentlich eingeschränkt. Denn es hat keinen Sinn teure Maschinen anzuschaffen und teure unorganische Kräfte zu verbrauchen, wenn inzwischen die Pferde und Ochs, die man im Frühjahr nicht entbehren konnte, ungenutzt im Stall stehen und das immerhin sehr erhebliche Erhaltungsfutter verbrauchen. Darauf darf man sich also nicht verlassen. Wie es später einmal kommt, wenn es dem Erfindergeist gelingen sollte neue Typen landwirtschaftlicher Maschinen auszuarbeiten, wenn die Flurbereinigung und die Vergenossenschaftlichung der Maschinenhaltung weitere Fortschritte gemacht haben wird, das ist eine ganz andere Sache. Inzwischen aber muß für Arbeitsvieh gesorgt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie wird sich beizeiten eingehend mit diesen Dingen befassen müssen. Sie hat sich in der Vergangenheit gegenüber der Landwirtschaft vorwiegend kritisch eingestellt, und wenn sie dabei vielleicht hin und wieder auch ein verdienstliches Wort gesprochen hat, so wird man doch im Zweifel sein müssen, ob bei ruhigem Abwägen die Nachteile dieser einseitig kritischen Haltung die Vorteile nicht weit überstiegen haben. Für die Zukunft jedenfalls ist für eine derartig negative Haltung kein Platz mehr. Wenn sich die Sozialdemokratie hoffentlich überhaupt künftig mit landwirtschaftlichen Fragen näher befaßt, wird sie positive Arbeit genug vor sich liegen haben. Wie viele Aufgaben könnten hier allein auf dem engen Gebiet der Fürsorge für die tierischen Arbeitskräfte angeführt werden! Darum greife man nur hinein in die Fülle dieser Aufgaben und suche nun künftig positiv mindestens ebensoviel zu leisten, wie man früher einseitig in der Verneinung geleistet hat.

Dabei wird sich die Sozialdemokratie nicht daran stoßen dürfen, daß manche dieser Aufgaben eine gewisse Belastung des Verbrauchers unvermeidlich mit sich bringen. Der höhern ökonomischen Notwendigkeit, die dieser unangenehmen Seite der Sache zugrunde liegt, füge man sich gefaßt und suche, statt leer zu schelten und zu jammern, lieber dafür zu

²⁾ Anders steht es natürlich mit der Ersetzung von tierischer durch motorische Betriebskraft in der Landwirtschaft, soweit diese durch Mangel an menschlichen Arbeitskräften erzwungen wird. Da kann allerdings der Fall eintreten, daß die Unmöglichkeit genügend Arbeiter zu bekommen auch zu einer an sich unrentablen Maschinenverwendung zwingt.

sorgen, daß die unnötige Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch überflüssigen Zwischenhandel oder durch planloses Hin- und Hertransportieren der Ware bei gemeinwirtschaftlicher Organisation der Verteilung vermieden werde. Insbesondere Sorge die Sozialdemokratie dafür, daß etwaige staatliche Handelsmonopole mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art nicht als Steuerquelle benutzt werden. Hier kann sie an ihre alten Arbeiten anknüpfen und die unvermeidliche Belastung für die Konsumenten beträchtlich verkleinern; wenn sie das tut, dann wird sie der Produktivität der deutschen Landwirtschaft gewiß einen guten Dienst erweisen. Aber auf Kosten der Landwirtschaft (auch nicht der landwirtschaftlichen Produzenten, deren Interessen in ihrer Gesamtheit, von bestimmten Sonderinteressen abgesehen, doch identisch sind mit denen der Landwirtschaft und diese tragen) darf sie keine Konsumentenpolitik treiben. Schließlich, das bedenke man immer, ist doch die arbeitende Klasse auch in der Industrie diejenige Schicht, die von einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, von der Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit den größten Vorteil haben wird.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

Ernährungs-
system

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reform unserer Ernährungs-

wirtschaft in der hier stets vertretenen Richtung ist in einem erfreulichen Wachsen begriffen. Man braucht die Leistungen des bisherigen Systems nicht zu unterschätzen. Doch haben seine Folgeerscheinungen, nicht zuletzt das Anschwellen des Schleichhandels, gezeigt, daß ein gründlicher Umbau unaufschiebbar ist.

Der konservative Abgeordnete Roesicke brachte im Ernährungsausschuß des Reichstags unter eingehender Begründung einen Antrag mit folgenden Forderungen ein:

»1. Das Reich soll nur (x) Millionen Tonnen Getreide beschlagnahmen und durch Brotkarten nur diejenigen Teile der Bevölkerung damit versorgen, die mit diesem Quantum täglich mit x Gramm Brot bei Streckung des Brotes in der bisherigen üblichen Form versorgt werden können, und zwar zu einem dem bisherigen Preise entsprechenden Preise. Versorgt wird zunächst die Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Das übrige Brotgetreide ist völlig freizugeben.

2. Für die Kartoffeln ist das Lieferungsprinzip des Frühjahrs 1916 anzuwenden. Der Grundsatz muß sein, daß die Kar-

toffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle pekuniäre Interesse hat vor allem das Reich zu beliefern. Einen Ausgleich des Preises zur billigeren Abgabe an die unbemittelte Bevölkerung hat das Reich in geeigneter Weise herbeizuführen. Das durch Lieferungsverträge festzulegende Quantum ist so zu berechnen, daß pro Tag und Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung ein Pfund Kartoffeln gesichert ist. Im übrigen bleibt die Kartoffel von jeglicher Bewirtschaftung frei.

3. Die Milchpreise sind gemäß den heutigen Produktionskosten, die bei freiem Markte berechtigten Marktpreisen entsprechen würden, zu erhöhen. Die Kommunen haben Einrichtungen zu treffen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Milch zu ermäßigten Preisen empfängt.«

Dieser Antrag bezweckt vor allem die Zwangswirtschaft mit dem freien Verkehr zu kombinieren; eine Methode, die man nur gutheißen kann. Die Mängel der von Roesicke vorgeschlagenen Getreidebewirtschaftung sind von Gegnern einer Änderung unserer Ernährungswirtschaft als Gründe gegen jeden Wechsel des Systems ins Feld geführt worden. Das ist ganz verkehrt. Eine Änderung des Systems ist auf alle Fälle notwendig, und die Lösung wird in der Richtung einer solchen Kombination zu

suchen sein. Gerade für die Getreideversorgung ist freilich die Roessicke'sche Regelung nicht ausreichend. Auch das Verlangen Obst, Gemüse und Eier von jeder Bewirtschaftung freizulassen muß Widerspruch hervorrufen. Auf diesen Gebieten ist vieles mit Lieferungsverträgen erreicht worden; diese Praxis läßt sich noch ausbauen. Auch der freisinnige Abgeordnete Fegter hat einen Antrag zur Änderung des Ernährungssystems eingebracht. Er empfiehlt:

»1. Die gesamte Ernte an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Rüben und sonstigen Hackfrüchten und Gemüsen wird bis zur restlosen Ablieferung der Landumlage beschlagnahmt.
 2. Der Bedarf des Heeres und der versorgungsberechtigten Bevölkerung an diesen Nahrungsmitteln wird von dem Kriegsernährungsamt festgestellt und unter Zuschlag von 10 % Sicherung auf die Bundesstaaten als Landumlage umgelegt, von diesen auf die Provinzen, von diesen auf die Kreise und von diesen auf die Gemeinden; innerhalb der Gemeinden auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe, nach einem kombinierten Schlüssel, der errechnet ist, nach der Fläche und der Durchschnittsernte der letzten drei Jahre. Bei Betrieben, in denen weniger als ein Stück Großvieh pro Hektar gehalten wird, kann die Landumlage um 10 % erhöht werden, ebenso bei Betrieben, in denen die Kopfzahl der Selbstversorger pro Hektar unter $\frac{1}{2}$ bleibt. Die Landumlage kann ermäßigt werden für Zwergbetriebe.
 3. Innerhalb der Gemeinde sind die sämtlichen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber solidarisch haftbar für die richtige und rechtzeitige Ablieferung der Landumlage.
 4. Was nach Ablieferung der Landumlage an den genannten Nahrungsmitteln noch übrigbleibt, darf im eigenen Betriebe verwertet werden, kann an den Kreiskommunalverband zu einem erhöhten Preise, der von dem Kriegsernährungsamt festgesetzt wird, verkauft werden. Auch ein Verkauf von Betrieb zu Betrieb ist gestattet, aber nur mit Genehmigung des Kreiskommunalverbandes.
 Übertretungen dieser Anordnungen werden mit Gefängnis und Einziehung der widerrechtlich veräußerten Nahrungsmittel oder deren Wert bestraft.«
 In beiden Anträgen fehlt der Hinweis auf die Schaffung eines Unterbaus für unsere Ernährungswirtschaft, der nicht entbehrt werden kann, je mehr ein

Zwangssystem durch ein wirklich organisches Gebilde ersetzt werden soll. Auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen hat sich das Fehlen eines zweckmäßigen Unterbaus längst außerordentlich fühlbar gemacht; hätte man ihn gehabt, so wäre es auch möglich gewesen die geltenden Verordnungen weit erfolgreicher durchzuführen als es bisher geschah. Die hier vertretene Forderung nach Bildung einer Erfassungsorganisation, die sich in das Wirtschaftsleben natürlich eingliedert, ist ernsthaft auch gar nicht bestritten worden. Wo überhaupt Widerspruch dagegen laut wurde, wandte er sich im wesentlichen nur gegen den Vorschlag die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Mittelpunkt dieser Organisation zu stellen. Otto Jöhlinger widerspricht in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik der Forderung die Träger der Produktion durch Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auch zu Trägern der Erfassungsorganisation zu machen. Er meint, schon der Umfang der Genossenschaften sei zu gering, die ihnen zugewiesene Aufgabe übersteige ihre Leistungsfähigkeit, sie werde daher auch von manchen Führern der landwirtschaftlichen Organisation selbst abgelehnt. Doch wird dabei übersehen, daß der Freie Ausschuß der Genossenschaften in den von ihm aufgestellten Richtlinien diese Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften selbst verlangt hat. Für den Vertrieb der Produkte wurden besondere Organisationen des Handels und der Konsumvereine empfohlen, so daß die eigentliche kaufmännische Tätigkeit den Erfassungsorganisationen gar nicht obliegen würde. Wo keine landwirtschaftlichen Genossenschaften vorhanden sind, sollten natürlich auf genossenschaftlicher Grundlage Organisationen für die Erfassung geschaffen werden. Damit wäre gegenüber dem jetzt vorhandenen behördlichen Apparat in jedem Fall eine wesentliche Verbesserung erzielt.
 Der Generalsekretär des Preussischen Landesökonomiekollegiums W. von Altrock macht in der Zeitschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats den Vorschlag an Stelle der Genossenschaften für die Kriegswirtschaftszwecke Zweckverbände durch Zusammenschluß sämtlicher Erzeuger zu errichten. Er will diese Organisationen als dauernde angesehen wissen, sie sollen gleichzeitig zum ständigen Organ der Landwirtschaftskammern ausgestaltet und ferner künftig als

Wahlkörper für die Landschaftskammern verwendet werden. Die Grundlage des Gesamtbaus sollen landwirtschaftliche Gemeindeberufsgenossenschaften bilden, deren weitere Zusammenfassung unschwer zu erzielen ist. Auch in diesem Rahmen bleibt nach meinem Dafürhalten ein weiter Spielraum für die Tätigkeit der Genossenschaften; die Führung bei allen wirtschaftstechnischen Maßnahmen würde doch den Genossenschaften übertragen werden müssen. Die Hauptsache bleibt, daß Erfassungs- und Vertriebsorganisationen auf der Grundlage der Selbstverwaltung und Gesamthaftung mit dem besondern Ziel errichtet werden: planmäßig an der Steigerung der Produktion mitzuwirken.

Kriegspublikationen Zu den Kriegsschriften muß man auch diejenigen Veröffentlichungen zählen, die, ohne direkt vom Krieg zu handeln, doch nur durch seine Begleiterscheinungen erklärlich sind und sich in Gedankengängen bewegen, die auf Kriegserfahrungen beruhen oder diese womöglich zu einem allgemeinen System, sei es rein wirtschaftlicher, sei es gar wirtschaftsphilosophischer Art, zu dehnen suchen.

Dieses Bestreben zeigt sich auch in der neuen Schrift Walther Rathenaus *Die neue Wirtschaft* /Berlin, S. Fischer/. Die Aufgaben, die der Wirtschaft gestellt sind, werden nach der Meinung des Verfassers von der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht gelöst, »noch weniger« von der kommunistischen. »Die Ordnung, zu der wir gelangen, wird eine privatwirtschaftliche sein, wie die gegenwärtige, doch keine ungezügelt. Ein Gemeinshawille wird sie durchdringen, der gleiche, der heute alles solidarische Menschenwerk durchdringt, mit Ausnahme eben des wirtschaftlichen Schaffens; eine Sittlichkeit und Verantwortung wird sie durchdringen, die heute jeden Dienst an der Gemeinschaft adelt.« Man wird diesen Ausführungen nicht zu widersprechen brauchen. Soweit sie eine Substanz haben, ist ihr Inhalt (freilich aus einem wesentlich andern Geist heraus) gerade hier seit Jahren, nicht erst im Krieg, entwickelt worden. Doch bringen solche Ausführungen, denen wir jetzt in mancherlei Publikationen öfter begegnen, die Gefahr mit sich, daß die Dinge allzu leicht genommen werden, und daß man durch bloße Wortformulierungen die Wirtschaftsprobleme ebenso entkörperlicht

wie man den Sozialismus enteelt hat. Das Marxjubiläum hat uns gerade zur Zeit daran erinnert, daß man den Problemen in ihrer Tiefe nachgehen muß, und daß anmutige Oberflächenornamente keiner Disziplin Wesentliches hinzufügen; der Ökonomie so wenig wie einer andern.

Zwangskartellierung oder freie Organisation der Industrie? Diese Frage bildet den Titel eines Buches Herbert von Beckeraths /Stuttgart, F. Enke/. Die Antwort lautet: »Verstaatlichung der Industrie ist durch Opferung der freien Unternehmerpersönlichkeit fast stets ein Opfer volkswirtschaftlicher Werte. Um zu lohnen, muß dies Opfer auf die Gebiete beschränkt werden, wo es großen staatswirtschaftlichen Ertrag verspricht. Gegenüber halben finanzpolitischen Maßnahmen auf vielen Gebieten der Industrie, welche die Erwerbstätigkeit einengen und ihres Schwunges berauben, ohne doch große Ergebnisse zu erzielen, ist es besser auf einigen Gebieten, auch unter rücksichtsloser Opferung privatwirtschaftlicher Zukunftshoffnungen, ganze Arbeit zu machen.«

Eine geregelte Verteilungsanstalt aller für den deutschen Verbrauch bestimmten Güter nach dem Vorbild von Bahn und Post würde, wie A. C. M. Rieck in seinem Schriftchen *Verschwendung im Handel?* /Jena, Diederichs/ berechnen zu können glaubt, eine jährliche Geldersparnis von 25 Milliarden Mark gegenüber dem heute zersplitterten Kleinhandel erbringen. Den Geldpreis des Erzeugerwerts der zur Deckung des deutschen Bedarfs erforderlichen und im Kleinhandel umgesetzten Warenmenge nimmt Rieck mit 40 Milliarden Mark an, den Verbraucherpreis mit 80 Milliarden. Merkwürdig ist, daß der Verfasser die Existenz und die Tätigkeit der Genossenschaften unerwähnt läßt.

Kurze Chronik Im Jahr 1920 läuft das mit der Ausgabe von 70 Millionen Mark Banknoten verbundene Privileg der seit 1875 bestehenden Bayerischen Notenbank ab. Die Verlängerung des Privilegiums unterliegt der Genehmigung des Bundesrats. Würde sie verweigert werden, so gingen die Funktionen, die dieser Bank bisher als Landesnotenbank zugefallen sind, an die Reichsbank als Zentralnoteninstitut über. ◊ Auf Veranlassung des Zentralausschusses der Wollhandelsvereine in Leipzig ist unter der Firma Zentralwollhandelsgesell-

schaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Leipzig und mit einem Gesellschaftskapital von 5 Millionen Mark, eine wirtschaftliche Gesamtvertretung des deutschen Wollhandels geschaffen worden, die den Ein- und Verkauf sowie den Vertrieb von Wolle und wollenen Spinnstoffen für die Bedürfnisse der Kriegs- und Übergangswirtschaft übernehmen soll. ◊ In der Generalversammlung der Saccharinfabrikaktiengesellschaft vormals Fahlberg, List & Co. wurde mitgeteilt, daß sich die Umsätze infolge der Betriebserweiterungen seit 1912 von 4½ auf 23 Millionen Mark erhöht haben und die Zahl der Arbeiter und Angestellten seit Beginn des Krieges von 500 auf 2000 angewachsen sei. ◊ Eine Gruppe österreichischer Industrieller errichtet gemeinsam mit dem österreichischen Finanzministerium eine Aktiengesellschaft zur Spiritusgewinnung aus der Sulfitablauge der Zellulosefabrikation. Über die technische Möglichkeit der Sulfitspirituserzeugung wurde hier mehrfach in der Rundschau Technik (1917 I, Seite 276 f., und an anderen Stellen) berichtet.

Literatur Mit der Schrift Die Praxis der Handelspolitik /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/ hat Max Schippel einen handelspolitischen Führer geschaffen, der in der ihn auszeichnenden Art bisher uns gefehlt hat. Vornehmlich befaßt sich das Buch mit den Handelsvertragsproblemen, von denen die Zollkämpfe in den letzten Jahrzehnten den Blick fast ausschließlich auf die Belastung der Auslandsware durch Zölle abgelenkt haben. Umfang und Betätigungskreis der Handelspolitik, Freihandel und Meistbegünstigung, Zoll und Freihandel in der Wareneinfuhr, Tarifverträge und autonomer Doppeltarif, Abstufungen in der Meistbegünstigung, Die Kolonien in der Handelspolitik, Zollkriege und Kampfzölle lauten die Überschriften der einzelnen Abschnitte. Von besonders aktueller Bedeutung ist das Kapitel der Abstufung in der Meistbegünstigung. Ist doch in den Erörterungen über Kriegsziel- und Friedensfragen ein bedenklich hohes Maß von Verkenntnis des Wesens der Meistbegünstigung zutage getreten. In seinem Vorwort bemerkt der Verfasser: Während der an Neuerungen so reichen Werden- und Blütezeit der Caprivischen Tarifverträge sei er in den Fragen der Handelspolitik sowohl der regelmäßige Leit-

artikler der offiziellen Wochenschrift und des Zentralorgans der Sozialdemokratie wie der gegebene Parteitage referent und Fraktionsredner gewesen. Um so bitterer habe er namentlich als Vertreter in den Reichstagskommissionen empfinden müssen, »wie wenig gegenüber den verwickelten Problemen der handelspolitischen Praxis (beim national selbstbestimmten Zolltarif, wie bei den folgenden internationalen Verhandlungen und Verständigungen von Land zu Land) die parteiüblichen theoretischen Einfachheiten, meist ein paar abgegriffene Glaubensformeln über den prinzipiellen Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll, auch nur zum bloßen ersten Verständnis und Eindringen, geschweige denn zu ernster und überlegener Kritik genügte«. Jetzt scheint in den Kreisen der sozialdemokratischen Partei ein gewisser Wirklichkeitssinn auch in der Handelspolitik erwacht zu sein: freilich noch sehr verdunkelt von Schlagworten und seiner selbst noch keineswegs sicher. Immerhin, das alte liberale Dogma, das in der Handelspolitik unserer Partei unumschränkt herrschte, ist heute schon sehr erschüttert; von den geistig selbständigen Kräften ist es seit langem verlassen. Der Gesichtspunkt des Produktions- und Produzenteninteresses wird mehr und mehr als der entscheidende erkannt. Daß eine solche Umwandlung sich angebahnt hat, ist mit in erster Reihe gerade auch das Verdienst Schippels, dessen handelspolitischen Darlegungen die Partei zu ihrem schweren Schaden sich nur zu lange verschlossen hat. Schippels Buch über die Grundzüge der Handelspolitik, das vor mehr als 1½ Jahrzehnten im Verlag der Sozialistischen Monatshefte erschien, ist seinerzeit von der Partei ignoriert worden; und die handelspolitischen Untersuchungen, die er in einer langen Reihe von Aufsätzen niederlegte, führten in der Partei zu keinem anderen Ergebnis als zu dem Ketzergericht auf dem Parteitag in Bremen /1904/. Mittlerweile hat die systematische Arbeit, die in dieser Zeitschrift geleistet wurde, denn doch ihre Wirkung getan, da sie allzu eindringlich durch die Sprache der Weltbegebenheiten unterstützt wurde. Hoffentlich bleiben der deutschen Sozialdemokratie bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen nach Friedensschluß die Irrungen erspart, die im Jahr 1902 zu der unruhlichen Zolltarifobstruktion geführt haben.

Genossenschaftsbewegung / Heinrich Prus

Studienwesen Das genossenschaftliche Studienwesen wird seit einigen Jahren mit besonderer Liebe an der Handelshochschule Mannheim gepflegt. Im letzten Sommer wurde dort auch noch ein genossenschaftliches Seminar eröffnet (siehe auch diese Rundschau, 1917 I, Seite 36). Schon in seiner Rede bei der Jahresfeier der Hochschule stellte der Rektor Ricklisch fest, daß »dem Genossenschaftswesen für die Zukunft ganz besondere Sorgfalt zugewendet werden« müsse. Dozent Mayr hielt Vorlesungen über die Genossenschaft der Verbraucher und die Baugenossenschaft, während im Seminar, das gleich im ersten Semester 25 Mitglieder zählte, Bittel als Assistent wirkte. Teilnehmer sowohl an den Vorlesungen wie am Seminar waren besonders Genossenschaftspraktiker. Die Handelshochschule wird mit Recht als der geeignetste Boden für die Heranbildung des künftig leitenden genossenschaftlichen Nachwuchses erachtet. Bittel läßt es sich vornehmlich angelegen sein einen reichhaltigen Apparat für das Genossenschaftsstudienwesen durch die genossenschaftliche Materialiensammlung zu beschaffen. Die Verbindung der Studien mit Besichtigungen genossenschaftlicher Unternehmungen und Einrichtungen hat die Hochschularbeit sehr erfolgreich befruchtet.

Ein Genossenschaftsinstitut großen Stils organisiert die Petersburger Großverkaufsgesellschaft. Seine Aufgabe wird es sein »höhere genossenschaftliche Bildung« zu vermitteln. Der erste Lehrplan (auf einen Jahreskursus von 336 Stunden berechnet) umfaßt Volkswirtschaft, theoretische Statistik, Handel und Industrie Rußlands, angewandte Genossenschaftsstatistik, Theorie des Genossenschaftswesens. Dieser Kursus ist für solche Teilnehmer bestimmt, die nur die Abende zur Verfügung haben. Daneben wird ein Spezialkursus für Hörer von Genossenschaften aus der Provinz eingerichtet, der in 2 Klassen zerfällt: eine wirtschaftliche und eine für Lehrer. Dieser zweite Lehrplan umfaßt Geschichte der Nationalökonomie, Soziologie, Theorie des Sozialismus, wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus; das Genossenschaftswesen in seinen Beziehungen zum Sozialismus, zur Landwirtschaft, zu den Semstvos und den Kommunen, zu den Gewerkschaften; Rechtsprinzipien, Erziehungswesen und Genossenschaft; die Sozialpolitik der

Genossenschaften, die Beziehungen der Genossenschaften unter einander und zu ihren Angestellten. Die Klassen zur Heranbildung von Genossenschaftslehrern beschäftigen sich mit praktischen Gegenständen (Buchführung, Korrespondenz, Organisation, Warenkunde, Ackerbaukunde) sowie mit der genossenschaftlichen Erziehungsarbeit und dem Lehrwesen. Ein weitgestecktes Programm, das hoffentlich mit russischem Idealismus durchgeführt werden wird.

Auch in Island ist eine Genossenschaftsschule für die Angestellten der Konsumgenossenschaften geplant. Es soll zu diesem Zweck in Reykjavik eine besondere Lehranstalt errichtet werden.

Eigenbetriebe Genossenschaftliche Schlachtereien werden nach dem Krieg sicher in steigendem Tempo errichtet werden. Von den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften haben 261 Vereine Bäckereien, aber nur 34 Fleischereien, und nur etwa 8 davon sind Großbetriebe. Der Geschäftsführer Everling von der Hamburger Produktion wies vor einiger Zeit in einem Vortrag in Frankfurt am Main auf den Kampf der Fleischer und Viehkommissionäre gegen die genossenschaftliche Entwicklung hin. Die Einkäufe der Produktion bei Errichtung der Fleischerei erregten das Mißfallen der Schlachtermeister auf dem Viehmarkt, und schließlich wurde erreicht, daß die Viehkommissionäre kein Vieh mehr an die Einkäufer des Schlachtereibetriebs der Produktion lieferten. Dadurch waren die Einkäufer gezwungen sich direkt in den Produktionsstätten Eingang bei den Landwirten zu suchen, was ihnen nach und nach auch gelang. Und jetzt können die Viehkommissionäre vollständig entbehrt, und der Bedarf kann an der Produktionsstätte gedeckt werden. Sollten nach dem Krieg weitere genossenschaftliche Schlachtereien entstehen, so wird wahrscheinlich auch der Vieheinkauf genossenschaftlich von der Zentrale geregelt werden. Vor allen Dingen ist es nötig, daß keine unwirtschaftlichen Gebilde entstehen. Der Wettbewerb kann nur dann erfolgreich aufgenommen werden, wenn Großbetriebe errichtet werden, die sich die neuzeitliche Technik in weitestgehender Weise zunutze machen.

Hamburg: Produktion Wer hätte das im Jahr 1899, als die Hamburger Produktion gegründet wurde, gedacht, daß 18 Jahre später be-

reits 50 Millionen Mark Umsatz erzielt werden würden? Und das mitten im diesem furchtbaren Krieg! 28½ Millionen sind davon Kleinhandelsumsatz und 21½ Millionen Großhandelsumsatz, darin vornehmlich der Werklohn für die Anfertigung der Heeresfleischkonserven, deren Wert selber über 100 Millionen betragen hat. Außer dem Landgut von 1600 Morgen besitzt die Produktion jetzt 3 Molkereien, von denen 2 erst im Jahr 1917 erworben wurden.

Die Hamburger Produktion würde ganz besonders geeignet sein das Experiment zu erproben: die Lebensmittel auf dem Land durch die Erzeugergenossenschaften zu erfassen, die sie dann an die Verteilergenossenschaften zur Zuteilung an die Verbraucher weiterzugeben hätten. Der Weg ist sicher besser als der über die politische Gemeinde. Eine Aufsicht über den Gang der Verteilung wird man im Krieg ja der politischen Gemeinde zugestehen müssen.

Man kann sich vorstellen, welchen gewaltigen Aufschwung eine so im Krieg bewährte Genossenschaft erst dann nehmen wird, wenn Friedensverhältnisse ihr erst wieder gestatten werden mit voller Flugkraft höher zu steigen.

Kurze Chronik Am 1. Januar 1918 gab es im Deutschen Reich insgesamt 29 269 landwirtschaftliche Genossenschaften, gegen 28 488 am 1. Januar 1915. Dem Reichsverband gehörten 19 216 oder 65,7 % an; noch 1914 waren es nur 57,1 %. Der Reichsverband zählte am 1. Januar 67 Zentralgenossenschaften, 11 657 Spar- und Darlehnskassen, 2404 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 2265 Molkereigenossenschaften und 2823 sonstige Genossenschaften. ◊ Der Verband sibirischer Meiereigenossenschaften hat im Jahr 1917 außerordentliche Fortschritte gemacht. Er erreichte einen Umsatz von etwa 15 Millionen Rubel. Über 1500 Meiereien und 1000 Konsumgenossenschaften gehören ihm an. Seine Grundstücke stellen einen Wert von mehr als 700 000 Rubel dar. ◊ Die genossenschaftliche Lebensversicherungsanstalt Folket in Schweden, die Schwesteranstalt unserer Volksfürsorge, hat sich 1917 sehr gut entwickelt. Die neuen Versicherungen betragen 17,47 Millionen Kronen (400 000 mehr als im Vorjahr). Die Zahl der Versicherten stieg um 12 000 auf 45 000. ◊ Beim preußischen Landesgewerbeamt ist ein ständiger Beirat für Handwerk und Genossenschaftswesen errichtet worden.

Literatur

In seinem Buch *Soziale Wegnotwendigkeiten*, ein Beitrag zur Konsumgenossenschaftstheorie /Hamburg, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine/, der zuerst als Artikelfolge in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau erschien, bespricht Franz Staudinger alle wesentlichen Probleme der Konsumgenossenschaftsbewegung. Als Artikel der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau sind die nicht jedermann leicht verständlichen Darlegungen vielleicht oft ungelesen geblieben. Vollen Erfolg kann auch nur das systematische Durchlesen der ganzen Schrift in möglichst kurzer Zeit bringen, weil nur dann das Verständnis des einen Teils dem des andern hilft. Insbesondere die Angestellten der Genossenschaften bis zur Verkäuferin täten gut daran die Schrift einmal langsam, sorgfältig, aber stetig zu lesen. ◊ Als 4. Heft der Serie *Der Großhandel und die deutsche Volkswirtschaft* /Berlin, Hobbings/ erschien eine Schrift Franz Oppenheimers *Freier Handel und Genossenschaftswesen*, in der der freie Handel in seiner wirtschaftlichen Notwendigkeit und Nützlichkeit verteidigt wird. Die Vorzüge des Genossenschaftswesens werden nicht herausgestellt. Gleichwohl werden auch Genossenschaftler die Schrift mit Vorteil lesen, da sie den Genossenschaftler davor warnt im bloßen Schematismus allgemeiner Genossenschaftsbegriffe ein Ruhebett für bequemeres Dahinvegetieren zu finden. Oppenheimer fordert unbedingte Neutralität der Behörden sowohl dem Handel als auch den Genossenschaften gegenüber. Doch sei es gefährlich und verkehrt, wenn Organisationen des Handels die Staatsgewalt gegen die Genossenschaften angerufen haben. Freie Konkurrenz müsse bestehen, bei ihr bleibe dem freien Handel eine große und erfolgreiche Aufgabe, eine Leistungsfähigkeit, die den Genossenschaften aus sachlichen und persönlichen Gründen abgehen müsse. Genossenschaftsvorstände und Aufsichtsräte tun gut sich die Vorzüge, die Oppenheimer dem freien Handel nachrühmt: persönliche Interessiertheit, größere Anpassungsfähigkeit an die Eigenheiten des Sonderfalls sowie Fortfall der Hemmung durch Korporationen, ständig vor Augen zu halten, um in dieser Hinsicht mögliche Mängel im Genossenschaftswesen durch besondere Vorkehrungen auszuschalten. ◊ Das 1. Heft einer geplanten Reihe von Schriften, die die Deutsche Gartenstadtgeseilschaft Grünau

bei Berlin herausgibt /Leipzig, Renaissanceverlag/ ist Die Reinhaltung von Gartensiedelungen betitelt und behandelt die wichtige Frage der Beseitigung und Verwertung der festen und flüssigen Abfallstoffe in Gartensiedelungen, insbesondere in anderer Weise als der teuren großstädtischen Kanalisation, an die ein Gelände Anschluß haben muß, um Baugelände zu werden. Eine selbsttätige Beseitigung und Verwertung der Abwässer auf den einzelnen Hausgrundstücken in der Gartensiedelung Gronauer Wald wird vorgeschrieben. Untergrundrieselanlagen mit gleichzeitiger Bodendurchlüftung haben dort in 4jährigem Versuch zu vollem Erfolg geführt. Es liegt auf der Hand, daß diese Methode von größter Bedeutung für die weiträumige Anlage von Heimstätten allerorts werden kann.

Frauenbewegung / Dora Landé

Wahlrecht Seitdem hier das letzte Mal über den Stand der Frauenwahlrechtsfrage berichtet wurde, haben die Frauen in verschiedenen Ländern bedeutende Erfolge erzielt.

Die größten in Rußland, wo die revolutionäre Umwälzung in einer mächtigen Welle jeden Rest traditioneller Geschlechtsunterdrückung hinwegfegte. Ganz ohne Kampf brachte sie den Russinnen volle Gleichberechtigung in allen Zweigen des öffentlichen Lebens. Sowohl die Regierung Kerenskij's wie die der Bolschewiki bekundeten zudem durch Wahl von Frauen in die hervorragendsten Staatsämter ihren Glauben an die Ebenbürtigkeit des weiblichen Geschlechts. In der ersten Konstituante entfielen bei der Präsidentschaftswahl mehr als 150 Stimmen auf eins der weiblichen Mitglieder. Auch in die Gemeindevertretungen sind überall zahlreiche Frauen gewählt worden.

Sehr charakteristisch für die unkonventionelle, unter Umständen vor radikalem Umschlag nicht zurückschreckende Art der Engländer (die ja auch sonst im Krieg deutlich genug hervortrat) ist die jüngste Geschichte des Frauenstimmrechts in England. Die jahrzehntelange, oft in sehr angreifbaren Formen geführte englische Stimmrechtsbewegung konnte sich, wie noch in aller Erinnerung ist, trotz ihrer Leidenschaftlichkeit vor dem Krieg nicht gegen den Widerstand der liberalen Regierung durchsetzen. Besonders war Asquith als Ministerpräsident früher ein scharfer, von

den Suffragettes fanatisch bekämpfter Gegner der Frauenforderungen. Jetzt wurde er aus einem Saulus zum Paulus. Bei Gelegenheit der allgemeinen Wahlreform erklärte er: die Frauenarbeit sei, wie sich im Krieg gezeigt habe, unentbehrlich, auch ließen sich die schwierigen Übergangsprobleme nicht ohne Verantwortlichkeit jedes einzelnen lösen, daher müsse den Frauen das Wahlrecht gegeben werden. Im Unterhaus wurde es dann, freilich nur für Frauen vom 30. Lebensjahr an, die selbst oder deren Ehemänner schon das Kommunalwahlrecht besaßen, oder die Akademikerinnen sind, mit 387 gegen 57 Stimmen, im Oberhaus mit 134 gegen 71 Stimmen angenommen. Etwa 6 Millionen Frauen haben damit in England das politische Wahlrecht erlangt. Die Stimmrechtlerinnen geben sich indes mit diesem bedeutenden Erfolg nicht zufrieden; sie wollen sofort weiter in den Kampf für volle Gleichberechtigung eintreten. (Den Männern gibt die Wahlreform das Wahlrecht schon mit dem 21. Lebensjahr und in breiterem Umfang.)

Auch in Amerika, in den Vereinigten Staaten sowohl wie in Canada, brachte der Krieg den Frauen rasche Erfolge. In Canada sind ihnen jetzt in 6 von den 10 Einzelstaaten politische Rechte gewährt, ebenso in 19 der Vereinigten Staaten. Unter den neugewonnenen ist New York von besonderer Wichtigkeit (das Frauenwahlrecht wurde dort im November 1917 gegeben), weil es früher der Sitz der schärfsten Frauengegner war und noch 1915 im Referendum das Frauenstimmrecht ablehnte. Seit einigen Jahren ist die Agitation der Frauen hauptsächlich auf eine Änderung der Bundesverfassung gerichtet, die ihnen mit einem Schlag die politischen Rechte für alle Einzelstaaten zugleich sichern würde. Das gleiche ist in Canada der Fall. Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat bereits einen dahingehenden Antrag mit 272 gegen 136 Stimmen angenommen; wie man sagt: vor allem auf Wilsons Erklärung hin, daß er dem Frauenstimmrecht sympathisch gegenüberstehe. Die Annahmehing, da Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung notwendig ist, von dem Erscheinen eines erkrankten Abgeordneten, eines der Führer der Bewegung, ab, der sich deshalb trotz seiner Krankheit in den Sitzungssaal schleppete. Jetzt hat die Vorlage noch den Senat zu passieren. Und endlich müßte sie durch drei Viertel der Einzelparlamente

ratifiziert werden. Wie die Engländerinnen, so dürfen auch die Amerikanerinnen die Erfolge der Bewegung in erster Linie auf ihre unermüdlich zähe Agitation zurückführen. So bestand allein für New York eine Frauenstimmrechtsorganisation mit ungefähr 500 000 Mitgliedern und 12 000 beruflich oder ehrenamtlich arbeitenden Beamtinnen, die nach der Erringung des Frauenwahlrechts weiterwirkt, um die Frauen politisch zu schulen.

In Frankreich erklärte sich die Wahlrechtskommission der Kammer nach der Beratung des Antrags Flandin auf Gewährung des kommunalen Frauenstimmrechts für dieses und beauftragte den Antragsteller einen entsprechenden Gesetzentwurf nach dem Krieg auszuarbeiten. Der Antrag wurde vor der Kommission durch eine Frauendputation begründet, und verschiedene städtische Vertretungen hatten sich dafür eingesetzt. Im Januar forderte der Alterspräsident der Kammer, Siegfried, unter dem begeisterten Beifall zahlreicher Parlamentsmitglieder auch die politischen Rechte für die Frauen. Diese erfüllten »eine Pflicht gegen das Land, wenn sie das Recht beanspruchen ihm mit all ihrer Intelligenz und von ganzem Herzen dienen zu können«.

In Italien schlug der Justizminister Sacchi in der Kammer die Einführung des politischen Frauenstimmrechts vor. In Schweden forderte die Regierung im Februar in einer Reichstagsvorlage ein dem männlichen gleiches, aktives und passives Wahlrecht für die Frauen. Es wurde von der Zweiten Kammer mit 120 gegen 50 Stimmen angenommen, von der Ersten Kammer aber mit 62 gegen 68 Stimmen verworfen. Hier ist die völlige Gleichstellung nur noch eine Frage kurzer Zeit.

In Dänemark, das Frauenstimmrecht hat, beteiligten sich die Frauen zum erstenmal im April dieses Jahres an den Folkethingwahlen. Es wurden 4 weibliche Abgeordnete gewählt.

In Holland erhofften die Frauen den Sieg ihrer Sache durch das neue Verfassungsgesetz. Es brachte ihnen dort vorläufig nur das passive, nicht das aktive Wahlrecht, macht aber auch dieses nicht mehr, wie dies früher der Fall war, von einer Verfassungsänderung abhängig. Man kann also annehmen, daß ein neues Gesetz für aktives Frauenstimmrecht nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen wird.

In Ungarn trat, obwohl eine Stimmrechtsbewegung dort erst 12 Jahre be-

steht, in der Wahlrechtsvorlage die Regierung selbst für ein weitgehendes, wenn auch nicht allgemeines Frauenstimmrecht ein (Bildungszensus). Der Wahlrechtsminister Vaszonyi widmet in einer Wahlreformschrift dem Frauenstimmrecht ein besonderes Kapitel. Er hebt darin die hohe Bedeutung der Abstimmung des englischen Unterhauses hervor und weist auf die Arbeit und Opferwilligkeit der Frauen während des Krieges hin, die ein Hauptfaktor der nationalen Kraft geworden sei. Es erscheine also »unmöglich«, daß man, während man das Wahlrecht der Männer ausbreite, die Frauen weiterhin ausschließe. Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses beschloß zwar am 31. Mai mit 11 gegen 10 Stimmen das Frauenwahlrecht vorläufig nicht zu behandeln. Der Ministerpräsident Wekerle erklärte aber, er werde bei der Verhandlung im Plenum das Frauenstimmrecht von neuem beantragen. Nach dieser Stellungnahme der Regierung wird man seine Einführung schwerlich noch lange hintanhalten können.

In Österreich wurden zwar noch keine tatsächlichen Fortschritte erzielt. Immerhin erklärte dort die Regierung, daß von ihrer Seite der Einführung des allgemeinen und gleichen Gemeinde- und Landtagswahlrechts auch für Frauen keinerlei Bedenken entgegenständen. Bei einem Vergleich mit diesen Entwicklungen im Ausland fällt der vollkommene Stillstand der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung besonders auf. Es erübrigt sich zu sagen, daß Arbeit und Opfer der Frauen während des Krieges in Deutschland nicht geringer waren als irgendwo sonst, ihre Mittätigkeit in allen Wirtschaftszweigen nach Friedensschluß ebenso notwendig sein wird wie überall. Dennoch kein wesentlicher Fortschritt, so wenig in dem, stets gegenüber Preußen auf seine demokratischen Institutionen pochenden Süddeutschland wie in Preußen selbst. In der badischen Kammer gab, nachdem die Stimmrechtsvereine wieder und wieder Eingaben um Gewährung zunächst des Kommunalwahlrechts gemacht hatten, ein Minister Anfang Januar die Erklärung ab, daß die Regierung ihre Bedenken gegen das Frauenstimmrecht aufrechthalte. Auch der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer lehnte jetzt mit 9 gegen 3 Stimmen die Einführung des Frauenwahlrechts für den Landtag ab. In Württemberg nahm der staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten Kammer eine Resolution an, die so beginnt:

»Die Zweite Kammer lehnt mit der Regierung die Forderung auf Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frauen ab.« Frauen sollen nur als sachverständige Beiräte zu bestimmten Gemeindeausschüssen herangezogen und in Staat und Gemeinde in weiterem Umfang als bisher als weibliche Beamte für die Durchführung von Fraueninteressen angestellt werden. In Preußen betonte die Regierung in dem Entwurf zur Wahlreform, daß das gleiche Wahlrecht auf Grund der von jedem einzelnen im Kriege geforderten Leistungen und Opfer gegeben werden müsse, hielt es aber nicht einmal für nötig das Frauenwahlrecht auch nur zu erwähnen. Und die Parteien? In dem nun anscheinend glücklich entschlafenen Verfassungsausschuß des Reichstags fiel nicht ein Wort für das Frauenstimmrecht. Während der Beratung des preussischen Entwurfs vereinigten sich Vertreterinnen der Stimmrechtsorganisationen und der beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer Umfrage bei den Landtagsfraktionen über deren Stellungnahme zum Frauenstimmrecht. Aber nur die Sozialdemokraten, die alte Partei sowohl wie die Unabhängigen, erklärten sich vorbehaltlos für das Wahlrecht der Frau. Alle anderen lehnten die Vertretung der Frauenforderungen ab. Verschiedene Abgeordnete hoben ihre persönlichen Sympathien für das Frauenstimmrecht, fast alle ihre Schätzung der Frauenleistungen hervor; aber man dürfe den Wahlrechtsentwurf nicht mit dem Frauenstimmrecht belasten, man könne nicht sprungweise vorgehen, die Zeit oder die Frauen seien zur politischen Betätigung noch nicht reif, und ähnliche altersschwache Argumente mehr. Als das Abgeordnetenhaus die revolutionäre Tat vollbrachte einem Antrag der Gemeindekommission auf Änderung der Städteordnung zuzustimmen, die den weiblichen Mitgliedern bestimmter städtischer Deputationen das Stimmrecht für diese ermöglichen sollte, hielt es das Herrenhaus für nötig die Stimmberechtigung der Frauen (die de facto trotz der Städteordnung in verschiedenen Städten längst durchgeführt ist) wieder zu streichen. Bei der Beratung der Frauenanträge bekundete die Mehrzahl der Abgeordneten durch ihr Fernbleiben ihre Auffassung von der Wichtigkeit der Sache.

Dieses Verhalten der deutschen Öffentlichkeit hatte die Stimmrechtlerinnen aus verschiedenen Lagern veranlaßt sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzu-

schließen, um so der Bewegung mehr Nachdruck zu leihen. Die Sozialdemokratinnen im Verein mit dem Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht und dem Deutschen Stimmrechtsbund (die Unabhängigen lehnten die Beteiligung ab) sandten an alle Parlamente in Deutschland wie an sämtliche bedeutenderen Zeitungen eine Erklärung, in der sie ihren festen Willen bekundeten im Kampf nicht nachzulassen, bis sie ihre Forderungen durchgesetzt haben. »Angesichts dieser durchgesetzten Nichtachtung«, heißt es darin, »haben sich zum erstenmal Sozialdemokratinnen mit bürgerlichen Frauenorganisationen zum Kampf um ihre Rechte zusammengeschlossen. . . Dieser ersten gemeinsamen Willenskundgebung der Frauen werden so lange weitere folgen, bis der Sieg unserer Sache errungen ist.« Auch der Vorstand des Bundes deutscher Frauenvereine war im Prinzip bereit gewesen der Erklärung beizutreten, durch die bei der Organisation des Bundes unausweichliche Langwierigkeit der Vorbereitungen innerhalb der Einzelverbände war dann schließlich der Anschluß nicht zustande gekommen. Von den 400 Blättern, denen die Erklärung zugeht, nahm nur eine ganz geringe Zahl sie auf. Seit dieser ersten Zusammenarbeit blieb eine stete Verbindung zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen bestehen; wiederholt fanden gemeinsame Versammlungen statt. Hoffentlich befestigt sich dieses Zusammenwirken in der Zukunft. Erwähnt sei übrigens noch, daß sowohl die Organisation der Landfrauen wie der Deutsch-Evangelische Frauenbund das Frauenwahlrecht ablehnen. Dieser Bund fordert nur das kirchliche Wahlrecht für Frauen und will sie außerdem durch Zuziehung weiblicher Sachverständiger zu den Beratungen der Parlamentsausschüsse in Frauenangelegenheiten »in den staatlichen Organismus des Landes eingliedern«; ebenso solle ein »Frauenrat« als vermittelndes Organ zwischen der Regierung und der Frauenwelt zum Zweck gutachtlicher Äußerungen der Frauen bei bestimmten Gesetzesvorlagen geschaffen werden. Eben um seiner ablehnenden Stellung zum Frauenwahlrecht willen ist der Deutsch-Evangelische Frauenbund jetzt aus dem Bund deutscher Frauenvereine ausgeschieden.

Neuorientierung Über die Stellung der Frau
in der politisch-sozialen
Neugestaltung Deutschlands
übersandte der Bund deutscher Frauen-

vereine vor einigen Monaten eine Denkschrift an Regierung und Parlamente im Reich und in den Bundesstaaten. Sie konstatiert zunächst, daß bei der von der Regierung und den Parteien so oft in Aussicht gestellten Neuorientierung der Frauen niemals gedacht worden sei, obwohl man immer wieder von der »Heranziehung der Kräfte des ganzen Volkes zu freudiger Mitarbeit am Staat« gesprochen habe. Die Frauen seien aber von der Überzeugung getragen, daß »zur Lösung der kommenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, die Leben und Leistungen der Frauen so entscheidend berühren, die verantwortliche Mitwirkung der Frauen im Staat notwendig« sei.

Die Denkschrift legt dann im einzelnen die Probleme dar, um die es sich dabei handelt. »Die Frauenarbeit in Deutschland, die . . . auf allen Gebieten gestiegen ist, hat sich damit als eine notwendige Folge der weltwirtschaftlichen Lage Deutschlands gezeigt. Sie ist ein Faktor, mit dem . . . in Zukunft in noch höherem Grade gerechnet werden muß. In dem Maße, als man sich über diese Tatsache klar ist, wird es Pflicht den Problemen der weiblichen Erwerbstätigkeit nach der Richtung von Auslese, Ausbildung, Schutz usw. sorgfältiger . . . nachzugehen als es bisher geschehen ist. Daß sich für alle diese Probleme nur durch Mitwirkung der Frauen selbst die richtigen Wege der Lösung finden lassen, ist . . . selbstverständlich.« Die Denkschrift behandelt dann die Frauenfrage unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten, die Dringlichkeit weiblicher Mitarbeit in allen Fragen der Mutterschaft, Erziehung, Sozial- und Kulturpolitik. »In dem Maße, als die staatliche und städtische Sozialpolitik, Wohnungspflege, Jugendfürsorge, Hygiene Verbrauchserleichterungen und verwandte Gebiete aufnimmt, kann sie auf die Mitwirkung der Frauen nicht verzichten, ohne die Beziehung zum praktischen Leben selbst zu verlieren.« Um den Frauen diesen Einfluß im öffentlichen Leben zu sichern, sei also vor allem das Wahlrecht, und zwar aktives und passives, politisches und kommunales, zu fordern. Schon ehe die Frauen dieses erlangt haben, sollten sie aber beratend, zur Vorbereitung, Einleitung und Durchführung aller Maßnahmen der Regierung herangezogen werden, die Angelegenheiten ihres spezifischen Lebenskreises berühren: Fragen der Frauenarbeit, des Konsums, der Wohnungspolitik, der Jugendfürsorge,

Gesundheitspflege, Bevölkerungspolitik usw. Es sollten Frauen herangezogen werden zu solchen parlamentarischen Kommissionen, in denen die gleichen Fragen durchberaten werden. Endlich verlangt die Denkschrift die Hinzuziehung weiblicher Beamter zu den Verwaltungskörpern, die mit dem Lebens- und Arbeitskreis der Frauen zu tun haben, das heißt hauptsächlich auf den Gebieten der Frauenarbeit, Volksernährung, Sozialhygiene, Wohnungspolitik, Schule und Jugendpflege.

Totenliste Am 9. Februar starb in Weimar Hulda Maurerbrecher, in ihrem

42. Lebensjahr, am Typhus. Mit ihr ging eine der hervorragendsten unter den sozialistisch denkenden Frauen dahin. Ihre schriftstellerische und agitatorische Bedeutung ist in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 254 f.) dargelegt worden. Zugleich mit ihrem Gatten trat sie vor einigen Jahren aus der Partei aus; doch ist sie ihren ursprünglichen Anschauungen wohl niemals untreu geworden.

In Köln-Ehrenfeld starb Anfang Mai die Genossin Sybille Bonz. Sie war in ihrem Wohnort für Partei und Gewerkschaft aufopfernd tätig. Daneben übernahm sie als erste Sozialdemokratin dort das Amt einer Armenpflegerin. Nach der Einberufung ihres Mannes hatte sie selbständig 6 noch unerwachsene Kinder zu versorgen.

Eine der Bahnbrecherinnen für das ärztliche Studium der Frauen in England, Elizabeth Garret-Anderson, ist, 81 Jahre alt, gestorben. Sie war die Leiterin des New Hospital for Women und der School of Medicine for Women.

Kriegspublikationen Frauenwerk im Kriege/Berlin, Furcheverlag/ nennt Frida Schanz ein Büchlein,

in dem sie über allerlei Frauenwerk und Frauenarbeit während der Kriegszeit berichtet, soweit sie sie in eigener Anschauung kennen lernte. Sie sagt in der Vorrede: »Mit großer Liebe und Begeisterung habe ich dieses kleine, ganz subjektive Buch geschrieben.« Als solch ein subjektives inneres Erlebnis mag es denn sein Recht behaupten. Es ist der Ausdruck einer begeistert nationalen Stimmung, die alles in rosiger Verklärung sieht; auch Dinge, die in Wahrheit wesentlich anders ausschauen.

Der Vaterländische Frauenverein Trier gab das Buch einer ungenannten Verfasserin Fräulein Großknecht /Karlsruhe,

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Sefigmann

Dietzgen

Das Buch Adolfs Heppners

Josef Dietzgens philosophische Lehren / Stuttgart,

Dietzgen / behandelt in eingehender Weise das philosophische System eines etwas abseits stehenden Denkers, der von der Geschichte der Philosophie seltener umgangen wurde, dessen Anschauungen jedoch die Beachtung philosophisch interessierter Kreise voll auf verdienen. Um die Stellung dieses Denkers mit einem einzigen Wort zu charakterisieren, möchte ich ihn als einen Universalisten bezeichnen, und zwar als einen solchen in einem spinozistisch anmutenden Sinn. Für Dietzgen ist das Denken ein zeitlich begrenzter: Ausfluß eines allweltlichen Geschehens, ebenso wie das Gehirn ein räumlich begrenzter Teil einer unendlichen Materie ist. Das All denkt im Gehirn, oder deutlicher ausgedrückt: das Wesen des Alls äußert sich im menschlichen Gehirn in der Form des Gedankens, ebenso wie es sich beispielsweise in der Leber in der Form der Galleausscheidung äußert. Der Satz klingt stark materialistisch und ruft die krassen Äußerungen der französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts lebhaft in die Erinnerung. Und doch ist Dietzgen kein Materialist im üblichen Sinn des Wortes, denn er verbindet mit dem Begriff der Materie eine ganz andere Bedeutung. Für Dietzgen ist Materie alles, was wirklich ist, alles, was in dieser oder jener Weise erlebt wird, also auch das rein Gedankliche, Vorstellungs- und Gefühlsmäßige. Der Begriff der Materie deckt sich also für Dietzgen mit dem der Wirklichkeit überhaupt, wie der Begriff der Wirklichkeit seinerseits sich für ihn mit dem des Erlebbaren überhaupt deckt. Der Vorzug, den der Materialismus dem Tast- und Greifbaren vor allen anderen Empfindungen gibt, existiert für Dietzgen ebensowenig wie der Vorzug, den der Idealismus dem Vorstellungs- und Gedankenmäßigen gibt. Für einen Augenblick kann es den Anschein gewinnen, als ob Dietzgen auf dem besten Weg sei einem alles nivelierenden Monismus etwa im Sinn eines Mach zu huldigen. Und in der Tat besteht zwischen der Weltauffassung Dietzgens und der eines Mach eine gewisse Ähnlichkeit. Aber nicht mehr. Denn es gibt einen Punkt bei Dietzgen, der ihn von allen modernen Positivisten

Braun/ heraus, die Erlebnisse einer jungen Kunstgewerblerin, die sich aus nationalem Pflichtgefühl während des Krieges 2mal zur Hilfsarbeit auf dem Land zur Verfügung stellte. Das zweite Mal auf einem größern Gut, wo sie die volle Tätigkeit des fehlenden Großknechts ausübt, Pferde- und Ochsenstall reinigt, pflügt, eggt, mäht, an der Dreschmaschine steht, Kohlen anfährt usw. Wenn sie wirklich alles so trefflich besorgt hat wie es nach dem Bericht erscheint, ist es jedenfalls für ein Stadtkind eine nachahmenswerte Leistung. Das Büchlein ist mit seinem frischen Ton auch sonst geeignet arbeitsfrohen Städterinnen Lust zu solchen und ähnlichen Versuchen zu machen.

Kurze Chronik Am 31. Dezember 1917 zählten die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften 332 832 weibliche Mitglieder in 36 Zentralverbänden. ◊ Der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden stellte an den Volksbund für Freiheit und Vaterland die Frage, ob er für die völlige rechtliche und politische Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne einzutreten gedenke. Der Volksbund erklärte durch seinen Vorsitzenden, daß es ihm nicht möglich sei diese Forderung in sein Programm aufzunehmen, wenngleich er die »Mitarbeit« der Frau in hohem Maß wünsche und ihm daran gelegen sei sich die »Hilfe und Unterstützung« weitester Kreise der deutschen Frauenwelt zu sichern. ◊ Der Generfer Staatsrat ernannte Lina Stern zum außerordentlichen Professor der physiologischen Chemie an der Medizinischen Fakultät der Universität Genf. Sie ist die erste Frau, die dort einen Lehrstuhl innehat. ◊ Am 9. April geburt Helene Lange ihren 70. Geburtstag. Mag man im einzelnen ihren Anschauungen beipflichten oder nicht, so wird doch jede an der deutschen Frauenbefreiungsbewegung interessierte Frau in ihr eine der bedeutendsten Führerinnen der Frauensache verehren. Es bleibt vor allem ihr hervorragendes Verdienst an erster Stelle für die Eröffnung der Gymnasial- und Universitätsbildung für das weibliche Geschlecht gewirkt zu haben. Freunde der Frauenbewegung und Frauenorganisationen haben der Jubilarin eine Summe von über 115 000 Mark zur Verfügung gestellt, die unter dem Namen Helene Lange-Spende von ihr verwaltet werden soll.



Machscher Observanz scharf unterscheidet, und das ist die Auffassung, die er vom Verhältnis zwischen Stoff und Kraft hat. Dietzgen betrachtet den Stoff als das Besondere und die Kraft als das Allgemeine. Jeder Stoff ist ihm nichts anderes als eben die Kraft in ihrer Besonderheit, ihrer Umgrenzung und ihrer separaten Ausgestaltung; jede Kraft ist ihm nichts anderes als eben der Stoff in seiner Allgemeinheit und begrifflichen Umfassung. Beispielsweise ist das Wasser Kraft, insofern es unter dem Gesichtswinkel seiner allgemeinen Wirksamkeit gedacht wird, und wiederum Stoff, insofern es an einen bestimmten Raum gebunden ist und durch bestimmte andere Dinge begrenzt wird. Zum Besondern gehört alles, was durch die Sinne erkannt wird; die Erkenntnis des Allgemeinen hingegen wird nur durch den Intellekt vermittelt. Sämtliche Erscheinungen in der Welt begrenzen einander und befinden sich insofern in einem gewissen Gegensatz zu einander. Da aber jede einzelne Erscheinung mit ihrer letzten Wurzel in dem All, dem Urgrund der Welt steckt, so heben sich sämtliche Gegensätze in diesem Urgrund auf. Wie sämtliche Punkte der Kreislinie vermittelt der Radien in dem einen Mittelpunkt zusammenlaufen, so daß in diesem Punkt gleichsam alle auseinanderliegenden Punkte der Peripherie eingeschlossen liegen und deren Verschiedenheiten von einander ausgeglichen werden, so werden auch im Weltgrund sämtliche Gegensätzlichkeiten und Differenzen neutralisiert. Das All ist weder süß noch sauer, weder hart noch weich, weder gut noch böse, weder schön noch häßlich, weder klug noch dumm; denn alle diese Eigenschaften sind Bestimmungen und als solche Begrenzungen und können auf das All nicht angewendet werden. Es sind dies rein spinozistische Gedankengänge. Trotz alledem nimmt Dietzgen seltsamerweise an, daß das Übel in der Welt nur akzidentielle Bedeutung hat, und daß das All in seinem innersten Wesen auf das Gute angelegt ist.

Die Dietzgensche Weltauffassung krankt an dem selben Fehler, der jeder derartigen universalistischen Konzeption eigen ist. Es ist dies der Mangel an Konkretheit. Sie macht ein Abstraktum zum Urgrund der Welt. Die Gegensätze sind konkret, während die Einheitlichkeit ein Gedankending, ein Erzeugnis der Reflexion ist. Den Unterschied zwischen Schmerz und Lust spüre ich an

meinem eigenen Leibe. Wenn ich aber sage, daß dieser Unterschied in der Fähigkeit der Nervensubstanz zu reagieren überhaupt sich aufhebt, so konstruiere ich mir einen Begriff, der für die wissenschaftliche Forschung zwar von Bedeutung sein mag, der aber nur in der Welt der Abstraktion lebt. Tatsächlich reagiert die Nervensubstanz entweder mit Lust oder mit Schmerz oder auch mit einem Gemisch von beiden, aber eine Reagierbarkeit überhaupt gibt es in der Welt des konkreten Empfindens nicht. Und so ist es auch mit jeder andern Einheitlichkeit bestellt. Sie unterstellt Abstraktionen den Erscheinungen des konkreten Lebens. Volends wo es sich um die großen Gegensätze von Gut und Böse, Schön und Häßlich, Wahr und Unwahr handelt, läuft die Vereinheitlichung auf eine nichtssagende und jämmerliche Vertuschung hinaus. Und im übrigen, woher kommt die Gegensätzlichkeit in die Welt? In dem einheitlichen Urgrund kann sie nicht liegen, denn sonst wäre er doch nicht einheitlich. Sie muß also von irgendwo anders her kommen, aus irgendeinem andern Ursprung, irgendeinem andern Prinzip, das dem Urgrund der Welt auf irgendwelche Weise beigemischt wurde; und dann ist es doch wieder mit der Einheitlichkeit aus. Diese Frage hat noch kein Monist und Gleichmacher auf befriedigende Weise gelöst.

Kunstphilosophie

Rembrandt erfreute sich von jeher einer besonderen Gunst und Aufmerksamkeit in Deutschland. Man sah in ihm einen der prägnantesten Vertreter germanischen Geistes, verglich ihn hin und wieder mutatis mutandi bald mit Beethoven, bald mit Wagner und war eine gewisse Zeit nahe daran ihn zum geistigen Führer der Nation zu erheben (Rembrandt als Erzieher von Langbehn). Jetzt haben wir es mit einem neuen Versuch in ähnlicher Richtung aus der feinen Feder Georg Simmels zu tun. Simmel fand in seinem Buch Rembrandt, ein kunstphilosophischer Versuch /Leipzig, Kurt Wolff/ wieder einmal einen dankbaren Stoff, an dem er seine geistige Ziselierarbeit mit dem gewohnten Geschick erprobte. Das Buch über Rembrandt, das sehr umfangreich ist, gliedert sich in 3 Kapitel, von denen jedes eine bestimmte Seite der Malerei an der Hand der Rembrandtschen Kunst philosophisch behandelt. Das 1. Kapitel handelt von dem Ausdruck des Seelischen, das 2. von der Individual-

sierung und dem Allgemeinen und das 3. von der religiösen Kunst. Jedes dieser Kapitel enthält eine Fülle geistreicher Aperçus, jenes philosophische Mosaik, das aus den früheren Werken des Verfassers so gut bekannt ist. Auch für Simmel ist Rembrandt ein typischer Repräsentant germanischer Geistigkeit. Auch er zeigt sich nicht abgeneigt zwischen Rembrandt und Beethoven eine Parallele zu ziehen. (Aber da ist der Romane Michelangelo, der doch ebenfalls einen gewissen Beethovenschen Zug in seiner künstlerischen Physiognomie verrät?) Die Betrachtungen des Verfassers gipfeln in der Annahme, daß es zwei Tendenzen des menschlichen Gemütes überhaupt und des Künstlerischen insbesondere gebe, die ihren Ausdruck auch in besonderen nationalen Typen finden: das Schöpferische und das Gestaltende. Die Tendenz des Schöpferischen gehe dahin in voraussetzungsloser Spontanität Gedanken und Gestalten entstehen zu lassen, während die gestaltende Tendenz immer Anlehnung an irgendwelche Gegebenheit, irgendwelches Muster suche. Der Verfasser verdeutlicht seinen Gedanken an dem Griechen- und dem Indervolk: die Griechen wären vorwiegend gestaltende, die alten Inder hingegen vorwiegend schöpferische Naturen. Vorwiegend schöpferische Tendenzen soll auch das Germanentum von jeher bekundet haben. Daß im Altertum auch die Hebräer, in einem recht scharfen Gegensatz zu den Griechen, eine mehr dem Schöpferischen zuneigende Mentalität an den Tag legten, darüber geht der Verfasser mit Stillschweigen hinweg. Derartige Analogieen aus der jüdischen Geschichte scheint er bescheiden seinen germanischen Kollegen zu überlassen.

Kurze Chronik Im April wurde in Berlin eine Nietzschegesellschaft gegründet. Das wäre, neben der Kantgesellschaft und der Schopenhauergesellschaft, die dritte philosophische Vereinigung. Zu ihrem Geschäftsführer wurde Alfred Werner gewählt. Ob die neue Gesellschaft wirklich im Geist Nietzsches wirken wird, wird man abzuwarten haben. Daß dieser Geist auch sehr mißverstanden werden kann, hat gerade der Krieg gezeigt. ◊ Als Nachfolger Carathéodorys geht Erich Hocke aus Basel nach Göttingen. ◊ Das Ordinariat der Mathematik an der Universität Breslau ist dem Züricher Professor Hermann Weyl übertragen worden.

Biologie / Adolf Koelsch

Siebenjahr

»Die Untersuchungen dieses Werkes führen zu dem Ergebnis, daß die wichtigsten Vorgänge des menschlichen Lebens, vom Augenblick der Zeugung bis zum Tod, dem Siebenjahrgesetz folgen. Welchen Vorfahren jemand nachgerät, was für Anlagen des Körpers und Geistes er von ihnen mitbekommt, seine Entwicklung, sein Lieben und Schaffen, Abstieg, Krankheit und Tod, alles ist zeitlich geregelt, und zwar so genau und verlässlich, daß sich mit großer Wahrscheinlichkeit mancherlei Vorausberechnungen anstellen lassen. . . Diese neue Einsicht ermöglicht auch neue Absichten, ein planvolles Eingreifen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Vererbung, wo man bisher rat- und tatlos dem anscheinenden Zufall gegenüber stand. Erweitert sich so auf der einen Seite der Machtbereich des Menschengenies, so wird auf der andern Seite menschliche Ohnmacht nur noch offenbarer. Die Untersuchungen über Krankheit und Tod führen mit Notwendigkeit zu einem Fatalismus, der vielen vorerst unbehaglich, wenn nicht unheimlich sein wird. Aber auch dieser Fatalismus hat sein Gutes. Er ist im Gegensatz zum bisherigen ein wissender Fatalismus. Die erwartete Schickung verliert ihre Schrecken, sie verdient ihren Namen nicht mehr. Der neue Fatalismus wird ein stolzer sein. Der Mensch wird durch Einsicht ein Verbündeter der Mächte, die über ihn herrschen. Vor allem aber wird der neue Fatalismus deswegen erträglicher sein, weil er das Schicksal in uns selbst verlegt und den Einfluß der Außenwelt, den widerwärtigen Zufall ganz ausschaltet. . . Insofern unser Leben unänderlich ist, ist es wenigstens unabhängig. Nicht minder wichtig als der Nachweis unserer Unabhängigkeit ist der unseres Zusammenhangs mit höheren Einheiten. Denn die zeitliche Gesetzmäßigkeit ist nie auf den einzelnen beschränkt sondern immer ganzen Verbänden gemeinsam, die eben dadurch als Einheiten sichtbar sind. Es werden Ordnungen ersichtlich, die viele Geschlechter umfassen, und über diesen Ordnungen gibt es zweifellos noch höhere. In der zeitlichen Gesetzmäßigkeit des Menschenlebens offenbart sich uns nur ein Stück einer allumfassenden Ordnung, in die wir nach einem ungeheuren Plane als winziges Glied eingefügt sind.«

Die zitierten Sätze stammen aus dem

merkwürdigen Buch Das Siebenjahr, das der Wiener Privatdozent Hermann Swoboda kürzlich im Orionverlag in Wien herausgebracht hat. Mit der seit einem Jahrzehnt immer stattlicher werdenden Literatur, die von den periodischen Lebenserscheinungen handelt, hat es nichts gemein, weder in den Absichten noch in den Methoden. Denn im großen und ganzen ist die Biologie über die bloße Beschreibung jener Lebensvorgänge, die eine Rhythmisierung erkennen lassen, hinausgeraten. Zwar ist die reine Bestandsaufnahme des Tatsachenmaterials noch keineswegs abgeschlossen, und mancher physiologische Prozeß, dessen Periodizität früher nicht bemerkt worden war, muß sich nachträglich eine Einreihung in die Gruppe der streng rhythmisierten Lebenserscheinungen gefallen lassen. Aber in der Hauptsache hat sich die Biologie dem experimentellen Studium der Ursachenkomplexe der vorhandenen Periodizitäten, der Ermittlung ihrer Genese und ihrer Vererbbarkeit oder Nichtvererbbarkeit zugewandt. Bisher konnte von den meisten der beobachteten Lebensrhythmen gezeigt werden, daß sie in einer deutlichen Abhängigkeitsbeziehung zu den astronomischen Rhythmen stehen; sie stellen Nachbildungen der astronomischen Periodizität mit den verschiedensten Mitteln dar, die das Leben zur Nachbildung zur Verfügung hat; sie werden auch nicht von jedem Geschöpf während seines individuellen Daseins und unter dem lebendigen Eindruck der umgebenden Außenweltrhythmik erst erworben sondern sind (zumeist) angeboren, das heißt längst in die Sphäre der vom Keimplasma vererbten Eigenschaftsbestände der Art eingerückt. Nur einer rhythmischen Äußerung der lebendigen Substanz fehlt bestimmt die Bezogenheit auf die astronomische oder eine andere äußere Rhythmik; es ist das der periodische Wechsel zwischen Ruhe und Tätigkeit. Diese Periodizität ist durchaus autonom; sie ist mit dem Leben selber gegeben, ihm als Eigenschaft inhärent. Swobodas Arbeit läuft darauf hinaus die Existenz eines zweiten solchen autonomen Lebensrhythmus nachzuweisen, zunächst nur für den Menschen. Er nennt ihn das Siebenjahr, weil er angeblich eine 7jährige Periode umfaßt. Vorerst ist es dem Verfasser in seinem annähernd 600 Seiten starken Werk fast ausschließlich um die Austretung jenes Materials zu tun, das die Existenz des

Siebenjahrs und seine geheimnisvolle geradezu prospektive Bedeutung für die Gestaltung der äußern und innern Lebenskurve des Einzelmenschen auch denen in zwingender Weise glaubhaft macht, die (durch ähnliche ältere Theorien gewarnt) zum mindesten den allgemeinen Behauptungen Swobodas sehr skeptisch gegenüberstehen. »Die Lebensjahre des Menschen«, sagt er, »sind keineswegs gleichwertig, auch nicht in jenem Abschnitt, der von der erlangten Vollreife und dem entsprechenden Abstieg im Alter begrenzt wird. . . Das Leben verläuft vielmehr vom Anfang bis zum Ende in einer Wellenlinie, die Länge einer Welle aber beträgt 7 Jahre. Die 7jährige Welle ist nicht die kleinste und nicht die größte im Organismus, wohl aber die wichtigste. Da die Geburt meist mit einem Höhepunkt der Welle zusammenfällt, so sind auch die durch 7 teilbaren Lebensjahre Höhepunkte des Lebens und als solche reichlich gekennzeichnet. Diese Jahre, also das 7., 14., 21., 28. und die folgenden, sind . . . wegen der Steigerung der Lebensenergie, die in ihnen stattfindet, Hochjahre.« Die Methode, die der Verfasser zur Bewältigung seiner Aufgabe einschlägt, ist notwendigerweise die statistische, weil er sich ja auf vergangene Ereignisse, das heißt in diesem Fall auf Familien- und Stammbaumforschungen, stützen muß. Er legt denn auch eine gewaltige Zahl genealogischer Tabellen, die sich auf Angehörige aller Völker und aller Stände, auf Fürsten, Staatsmänner, Gelehrte, Künstler usw. beziehen, vor. Er versichert auch, daß er durch reine Empirie zu der Zahl gekommen sei. Es bestehe zwar keine grundsätzliche Notwendigkeit den Lebensumlauf mit dem Erdumlauf zu vergleichen und an ihm zu messen. Aber wir haben nun einmal den Erdumlauf zum Maß in gar vielen Dingen gewählt, weil er eine Größe von absoluter Konstanz ist, und wenn man nun den Lebensumlauf auf diese konstante Größe bezieht, so kommt man, sagt der Verfasser, unausweichlich auf die Zahl 7: als Ausdruck einer beständigen Ordnung, die den Lebensablauf beherrscht und zugleich das Verhältnis angibt, in dem diese biologische Ordnung zu einer bestimmten Größe der astronomischen Ordnung steht, doch ohne, daß sie gleichzeitig mit einem bestimmten 7jährigen Vorgang am Himmel zusammenfiel. Groß ist die Zahl der Erscheinungen, die der Verfasser vorführt, um aus

ihnen die Auswirkung der 7jährigen Periodizität zu beweisen und uns gleichzeitig zu überzeugen, daß jedes 7. Lebensjahr in irgendeiner Weise, bald im Guten, bald im Üblen, ein Hochjahr sei. Da wird zuerst weitläufig die Bedeutung der Siebenjahre für die Fruchtbarkeit behandelt; sie sollen bei beiden Geschlechtern nicht nur eine besondere Eignung zur Fortpflanzung besitzen, sondern es werden in ihnen angeblich auch entweder die allein lebenskräftigen, allein in hohes Alter gelangenden oder allein begabten und geniehaften Kinder gezeugt. Dieses sogenannte Vitalitätsgesetz Swobodas veranlaßt seinen Entdecker auf die Fürsorgearbeit zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit recht geringschätzig herunterzusehen. »Die Kinder mit guter Konstellation sterben nicht so leicht, und die anderen errettet man von einer Krankheit nur, um sie für eine andere aufzusparen.« Dagegen regt ihn das Vitalitätsgesetz an eine Art neumalthusianischen Programms zu entwerfen, indem man, wenn schon Kinderbeschränkung geübt werden soll, die Enthaltsamkeit auf die Nichtsiebenjahre verlegt, in den Siebenjahren aber um so bewußter zur Zeugung schreitet. Auch zu der merkwürdigen Tatsache, daß von Kindern eines Elternpaares unter Umständen das eine ganz dem Vater, ein anderes ganz der Mutter gleicht, ein drittes aus Vater und Mutter gemischt erscheint, ein viertes das Ebenbild des Großvaters ist oder den Einschlag eines noch älteren Verwandten aufweist, glaubt er den Schlüssel gefunden zu haben. Es zeige sich nämlich, daß die Kinder »in der Regel dem Elternteil oder Vorfahren ähnlich sind, aus dessen Hochjahr (Siebenjahr) sie stammen«, wenn also ein Mann in seinem 35. Lebensjahr einem Kind ins Leben hilft, so besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß es ihm gleicht. Zeugt er es aber in seinem 32. Lebensjahr, so wird alle Aussicht vorhanden sein, daß es ganz oder teilweise jenem männlichen oder weiblichen Vorfahren äußerlich oder innerlich ähnlich ist, der in diesem Jahr eines seiner Siebenjahre gehabt hätte, wenn er noch lebte. Ein umfangreiches Schlußkapitel sucht uns endlich für die Anschauung zu gewinnen, daß auch in der Familie einheimische Krankheiten und Krankheitsanlagen, besonders anatomische Defekte, einer Vererbung nach dem Siebenjahrgesetz unterliegen, so daß in solchen Fällen vor der Ausnutzung der Hochjahre zur Zeugung gewarnt werden muß.

Ich wäre sehr glücklich, wenn ich aus dem von Swoboda vorgelegten Material die Überzeugung hätte ableiten können, daß er recht hat. Denn ein *Naturgesetz* ist eine Sache, mit der nicht zu spaßen ist; es muß klappen, wo man die Erscheinungen, für die es gelten soll, anrührt. Aber schon gegenüber den Tabellen Swobodas, die doch aus der ungeheuren Zahl menschlicher Stammbäume nicht eine beliebige, sondern eine für seinen Zweck zusammengestellte Auslese darstellen, muß man, aber auch nahezu vor jeder, ein, wenn nicht gar beide Augen zudrücken, damit es mit der 7jährigen Periode einigermaßen stimmt. Ein Kind, das im 20. oder 41. Lebensjahr seiner Mutter, und zwar im Monat dieser Jahrgang, geboren wird, wird von Swoboda ruhig als Siebenkind verrechnet, obgleich es doch mit 19 respektive 40 Jahren und 3 Monaten empfangen worden ist. Auch das 22., 29., 36., 43. usw. Lebensjahr erhalten die gleichen Lizenzen, unter Umständen selbst das 26. noch! Unter solchen Umständen aber heißt es mit dem Wort Gesetz unerlaubten Mißbrauch treiben, wenn man vor seiner Anwendung keine Scheu empfindet; das Wort Regel tut es auch, wenn ihm auch lange nicht die Feierlichkeit und Eindrucksfähigkeit innewohnt wie dem andern. Außerdem aber glaube ich, daß ein Forscher, dem man ähnliche Lizenzen erlaubt, ja vielleicht gar ohne sie, in den Familienarchiven leicht das Material aufreiben könnte, um die Gültigkeit einer 5- oder 8- oder 3jährigen Periodizität im Bereich eben der selben Erscheinungen, die Swoboda behandelt hat, nachzuweisen. Wie viele Siebenkinder mögen geboren worden sein, für die nichts von dem zutrifft, was der Verfasser behauptet? Und wie viele Zweieinhalb-, Viereinhalb-, Eineinhalb- oder Dreijährkinder mögen leben oder gelebt haben, denen wenigstens die eine oder andere Konstellation der Schlüsse des Verfassers angepaßt ist? Leider muß ich das sagen: Angesichts der Arbeit, die Swoboda geleistet hat, tut es mir weh, aber ich fürchte, daß er einem Vorurteil der Zahl 7 gegenüber zum Opfer gefallen ist, das unbewußt in ihm gewirkt hat, von dem er selbst vielleicht kaum angeben könnte, woher es stammt.

Gemeinver-
ständliche
Schritten

Unter dem Titel Plagegei-
ster hat Kurt Floericke ein
liebenswertes Büchlein
über Wanzen, Läuse, Flöhe, Zecken, pa-

rasitische Milben, Stechmücken und Stubenfliegen geschrieben /Stuttgart, Franckh/. Es wird manchem Unkundigen zur Belehrung dienen und kann bestens empfohlen werden, da es mit sorgfältiger Berücksichtigung der wissenschaftlichen, auch kriegswissenschaftlichen Literatur abgefaßt ist.

Friedrich von Tschudis wundervolles und berühmtes Tierleben der Alpenwelt, 1853 zum erstenmal aufgelegt, wird soeben von dem Basler Zoologieprofessor F. Zschokke in neuer Ausgabe herausgebracht /Zürich, Rascher/. Anmerkungen des Basler Gelehrten erweitern den nahezu unveränderten Text in der Richtung des Neufundenen, Federzeichnungen von Chr. Conradin erfreuen durch ihren künstlerischen Gehalt. Die einstweilen vorliegende 1. Lieferung handelt in Form kurzer Lebensskizzen von der Biene in der Bergregion, Fohrelle, Nattern, Hasel- und Auerwild, Uhu, Berghasen, Dachs und wilden Katzen.

In 3., veränderter Fassung, die mehr den Anforderungen praktischen Wissens Rechnung trägt, ist das von dem Eberswalder Forstzoologen K. Eckstein verfaßte, hier seinerzeit besprochene Büchlein *Der Kampf zwischen Mensch und Tier unter dem neuen Titel Die Schädlinge im Tier- und Pflanzenreich und ihre Bekämpfung in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur- und Geisteswelt* erschienen. Schädlinge im Haus, im Garten, in Feld und Wiese, in Wald und Fischgewässer sind die Gesichtspunkte, nach denen von einem ausgezeichneten Kenner der Materie der unermessliche Stoff in notgedrungenen Beschränkung auf Wesentlichstes vorgeführt wird. Die selbe Sammlung ist durch eine etwas akademische Pflanzenphysiologie von Professor Hans Molisch erweitert worden, während ebenda J. Frenzels schnell veraltete Ernährungslehre in der trefflichen Bearbeitung von Nathan Zuntz ein völlig neues Aussehen gewonnen hat. Begreiflicherweise hat Zuntz besondere Sorgfalt auf die Erörterung jener Probleme der Ernährungslehre verwendet, die der Krieg aufgestellt hat. Die zeitgemäße Arbeit, die vielleicht nur allzuviel bieten will, wird einen dankbaren Leserkreis finden.

Kurze Chronik Die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft in Frankfurt am Main hat zum 1. September 1920 einen Preis von 15 000 Mark für Arbeiten über die

biochemischen Ursachen bösartiger Geschwülste ausgeschrieben. Vom 1. September 1918 an können Forscher, die mit aussichtsreichen Untersuchungen im Sinn des Preisausschreibens beschäftigt sind, außerdem bis 5000 Mark jährlich als Kostenbeitrag für Materialbeschaffung erhalten. ◊ Mit der Leitung der neugegründeten Münchener Forschungsanstalt zur Bekämpfung von Tierschädlingen, die aus Stiftungen errichtet worden ist, wurde der Münchener Forstzoologe Karl Escherich betraut. Er hat auch in der Rheinpfalz eine Felduntersuchungsanstalt für Weinbergschädlinge ins Leben gerufen. ◊ An der Universität Münster habilitierte sich Hans Hellmut Wundsch für Zoologie; seine Antrittsvorlesung behandelte die Vermehrung der Lebewesen im Süßwasser in ihrer Abhängigkeit von Ernährung und Temperatur.

Psychologie / Georg Chaym

Stumpf

Am 21. April feierte Carl Stumpf seinen 70. Geburtstag, für alle, die unter ihm gearbeitet und gelernt haben, ein Anlaß seines Schaffens und Wirkens zu gedenken. Stumpf nimmt unter den gegenwärtigen Psychologen eine eigenartige Stellung ein: Es gibt kaum ein Gebiet im Reich seiner Forschung und seiner Ausstrahlungen in die Nachbarwissenschaften, das er nicht mit leitenden Gedanken gefördert hätte, und es gibt wohl wenige Forscher auf diesem schwierigen Gebiet, die wie er von ihrem ersten Schaffen an ihre Arbeiten folgerichtig weiterentwickelt haben. Und doch gibt es keine psychologische Schule, wenn man von einem Teilgebiet, der Tonpsychologie, absieht, die seinen Namen trüge. So reich auch die Anregungen sind, die Stumpfs Wirken entspringen, nie hat er seine Meinung einem seiner Schüler aufgedrängt, ja es sind sogar Arbeiten aus seinem Berliner Institut herausgegangen, die seiner Überzeugung durchaus nicht entsprachen und dennoch seiner Förderung sich erfreuen durften. Stumpf ist 1848 zu Wiesentheid in Unterfranken geboren und hat während seines Studiums fruchtbare, ja entscheidende Anregungen für die Weise seines philosophischen und psychologischen Denkens vor allem durch Franz Brentano in Würzburg und, wenn auch in geringerem Maß als es gewöhnlich dargestellt wird, durch Hermann Lotze in Göttingen empfangen. Hier habilitierte

er sich 1870 und war dann Professor in Würzburg, Prag, Halle, München; seit 1894 wirkt er in Berlin als Ordinarius für Philosophie und Leiter des Instituts für Psychologie.

Gleich seine erste größere Arbeit über den psychologischen Ursprung der Raumvorstellung /1873/ zeigt die für seine Arbeiten stets bezeichnenden Züge: Ausgang von den Erfahrungen und Eindrücken des *gemeinen Mannes*, liebevoll-verständnisreiches Eingehen auf die Ansichten der Früheren und der Gegner, dialektisch scharfe und empirisch vorsichtig sichernde Begründung der eigenen Ansicht. So gehört er zu den wenigen Forschern, die ihre Lehre nicht später zu korrigieren brauchten. Das Werk über die Raumvorstellung hat für die Frage nach der Ursprünglichkeit oder Nichtursprünglichkeit unserer Raumschauung entscheidende Bedeutung gewonnen. Schon 1879 nennt Ribot Stumpf »celui, qui a été le champion le plus intrépide de la théorie nativiste«. Die Raumschauung, sowohl der 2. wie auch der 3. Dimension, ist eine ursprünglich gegebene Fähigkeit unseres Geistes, nicht ableitbar aus anderen Sinnesindrücken; insbesondere mag die Anschauung der 3. Dimension im Lauf des Einzellebens wohl einer Entwicklung fähig sein, aber sie ist in ihrer Anlage auch schon beim Neugeborenen anzunehmen, wie die richtig verstandenen Beobachtungen an operierten Blindgeborenen zeigen. Man findet vielfach die Ansicht vertreten, wohl hervorgerufen durch einen Satz in Überwegs Grundriß der Geschichte der Philosophie, daß sich Stumpfs Anschauung in dieser Frage dem Lotzeschen Standpunkt nähere. Diese Ansicht ist irrig, wie schon deutlich die seinerzeit von Stumpf veröffentlichte Mitteilung Lotzes zeigt, worin Lotze selbst deutlich auf den unterscheidenden Punkt hinweist. Am besten läßt sich das Verständnis der Stumpfschen Lehren gewinnen, wenn man sich in die beiden Schriften vertieft, in denen Stumpf die Summe seiner bisherigen Denkarbeit gezogen hat: Erscheinungen und psychische Funktionen /1906/ und Zur Einteilung der Wissenschaften /1906/. Unter den Erscheinungen versteht Stumpf die Inhalte der Sinnesempfindungen, darunter auch deren räumliche und zeitliche Anordnung, sowie die zwischen ihnen gegebenen Verhältnisse. Unter den psychischen Funktionen versteht er diejenigen seelischen Vorgänge, die sich jener Erscheinungen als Material bedienen, zum

Beispiel das Bemerken der Erscheinungen und ihrer Verhältnisse, die Begriffsbildung, das Urteilen, die Gemütsbewegungen und ähnliches. Der Versuch das gesamte geistige Leben aus den Inhalten unserer Sinnesempfindungen aufzubauen und zu erklären kann als gescheitert angesehen werden; strittig mag die Frage sein, auf welche Weise wir von den Funktionen Kenntnis erhalten. Aber der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen des uns unmittelbar Gegebenen ist unverkennbar: Keine Aussage, die wir (mit Ausnahme der zeitlichen Ordnung) über die Erscheinungen machen, können wir auf die Funktionen anwenden. Eine Intensität zum Beispiel besitzen sie nicht, höchstens gibt es bei den Gemütsbewegungen ein Analogon dazu; wohl aber sprechen wir von einer Evidenz der Urteile, einer Deutlichkeit der Wahrnehmungen und dergleichen. Die Wissenschaft der psychischen Funktionen ist die Psychologie, während die Erforschung der Erscheinungen und der zwischen ihnen bestehenden Verhältnisse von Stumpf der »Phänomenologie« zugeschrieben wird, wobei die logische Trennung der Gebiete nicht die praktische Vereinigung in einem Forscher ausschließt. Auf dieser Grundlage der Zweiteilung von Erscheinungen und psychischen Funktionen vollzieht Stumpf in fesselnder Weise in der Hauptsache den Aufbau der Wissenschaften. Von ihm aus versteht man auch erst voll sein Hauptwerk, die Tonpsychologie /1883 bis 1890/, und die große Zahl der mit ihr zusammenhängenden Veröffentlichungen. Tonpsychologie ist nicht eine Phänomenologie der Töne, sondern eine »Beschreibung der psychischen Funktionen, welche durch Töne angeregt werden«, also Tonwahrnehmungen, Tonurteile, Tongefühle. Ganz besondere Beachtung hat die Stumpfsche Lehre von der Konsonanz gefunden. Wenn sie so oft nicht oder falsch verstanden wird, so liegt das daran, daß sehr viele an diese Frage von allen möglichen Standpunkten aus, nur nicht vom psychologischen, herangehen. Die Helmholtzsche Auffassung der Konsonanz ist durch Stumpfs Ausführungen widerlegt worden. Eindringliche Selbstbeobachtung und experimentelle Erfahrung lassen Stumpf die Erscheinung der Konsonanz auf die Tatsache der »Verschmelzung« zurückführen. Er versteht darunter die Vereinigung und Vereinheitlichung zweier Empfindungen zu einem Ganzen, als dessen Teile sie erscheinen. Die konsonanten Zweiklänge unterscheiden sich

von den dissonanten durch die größere Einheitlichkeit des Gesamteindrucks. Die Fähigkeit der Verschmelzung ist eine Grundeigentümlichkeit der betreffenden Tonempfindungen selbst, und es geht nicht an sie auf Schwebungen, Differenztöne, Ober- oder Untertöne zurückzuführen. Eine Erklärung der Verschmelzung müsse, glaubt Stumpf, physiologisch versucht werden; doch läßt sich darüber noch nichts Bestimmtes sagen. (Ich vermag allerdings die Vorteile einer physiologischen Erklärung auch hier nicht einzusehen, da ja die ursprüngliche Frage beim *Eintritt in das Psychische* doch wieder aufersteht; der große Gewinn der Stumpfschen Lehre von der Verschmelzung scheint mir dadurch wieder verloren zu gehen.) Übrigens hat Stumpf in einer auch philologisch erheblichen Schrift *Zur Geschichte des Konsonanzbegriffs /1897/* nachzuweisen versucht, daß bereits die griechischen Philosophen bei ihren Definitionen der Konsonanz die Verschmelzung oder Einheitlichkeit als Merkmal benutzt haben, und daß erst mit dem Beginn der christlichen Musikepoche die Unterschiede in der Annehmlichkeit definitisch verwendet wurden.

Aus der Fülle der psychologischen Aufsätze erwähne ich noch die Abhandlung *Über Gefühlsempfindungen /1906/*. Zu ihnen, den »sinnlichen Gefühlen«, rechnet Stumpf die rein körperlichen Schmerzen, die Lusteindrücke durch Hautreizungen, die Erlebnisse der Annehmlichkeit und Unannehmlichkeit, die mit den Empfindungen der anderen Sinne, wie Töne, Gerüche, Geschmäcke, auftreten, und er zeigt, daß sie mit diesen Empfindungen in eine Klasse zu rechnen und von den sogenannten geistigen Gefühlen, den Gemütsbewegungen, wohl zu unterscheiden sind. Von ganz besonders weitreichender Bedeutung wurde Stumpfs Rede über Leib und Seele, von der die gesamte neuere *Parallelismusliteratur* ihren Anfang nimmt. Stumpf weist in ihr mit Schärfe die Unmöglichkeit der parallelistischen Theorien nach und begründet die Notwendigkeit in den als Wechselwirkung aufzufassenden Weltzusammenhang auch die Beziehung des Psychischen zum Physischen einzuordnen. Von wesentlicher Bedeutung scheint mir dabei sein Hinweis auf den Gegensatz der stetigen, quantitativen Entwicklung im Physischen und der durchaus unetstetigen, qualitativen im Psychischen, das heißt das Auftreten von geistigen Neubildungen. In seinen Untersuchungen zur Ethik

hat Stumpf von diesem Gedanken eine besondere Nutzenanwendung gemacht; man sehe seinen Aufsatz über den ethischen Skeptizismus.

Es scheint mir wichtig, da der Überwiegende Grundriß auch hierüber falsch berichtet, kurz, darzulegen, wie Stumpf das Verhältnis der Psychologie zu den anderen philosophischen Disziplinen, besonders zur Logik und Erkenntnistheorie, auffaßt. Wenn auch die Forderung einer Logik, Ästhetik, Ethik ohne jede Rücksicht auf Psychologie nicht durchzuführen ist, da die Gegenstände jener Wissenschaften, die Begriffe, Inbegriffe, Sachverhalte und Werte, sich stets nur als eigenartige Inhalte psychischer Funktionen finden, so darf doch andererseits nicht verkannt werden, daß die zwischen jenen Gegenständen aufzuweisenden Gesetzmäßigkeiten durchaus eigener Art und nicht psychologisch sind. »Die Schlußregeln sind nicht Kausalgesetze der Entstehung und Aufeinanderfolge von Urteilsakten sondern Strukturgesetze von Sachverhalten. Die logische Notwendigkeit ist nicht identisch mit der psychologischen.« So ist also Stumpf weit davon entfernt Psychologischer zu sein.

Man kann eine Übersicht über Stumpfs Wirken nicht schließen, ohne der großen Verdienste zu gedenken, die er sich durch die Gründung und Unterstützung des Berliner Phonogrammarchivs erworben hat und für das er in Erich von Hornbostel einen außergewöhnlich tüchtigen Leiter und in Otto Abraham einen kenntnisreichen und musikalisch bemerkenswerten Mitarbeiter gefunden hat. Von der unverminderten Arbeitskraft Stumpfs erhoffen Freunde und Schüler noch manchen wertvollen Beitrag zu ihrer Wissenschaft.

Grundrisse An Lehrbüchern, Grundrissen und dergleichen besteht in der Psychologie kein Mangel. Das sehr gute Buch August Messers ist in dieser Rundschau (1917 III, Seite 952 f.) bereits angezeigt und empfohlen worden. Einige brauchbaren Ergänzungen dieses Buches nach den verschiedenen Richtungen hin seien hier noch erwähnt.

Da ist zunächst die Schrift Josef Klemens Kreibigs *Die Sinne des Menschen /Leipzig, Teubner/*. Sie legt großen Wert auf das Psychologische, hebt die psychologischen Probleme scharf hervor und hält sich von jedem oberflächlichen Sensualismus fern. Eine Einführung in die experimentelle

Psychologie hat N. Braunshausen geschrieben /Leipzig, Teubner/. Sie gibt in klarer, gedrängter Darstellung eine Einsicht in die erstaunliche Fülle experimentell-psychologischer Methoden, könnte aber dadurch leicht den Eindruck erwecken, daß wir der Höhe nicht mehr fern seien, was ja leider insofern noch lange nicht der Fall ist, als der Hauptstreit erst bei der Deutung der Ergebnisse beginnt. Auf einen Punkt sei hingewiesen, der einen recht verbreiteten Irrtum zu unterstützen droht. Unter einem Reaktionsversuch versteht man eine Anordnung, bei der die Versuchsperson auf ein verabredetes Signal eine verabredete Handlung vorzunehmen hat: zum Beispiel auf einen Schallreiz eine Taste herunterzudrücken. Man kann so die Reaktionszeit finden, das heißt die Zeit vom Eintritt einer Wahrnehmung bis zu der durch sie ausgelösten Bewegung. Wird diese aber noch von einem höhern psychischen Vorgang abhängig gemacht, soll etwa eine Wahlhandlung vorgenommen oder erst auf eine Unterscheidung hin reagiert werden, so verlängert sich die Reaktionszeit. Und nun behauptete Wundt, und auch Braunshausen vertritt noch diese Meinung, daß man durch Subtraktion der Zeit für eine einfache Reaktion von der für die verwickeltere die Zeit des dort eingeschobenen seelischen Vorgangs erhalte; also zum Beispiel als Zeit für eine einfache Unterscheidung im Mittel $\frac{1}{2}$ Sekunde. Aber da man, um nur einen Einwand zu erwähnen, nicht weiß, wie weit der hinzutretende seelische Vorgang den einfachen Reaktionsvorgang noch beeinflusst, liegt zu dieser Annahme keine Berechtigung vor; noch weniger aber die erhaltenen Zahlen für die betreffenden seelischen Vorgänge gelten zu lassen, wenn sie gar in einem ganz andern Zusammenhang auftreten. Ich bemerke auch noch (ohne hier näher darauf eingehen zu können), daß die sogenannte persönliche Gleichung der Astronomen nicht durch den Unterschied der sensoriiellen und muskulären Reaktion erklärt werden kann, wie der Verfasser angibt, sondern in der Verschiedenheit begründet ist, mit der auf Licht- oder Schallreiz reagiert wird. Wem weniger an einer zusammenhängenden Darstellung der Psychologie als vielmehr an einer Einsicht in ihre, besonders zahlenmäßig festgelegten Ergebnisse liegt, der wird zu W. J. Ruttman's Buch Hauptergebnisse der Psychologie /Leipzig, Wunderlich/ greifen, das eine bewundernswerte Beherrschung

des weitschichtigen Stoffes durch seinen Verfasser bezeugt. Der letzte Teil, Sozialpsychologie, verdient besondere Beachtung, weil selbst bei den größeren Darstellungen der Psychologie gerade dieses Kapitel meist zu kurz kommt. Der Abschnitt über Psychophysik allerdings, der einer kurzen Darstellung zweifellos Schwierigkeiten entgegenstellt, müßte gelegentlich einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden: mit schärferer Fassung der Begriffe Reizschwelle, Unterschiedsempfindung, Empfindungsunterschied usw., unter besonderer Berücksichtigung von G. E. Müller und Meinong. Das Buch ist besonders Lehrern zu empfehlen.

Auf allseitiges Interesse darf Th. Erisman's Angewandte Psychologie /Leipzig, Göschen/ rechnen, da jetzt, wie erst in der vorigen Rundschau hier gezeigt wurde, besonders in den letzten Jahren die Anwendungsgebiete und Anwendungsmöglichkeiten der Psychologie sich stark erweitert haben. Neben den Methoden und Ergebnissen der psychologischen Untersuchungen zur Berufseignung und der Begabung werden aber auch Psychologie und Recht, Psychologie und Sprachwissenschaft und auch Suggestion und Hypnose behandelt. Man wird vielleicht bezweifeln dürfen, ob die Grenzgebiete der Psychologie auch ohne weiteres als solche der angewandten Psychologie, wie diese gewöhnlich aufgefaßt wird, bezeichnet werden sollen. Daher aber wird wohl gerade der dem Nachbargebiet Beflissene das Büchlein gern zur Hand nehmen.

Totenliste Am 26. Februar starb in Leipzig der hervorragende Physiologe Ewald Herring, in seinem 84. Lebensjahr. Seine Arbeiten bewegten sich hauptsächlich auf dem Gebiet der Sinnesphysiologie und wurden dadurch von Bedeutung und teilweise auch von nachhaltiger Wirkung für die Sinnespsychologie. Besondere Erinnerung verdienen seine Untersuchungen über den Raumsinn, den Lichtsinn und über das allgemeine Gedächtnis. Seine Theorie des Farbensehens hat er als Gegenfarbentheorie bezeichnet, daherrührend, daß er den psychologischen Gegensätzen des Schwarz-Weiß, Rot-Grün und Blau-Gelb entsprechende gegensätzliche physiologische Vorgänge in der Netzhaut annahm, die sich in 3 verschiedenen Substanzen abspielen sollen. Diese Theorie hat sich auf die Dauer, trotz manchen Verbesserungen, nicht durchsetzen können. Mehr

Anerkennung hat Hering mit seiner Lehre von der räumlichen Anschauung gefunden. In ihr vertritt er die »Annahme angeborener Raumwerte« der durch die Netzhaut vermittelten Eindrücke (aber auch der Tasteindrücke). Die Heringsche Theorie, die vorher schon von Stumpf vertreten worden ist, wird die nativistische genannt; sie wird vielfach, so von Riehl, mit Kants Apriorismus gleichgesetzt. Schließlich sei noch Herings Schrift über das Gedächtnis als eine allgemeine Funktion der organisierten Materie (Neudruck in Ostwalds Klassikern der exakten Wissenschaften /Leipzig, Engelmann/) erwähnt, die trotz ihrem geringen Umfang weitreichende Bedeutung erlangt hat. Das Gedächtnis wird darin als eine Fähigkeit der Nervensubstanz betrachtet; diese Fähigkeit der »Aufbewahrung und Reproduktion« wird dann auch der Keimzelle zugeschrieben, so daß auf diese Weise unter Umständen gewisse Eindrücke und Tätigkeiten zum Erbgut werden. Semon hat später dieses organische Gedächtnis die Mneme genannt und die durch Wiederholung in der Keimzelle zurückbleibenden Spuren als Engramme bezeichnet.

Kurze Chronik Eine deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, deren Errichtung schon längere Zeit geplant war (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 393 f.) und für die ein Gönner 1 700 000 Mark stiftete, wurde am 1. April in München eröffnet. An ihrer Spitze steht Emil Kraepelin. ◊ In Basel soll eine neue Universitätsprofessur eingerichtet werden, mit dem Auftrag »die zukünftigen Lehrer auf der Grundlage strenger Wissenschaftlichkeit mit den Gesetzen des Seelenlebens und mit den Zielen der Erziehung vertraut zu machen«. Der Große Rat lehnte aber einen Lehrauftrag für »Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Psychologie und Pädagogik« ab und schlug, gemäß einem Gutachten der Philosophischen Fakultät, »Pädagogik und allgemein-wissenschaftliche Disziplinen« vor.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Sombarts Moderner Kapitalismus Auf die ungewöhnliche Bedeutung, die, gerade auch vom Standpunkt der marxistischen Auffassungsweise gesehen, Werner Sombarts Werk *Der moderne Kapitalismus* /München, Duncker & Hum-

blot/ zukommt, hatte ich in den Sozialistischen Monatsheften (1902 II, Seite 678 ff.) bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung vor 1½ Jahrzehnten in einem längern Artikel hingewiesen. Jetzt erst erscheint eine neue, 2. Auflage, von der zunächst die ersten beiden Bände, in 3 geteilt, zusammen mehr als 2000 Seiten füllend, in völlig neuer, das herangezogene historische Material stark erweiternder Verarbeitung vorliegen /München, Duncker & Humblot/. Die Studien, die der Verfasser zu seinen in der Zwischenzeit publizierten Schriften *Die Juden in der Wirtschaftsgeschichte, Luxus und Kapitalismus, Krieg und Kapitalismus, Der Bourgeois unternommen*, gehörten zugleich mit in den Plan des Hauptwerkes, waren bestimmt dessen Basis ständig zu erweitern, bilden aber doch nur einen kleinen Teil der hier zusammengefaßten Arbeit. Wohlthuend berührt der konsequente Verzicht auf jene Art von spielerisch pointierten Paradoxieen, die Sombart (von seiner üblen Kriegsschrift *Händler und Helden* noch ganz zu schweigen) zuweilen auch in seine wissenschaftlichen Bücher, zum Schaden ihrer Wirkung, einzuflechten liebte. So ist die schöngestige Verherrlichung einer bewußt subjektiven Prägung wissenschaftlicher Darstellung, die die einleitenden Bemerkungen der 1. Auflage enthielten, und ebenso der noch viel anfechtbarere Panegyrikus auf unbegrenzte Möglichkeiten kapitalistischer Luxusentwicklung restlos ausgemerzt; auch wird nicht mehr, wie in dem *Bourgeois*, der mit Freibeuterinstinkten ausgestattete Unternehmertypus, wie er in frühkapitalistischen Zeiten eine beträchtliche Rolle spielte, dem nüchtern rechnenden, spezifisch bürgerlichen Typus gegenüber mit stark betonter Sympathie herausgestrichen. Romantisch-ästhetische Liebhabereien gelangen nirgendwo zum Wort. Und dabei hat die Darstellung selber, von gewissen Parteien, in denen die gedrängte Übermasse des Stoffs nur eine ganz notizenhafte Kennzeichnung zuläßt, abgesehen, von ihrer farbig frischen, wohlthuend unprofessoralen Beweglichkeit nichts eingebüßt. Der 1. Band handelt nach einer die von dem Werk befolgte Methode skizzierenden Einführung von der vorkapitalistischen Wirtschaft und den historischen Grundlagen des modernen Kapitalismus in Europa; der 2. von dem europäischen Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, vornehmlich im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Das Ganze bezeichnet der Autor im Nebentitel als

»historisch - systematische Darstellung«, wobei das Wort systematisch den Gegensatz, in dem er sich gegen alle bloß beschreibende und erzählende Geschichte fühlt, markieren soll. »Was mich von Schmoller und den Seinen«, so hieß es in einer, jetzt gestrichenen Wendung der 1. Auflage, »trennt, das ist das Konstruktive in der Anordnung des Stoffes, ist das radikale Postulat einheitlicher Erklärung aus letzten Ursachen, ist der Aufbau aller historischen Erscheinungen zu einem sozialen System, kurz, ist das, was ich als das spezifisch Theoretische bezeichne. Ich könnte auch sagen: ist Karl Marx.« Auf das Moment, das er das systematische nennt und das in seiner Eigenart, wie er an dieser Stelle andeutend zu verstehen gibt, nur durch Zurückgehen auf Marx'sche Gedankenreihen in klarer Weise erfaßt und kritisch gewürdigt werden kann, legt er mit Recht ein Hauptgewicht. Freilich, dem ständigen Anwachsen des geschichtlichen Stoffes gegenüber, der zur Verarbeitung herangezogen wurde, hatte das Streben nach einer lichtvollen, auf einfache begriffliche Zusammenhänge und Verhältnisse zurückweisenden Anordnung und Gliederung mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Aufbau, sagt Sombart, sei jetzt ein außerordentlich viel komplizierter geworden, gegen den sich leicht der »Vorwurf größerer Schwerfälligkeit und Unübersichtlichkeit« erheben lasse. Doch hierin spiegle sich am Ende nur das unvermeidliche Resultat einer umfassendern Vertiefung in die Verzweigungen des historischen, überall die Wechselwirkung zahlloser Momente einschließenden Entwicklungsprozesses. Je nachdem man den Standpunkt der Betrachtung wähle, trete aus der großen Masse der in der Richtung auf kapitalistische Entwicklung zusammenwirkenden Faktoren dieser oder jener besondere in den Vordergrund. So habe er in der 1. Auflage die Rolle, die die an städtische Grundherren zu entrichtenden Grundrenten in der spätmittelalterlichen Vermögensakkumulation gespielt, in späteren Schriften die Anstöße, die die Fortentwicklung zum Kapitalismus von seiten der Juden, des Luxuskonsums der reich gewordenen Schichten und des Massenbedarfs der Staatsheere erhielt, besonders hervorgehoben und sei seltsamerweise dahin mißverstanden worden, als habe er mit der Hervorkehrung einzelner derartiger Beziehungen eine Antwort auf die allgemeine und in dieser Allgemeinheit

natürlich ganz unlösbare Frage nach »der Ursache« des Kapitalismus geben wollen: als könnten so ungeheuer komplexe Erscheinungen wie das allmähliche Heranwachsen der Elemente eines neuen Wirtschaftssystems im Schoß eines alten niemals anders als aus dem Zusammenwirken vieler sich kreuzenden und ergänzenden Bedingungen erklärt werden, die dem wirtschaftlichen Interesse handelnder Personen neue Ziele und Richtungen der Betätigung weisen. Sowenig eine Geschichte der Entstehung des modernen Kapitalismus gegeben werden kann, ohne daß man auf die Entstehung des »kapitalistischen Geistes« eingeht, der im Gegensatz zum frühern Handwerker-, Bauern- und adligen Grundherrentum die Erzielung von (natürlich möglichst hohem) Kapitalgewinn zum Richtmaß und Leitstern seines ganzen Strebens macht, so wenig lassen sich die Entstehung dieses Geistes als Massenerscheinung und die erfolgreiche Durchsetzung seiner Interessen und Tendenzen abgetrennt von der vielverschlungenen Gesamtheit der ihn in seinem Wirken begünstigenden sozialen, politischen und Kulturbedingungen erfassen. Eben dem Nachweis dieser Fülle einander tragender und vorwärts schiebender Zusammenhänge in der allmählichen Herausbildung und Ausgestaltung des neuen wirtschaftlichen Systems ist das Buch gewidmet.

Das Wesen jener systematischen Tendenz, die in dem Wirrsal des historischen Tatsachenmaterials einen allgemeinen Leitfaden gewähren soll, läßt sich am einfachsten, scheint mir, dahin fixieren, daß Sombarts Forschung und Darstellung der richtunggebende Gedanke vorschwebt: daß eine Aufzeigung der geschichtlichen Genesis des modernen Kapitalismus natürlich einen im voraus aus der Analyse der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft gewonnenen Begriff des modernen Kapitalismus zur Grundlage und zum orientierenden Zielpunkt zu nehmen hat. Einen Begriff, den schließlich die theoretische Nationalökonomie, sofern diese ja die Darlegung der Wesensart und der die Selbsterhaltung der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft regulierenden Gesetze zu ihrem speziellen Gegenstand hat, zu liefern hat.

Diese Wesensart aber des kapitalistischen Systems und damit sein Gegensatz zu der auf naturalwirtschaftlicher Produktion für den Eigenbedarf beruhenden feudalen Wirtschaftsordnung wie zu der im Verlauf des Mittelalters

ausgebildeten handwerksmäßig für den Austausch produzierenden Wirtschaftsweise hätte sich, scheint mir, von Sombart noch plastischer und prägnanter darlegen lassen, wenn er noch nachdrücklicher, als er es getan hat, an jene Marxischen Grundbestimmungen angeknüpft hätte: daß die moderne Volkswirtschaft von vornherein nur als ein durchgängig gesellschaftlicher, alle Gesellschaftsglieder in wechselseitige Beziehungen zu einander setzender Prozeß zu fassen ist, in dem die Produktion für den Bedarf der Gesellschaftsglieder durchgängig und allgemein als Warenproduktion (Produktion für den Verkauf) erfolgt; und zwar in Betrieben erfolgt, deren Eigentümer die in ihrem Betrieb zu produzierenden Waren (im Gegensatz zum mittelalterlichen, allein oder mit ganz wenigen Gehilfen arbeitenden Handwerker) durch eine Vielheit von ihnen im Lohnvertrag gemietet, unter ihrer Leitung im Betrieb arbeitsteilig kooperierender Lohnarbeiter produzieren lassen, um durch Verkauf so produzierter und reproduzierter Waren immer von neuem Geldgewinne zu erzielen, Geldgewinne, die von allen Schranken eigener Arbeitsleistung unabhängig durch Ausdehnung des Betriebsumfangs ins Unbegrenzte erhöhbar sind. Eine solche prinzipielle Kennzeichnung des Wirtschaftssystems des modernen Kapitalismus ergibt zugleich den Ausgangspunkt, von dem dann eine wirklich theoretische Darlegung seines innern, sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhangs in systematischem Fortgange erst möglich ist, und damit auch die Richtlinie, die eine systematische historische Darstellung der allmählichen Genesis der modernen Weltwirtschaft sich zu setzen hätte. Das schließt materiell weder die Verfolgung der außerordentlich bedeutenden Rolle aus, die die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse des Handels (ohne die sich ja auch die kapitalistischen Verhältnisse in der Produktion nicht hätten entfalten können) im Rahmen dieser Entwicklung spielt, noch auch, worauf es Sombart besonders ankommt, die Verfolgung des allmählichen Erwachens eines kapitalistischen Geistes, der lange, ehe er sich der Produktion bemächtigt, in anderen Sphären die Spuren seiner Wirksamkeit verrät. Die Untersuchungen hierüber gehören, ebenso wie die Beleuchtung der Zusammenhänge zwischen diesem Geist und dem allgemeinen Vordringen rationalistisch-rechenhafter Donkart, die in der

doppelten Buchführung eines ihrer charakteristischen Mittel und Symbole erzeugt, zu den interessantesten Partien des Buches.

Die Darstellung, die, auf das Eingehen in die nationalwirtschaftlichen Besonderheiten verzichtend, nur die typisch gemeinsamen Züge herausarbeiten will, die die Entwicklung des Kapitalismus im westlichen Europa aufweist, entnimmt ihr Material vorwiegend der Wirtschaftsgeschichte Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Schweiz, der Niederlande, Deutschlands und Österreichs; doch auch auf Spanien, Portugal, Skandinavien und Rußland fallen gelegentliche Streiflichter. Dem einleitenden Abschnitt über das »eigenwirtschaftliche Zeitalter« (Dorf- und Fronhofwirtschaft), das nach dem Zerfall der antiken hochentwickelten Geldwirtschaft seit der Völkerwanderung beginnt und in der Periode Karls des Großen bis etwa zum Jahr 1000 hin seine umfassendste Ausprägung erhält, schließt sich, nach Ausführungen über die Wiedergeburt der Tauschwirtschaft und den wirtschaftlichen Artcharakter des mittelalterlichen Städtewesens eine eingehende und aufschlußreiche Analyse der handwerksmäßigen Wirtschaft an. Schon die Kapitelüberschriften (Daseinsbedingungen des Handwerks, Gestaltungen des Güterbedarfs, Die Art der Bedarfsdeckung, Die Organisation der gewerblichen Arbeit, Die Organisation der Exportgewerbe, Der Handel als Handwerk) geben eine Vorstellung von der Mannigfaltigkeit der Gesichtspunkte, die hier die Untersuchung leiten.

Das 2., wie schon gesagt, die historischen Grundlagen des modernen Kapitalismus behandelnde Buch, das den ganzen Rest der 3 Bände ausfüllt, wird durch eine begriffliche Charakteristik der kapitalistischen Wirtschaftsweise, insonderheit der »kapitalistischen Unternehmung« und der dem Unternehmer obliegenden organisatorischen, händlerischen und rechnerisch-haushälterischen Funktionen, eröffnet. Die gelegentlichen Ausblicke auf die Arbeiterverhältnisse der kapitalistischen Frühperiode, die sich in Marx' Kapital finden, erhalten in den entsprechenden Kapiteln des Sombartschen Buchs wichtige Ergänzungen. Nach Konstatierung der Fortschritte im kapitalistischen Großbetrieb werden die diesen unterstützenden und begünstigenden Bedingungen dargelegt, Luxus- und Heeresbedarfsindustrie als seine wesentlichsten Domänen in jener Frühzeit nachgewiesen. Der letzte, Der volkswirt-

schaftliche Gesamtprozeß betitelt Hauptabschnitt bringt eine Darstellung der Grundgedanken des sogenannten Merkantilsystems, in dem Sombart eine getreue Widerspiegelung der durch die damalige Lage, das ökonomische und politische Machtstreben der mit einander rivalisierenden Staaten, vorgezeichneten Tendenzen sieht. Im Anschluß daran skizziert der Autor die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, den Kampf der Staaten um die Edelmetalle, den Handel mit Fertigfabrikaten, Kolonialwaren, Produktions- und Lebensmitteln, die Tendenz zur Konsolidierung der Staatsmacht wie die von fortschreitender Verbürgerlichung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens begleitete Reichtumszunahme. Der Schlußteil dieses Abschnitts (Das Ganze der kapitalistischen Entwicklung) resümiert den so erhaltenen Gesamteindruck dahin, daß sich in den etwa 300 Jahren der frühkapitalistischen Epoche, diese vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis gegen Mitte des 18. Jahrhunderts gerechnet, in dem wirtschaftlichen Gesamtbild Europas, wenn wir Maßstäbe unserer eignen kapitalistischen Gegenwart anlegen, erst »ganz erstaunlich wenig geändert« habe, und sucht die Langsamkeit des Fortschritts aus einer Reihe hemmender Faktoren zu erklären. Ja, er mait das überraschende Bild eines »drohenden Endes des Kapitalismus« am Schluß dieser Epoche an die Wand. So relativ geringfügig die Ausdehnung der kapitalistischen Industrie damals gewesen, habe der starke Holzverbrauch (zu Bauten, Schiffen und industriellen Heizungszwecken) doch genügt durch Abholzung der Wälder eine schon recht bedenkliche, die Zeitgenossen mit starker Sorge erfüllende Holznot zu erzeugen, die ohne die Heranbildung einer mit anderen Mitteln arbeitenden Technik über kurz oder lang zu einer sehr empfindlichen Schranke hätte werden müssen. Dazu kam, daß der größte Teil des europäischen Reichtums bis zum Ende des 18. Jahrhunderts seinen Ursprung in der rücksichtslosen Ausbeutung fremder Völker und Kulturen (Kolonialpolitik) hatte. Diese Ausbeutung habe nun aber damals »ihre Grenzen oder jedenfalls ihren höchsten Grad, bis zu dem sie gesteigert werden konnte, beinahe erreicht; sie war, wie es nicht anders sein konnte, Raubbau an Ländern und Menschen gewesen. Die Länder waren zum größten Teil verwüstet, die Menschen verbraucht. Afrika war ausgeleert worden oder war im Begriffe es zu werden. Noch

ein paar Menschenalter, und die Flut dieser Menschenopfer ebte, wie es die Geschichte dann erwiesen hat.« Auch war der Boden in den west- und südeuropäischen Ländern ausgesogen, die Bevölkerungszunahme langsam, und neben den Unternehmerschichten wuchs eine »der Verfettung verfallende Gesellschaft satter Rentner und schmarotzender Finanzer« noch schneller als jene empor. »Europas wirtschaftliche Kultur war augenscheinlich an demjenigen Punkte der Entwicklung angelangt, den bis dahin alle Kulturvölker erreicht und den kein einziges von ihnen überschritten hatte. Ob wir nach China oder Indien, Ägypten oder Babylonien, Griechenland oder Rom blicken: wir treffen überall am Ende denjenigen Zustand an, in dem sich das europäische Wirtschaftsleben am Schlusse der frühkapitalistischen Epoche befand und der durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird: eine weitgehende Ausbeutung fremder Völker, ein daran sich anschließender beträchtlicher Warenhandel, ein ausgebildetes Geldleihgeschäft, ein hochentwickeltes Finanzertum, eine blühende Publikanenwirtschaft, daneben (in bescheidenen Grenzen) die Anfänge einer auf organischer Grundfläche ruhenden Großindustrie.«

Die Hauptfragen, über die der nächste, vom Hochkapitalismus handelnde Band des Werkes Aufschluß zu geben haben wird, lassen sich also dahin formulieren: Was bewirkt es, »daß das europäische Wirtschaftsleben, nachdem es den Frühkapitalismus durchlebt hatte, weder dem Verfall noch Stillstand anheimfiel sondern mit einer ungeahnten, in der Weltgeschichte nie gesehenen Kraft seine Wirtschaft fortsetzte? Eine Fragestellung, die, wie die ganze Anlage des Buches, einen großzügigen, freien, an den historischen Parteien von Marx' bahnbrechendem Werk geschulerten Weitblick spüren läßt und die Erwartung auf den Fortgang in intensiver Weise spannt.

Rußlandkunde Der allzu früh verstorbene, doch unvergessen bleibende Genosse Arthur Schulz, dessen hier in zahlreichen Artikeln wie in der Rundschau publizierte Arbeiten mit der gründlichsten Sachkenntnis für eine den gegebenen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Bedeutung des Kleinbauerntums Rechnung tragende Abänderung des überkommenen sozialistischen Agrarprogramms eintraten, hat in dem bei seiner Einziehung zum Militär aufge-

setzen Testament sein Gut Joneiten in der Memeler Niederung und ebenso sein sonstiges Vermögen der Königsberger Universität vermacht, die mit den Zinsen ein Institut für Kunde Rußlands gründen und dauernd unterhalten soll. Wie seine ganze Lebensarbeit war auch die letztwillige Verfügung von politischen Überzeugungen, dem Willen gemeinnützigen Wirkens getragen. Schulz hielt in völliger Übereinstimmung mit der in den Sozialistischen Monatsheften verfochtenen Auffassung eine östliche Orientierung der deutschen Politik und Wirtschaft im deutschen Interesse für eine unausweichliche Notwendigkeit. Und das bestimmte den Entschluß. Wichtig sei es, so heißt es in dem Testament nach den Bestimmungen über die Einzelzwecke und die Organisation des Unternehmens, daß das Institut in dem richtigen Geist geleitet werde und sich auswirke: »Ich habe mich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß das deutsche Volk für die nächsten Generationen mit der dauernden unversöhnlichen Feindschaft Englands und überhaupt des Angelsachsentums, also auch der Vereinigten Staaten von Amerika, zu rechnen hat. Will das deutsche Volk in dem unvermeidbaren, meines Erachtens erst in den Anfängen stehenden Kampfe mit diesem furchtbaren Gegner nicht unterliegen, muß es das frühere, durch den Krieg leider gestörte gutnachbarliche Verhältnis zu Rußland wiederherstellen und es zu einem freundschaftlichen Zusammenleben und Wirken in friedlichem Austausch geistiger und materieller Güter, ja zum Schutz- und Trutzbündnis weiterentwickeln suchen. Zu dieser von mir für unbedingt nötig gehaltenen Wiederannäherung des deutschen und des russischen Volkes und Staates hoffe ich nach meinen schwachen Kräften ein Kleines beitragen zu können . . . , denn durch Verbreitung eines gediegenen Wissens über Rußland und durch die Erziehung und Ausbildung von wissenschaftlich geschulten Männern, die als Vermittler zwischen Rußland und Deutschland zu dienen gewillt sind, wird, wie ich hoffe, das Institut der so wünschenswerten politischen und wirtschaftlichen Annäherung beider Nachbarvölker gute Dienste erweisen können.« Die Richtlinien seines Planes, dessen Ausführung dem Universitätssenat zu unterstellen ist, skizziert Schulz dahin: Unter Oberleitung eines sachkundigen Universitätsprofessors würden junge Gelehrte bestimmte Abteilungen des russischen Lebens und

der russischen Kultur zu bearbeiten haben, indem sie zunächst das literarische Material an russischen Büchern und Zeitschriften zu sammeln und interessierten Benutzern zur Verfügung zu stellen haben. Als solche Abteilungen kämen zunächst russische Sprache und Literatur wie russische Volkswirtschaft in Betracht. Auch sei durch einen Angestellten des Instituts russischer Sprachunterricht zu billigen Preisen an Gelehrte, Studenten, besonders auch an Interessenten aus der gewerbstätigen Bevölkerung zu erteilen. Nicht zum wenigsten bezwecke das Institut der Vorbereitung auf einen Aufenthalt im Russischen Reich zu Studien- oder praktischen Zwecken zu dienen. Auch der Sammlung der russischen politischen Tagespresse durch eine deutsche Zeitungen bedienende journalistisch befähigte Kraft sei unter diesem Gesichtspunkt hohe Bedeutung beizulegen.

Kurze Chronik An der Universität Leipzig soll, wie berichtet wird, ein Institut für Gesellschaftsforschung gegründet werden. Der Urheber dieses Planes ist Ferdinand Schmid, einer der eifrigsten Vertreter der sogenannten neusoziologischen Richtung. ◊ In Anlehnung an die Breslauer Universität wird ein Osteuropäisches Institut, zu Forschungszwecken, errichtet werden. ◊ Die Redaktion von Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche ist von Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff übernommen worden. ◊ Zum Nachfolger Mitscherlichs im nationalökonomischen Ordinariat an der Universität Greifswald ist Wilhelm Gerloff aus Innsbruck berufen worden.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Topp

Der Sturm hat wieder einen Künstler herausgestellt, den man sehen muß: Arnold Topp. Er ist nach Chagall, mit dem er besonders in der Fülle der Farben einen gewissen Zusammenhang hat, wohl der erste, bei dem diese Farben und Formen trotz ihrer Losgelöstheit vom Gegenstand zwingend stark wirken. Seine Formen sind auch nicht geometrisch geradlinig wie bei den meisten Kubisten, sondern sie wie auch die Farbe sind stark nuanciert und in vielfachen, nicht übersehbaren Übergängen.

Vielleicht liegt es daran, daß unsere Phantasie da sofort in volle Aktion kommt, um weiter zu bauen und zu ergänzen; Seele und Sinne sind in Bewegung und lösen weittragende Nachklänge aus. Vielleicht auch, weil Topps Bilder aus sinnlich-seelischem Erleben herausgewachsen mögen und daraus ihren Saft und ihre Fülle beziehen. Aus manchen Bildbenennungen, wie Schläfer, Weltwanderer, Heimkehr, könnte man es schließen. Ein Motiv, das mehrfach wiederkehrt: Ein roter Wanderer, sehr tief gebeugt, der weit ausschreitet, und rings umher allerhand Türmendes und Fenster, die ihn anschauen mit Licht von innen. Der Gefühlsklang der Toppschen Bilder ist weit tiefer und dunkler als der bei Marc, aber wieder einfacher und einheitlicher als Chagalls.

Wie hat für die Jungen die Welt der Sinne sich doch so frei und voll entwickeln können, daß eine Formen- und Farbensprache da gewachsen ist, deren Sinn man in der vorhergehenden Generation nicht viel deutlicher versteht als einen etwa die Kunst aus einem andern Erdteil rührt. Man ist hier so durchaus ein Lernender und Empfangender, daß es auch nicht Zweck hat viel nach Zusammenhängen zu suchen, weshalb uns dieses trifft und jenes nicht. Man sollte übrigens so ein Bild leihweise eine Zeit bei sich haben können, wie ein Kunstverein in Prag es einführt. Den wirklichen Wert könnte man doch erst in solch einem Zusammenleben abschätzen.

Linoleumschnitte

Unsere Zeit ist durchströmt von einer Flut des Neuschaffens und Produzierens. Einer unter den Vielen ist auch Moritz Melzer, der vor kurzem eine Sammlung Linoleumschnitte bei Neumann in Berlin ausstellte. Seine Blätter sind trotz dem großen und ernsthaften Schwung, den alle tragen, im einzelnen vielleicht nicht bis zu ihrer letzten Vollendung gestaltet. Wenn auch die individuelle Form als individuell nicht gesehen werden soll, so wäre es wohl doch nicht nötig sie so gänzlich auszuschalten, wie hier dann und wann; ihr Fortlassen will mehr als ein Notbehelf oder als eine Art Flucht erscheinen, und nicht als die letzte, gewollte Lösung. Melzers Kunst weist innerhalb der modernen Kunstprobleme auf eine Art Klassik hinaus, auf den grand stile. Die Komposition ist in erster Reihe formal erfaßt, und ihr Rhythmus trägt sich in großem, weitgespanntem und schwe-

rem Schwung. Der einzelne lebt darin nur als Bewegungsglied oder höchstens noch als Ausdruck des Geschlechts. Erstaunlich ist aber die stilstrenge Einheitlichkeit von Komposition, Farbe und Technik. Die Linoleumtechnik in diesem Sinn ist wohl von Melzer selbst erst geschaffen. Die schweren und dunkeln Farben (ein stählernes Blau und Rostbraun herrschen vor) sind so aufgetragen, daß die Plastik der Formen durch einen ausgesparten Papierton gegeben ist, wodurch das Ganze einen metallenen und bronzenen Glanz bekommt. Diese eherne Farbe zusammen mit der Schwere und Getragenheit der Komposition gibt wohl dem Ganzen seine Pathetik. Wie fein das technische Stilgefühl Melzers ist, geht auch aus der Art seines Zeichnens hervor. In seinem Farbdruck alles tonige Fläche, in seinen Zeichnungen nur Linie, auch ohne eine Schattengebung. Seine wenigen gezeichneten Blätter sind für mich von ganz besonderem Reiz. Fein bewegte Kontur mit dem ganzen Reichtum ihrer Möglichkeiten.

☉ **Weibliche Kunst** Der Berliner Lyzeumklub stellte in seinen Räumen die Arbeiten Thea Schleusners aus. Bisher waren nur Einzelheiten von ihr in die Öffentlichkeit gekommen, die aber durch das außerordentliche Talent, das aus ihnen sprach, die Erwartungen hoch spannen ließen, besonders bei denen, die gern die Frauen mit den Männern in gleichem Schritt sähen. Nun ist aber gerade in dieser Kollektivausstellung der Schleusner das Weibliche ihrer Kunst mit allen seinen Schwächen ganz besonders klar. Ihre Beanlagung bleibt erstaunlich. Ihr Farbensinn ist außerordentlich lebendig, Erfindung und Phantasie sind ganz überreich, aber in allem liegt eine Art Richtungslosigkeit, so daß der Gesamteindruck unsicher und nicht geschlossen ist. Das begegnet uns so oft bei Frauen. Es fehlt bei allen überaus künstlerischen Sinnen oft an dem Zusammenfassenden, an der gemeinsamen Richtung im Arbeiten; was dann abfällt, sind eben nur geistreiche und schöne Einfälle, die aber alle in der Luft schweben und keine Realität in sich tragen. Schleusner ist in meinen Augen ein Schulbeispiel dafür, wie wenig Phantasie allein bedeutet, es sei denn eben, sie schließe in sich eine Art Gesetzmäßigkeit ein, ohne die kein Leben, überhaupt keine organische Wirklichkeit sein kann. Auch hat man leider nicht das Zutrauen, daß es sich hier um ein zufälliges oder vorübergehendes

Manko handeln kann. Es scheint mir mehr ein tiefersitzendes Unvermögen zu sein. Einige kleine dekorative Arbeiten sind übrigens sehr interessant und glücklich, und man muß nicht vergessen, daß durch die Größe des Talents der Maßstab, den man instinktiv anlegt, recht hoch ist. Besonders gut sind die Porträts. Überall sind Ähnlichkeit und Ausdruck lebendig getroffen; aber auch hier gehen die Auffassung des Kopfes, eine gewisse Glätte und Routine der Zeichnung und der sehr phantastische Hintergrund nicht zusammen.

Puppen

Anders die Puppen der Lotte Pritzel, die man bei Friedmann & Weber in Berlin sah. In ihnen lebt tatsächlich eine Welt, und wenn sie auch minutiös und eng ist, so fluktuiert doch äußerstes Leben in ihnen. Es ist die Welt des künstlichen Lichts, der Salons, Theatergarderoben oder Boudoirs, wo alles verschleiert und leise lebt, aber unter dieser Dämpfung jenes Leben, in dem ein Mensch am andern sich steigert und entzündet, wo die Entladungen zittern und ein wenig schmerzlich werden. Die Pritzelpuppen sind etwa nur einen Fuß hoch, aus Wachs geformt auf einem Drahtgestell, das die Stabilität auf ein äußerstes Minimum einschränkt; bekleidet sind sie aus Fitchen von Spitzen und Goldfiligranstoff, und die Haare sind oft aus feinen Silberbändern gedreht. So stehen diese Figürchen in ihrem Glashaus wie in einer Seifenblase und verrenken ihre schmächtigen Glieder, bis in das letzte sich selbst hingebend: ein bißchen süßschmerzliche Sinnlichkeit, auch ein wenig Heiligkeit, aber immer zieht sich leise hindurch ein Laszives, das hinter dieser Glaswand sein heimliches Leben lebt. Was mir an diesen Puppen aber vor allem andern interessant ist, ist ihre Technik. Sie spricht hier zwar in einem sehr andern Sinn als den ich meine; in einem elegant weltlichen. Aber im Grunde ist sie doch die selbe, wie bei all den wunderschönen Spielereien, in denen sich der Kunstsinn der einfachen Leute und der Bauern ausdrückt. Man denke nur aus den katholischen Gegenden an all die Heiligen, an die Marien und Christkindchen in ihren einfältigen Häuschen mit den steifen sonntäglichen Röcken und den vielen bunten Blumen herum. Man spürt überall den selben lebendigen Zusammenhang zwischen dem, der es gemacht hat, und denen,

für die es gemacht wurde. Bei der Pritzel ist es der Salon, hier bei diesen ist es ein wirkliches Gotteshäuschen für die Stube zum alltäglichen Gebrauch. Nicht die sonntägliche Andacht ist das Verbindende sondern eine ganz nahe Vertraulichkeit, die diese Art Kunst so ganz besonders lebendig macht. Und was ihr gerade diesen Reiz gibt, ist, daß sie durch ihren abgeschlossenen Raum ein ganzes Stückchen Welt gibt. Es ist, als wenn wir in eine andere, kleine Wirklichkeit hineinguckten, die sich ihren eigenen, kleinen Raum um sich herum aufgebaut hat.

Lotte Pritzel hat auch einige freistehende Puppen, zwar auch im Glaskasten, aber ohne Hintergrund, von allen Seiten zu umgehen; sie stehen dadurch in unserm Raum, und sofort scheint mir das ganz zauberhafte Leben der andern damit verfliegen zu sein.

Totenliste

Der Bildhauer Hugo Härdtl ist am 16. Februar in Wien, 72 Jahre alt, gestorben. Er war Mitglied der Akademie und hat für den Skulpturenschmuck der großen Wiener Neubauten, wie Hofmuseum, Hofburgtheater, Universität, Reichratspalast, eine Reihe von Arbeiten ausgeführt.

Am 21. Februar starb der Maler und Illustrator Franz Simm in München im Alter von 65 Jahren. Er ist besonders durch seine Zeichnungen in den Fliegenden Blättern bekannt geworden. Der Porträtist, Landschaftler und Architekt Lucas von Cranach starb am 31. März in Berlin. Er ist 57 Jahre alt geworden. Bode hat ein Werk über seine Goldschmiedekunst herausgegeben. Der Maler und Radierer Friedrich von Schennis ist, 67 Jahre alt, Anfang April gestorben. Er war früher als Maler von Rokokolandschaften berühmt. In Frankfurt am Main starb die Malerin und Radiererin Eugenie Bandedell, eine Schülerin Wilhelm Trübners. Der Historienmaler Werner Schuch starb, 75 Jahre alt, im April in Berlin. Er war Schüler Karl Friedrich Lessings, wandte sich dann zur Architektur und stellte in den achtziger Jahren Landschaften aus. Dann ging er zum Historienbild über, dessen Motive meist dem Dreißigjährigen Krieg entnommen waren. Viele seiner Bilder sind von preussischen Galerien angekauft.

In Genf starb am 19. Mai Ferdinand Hodler im 65. Lebensjahr. Eine eingehende Würdigung seines Lebenswerks soll hier vorbehalten bleiben.

Kurze Chronik In München sind katholische Volkskunstanstalten zur Veredelung der Kleinkunst gegründet worden, die sich außer schriftlicher Propaganda mit der Herstellung von Devotionalien befassen sollen. ◊ Die Große Berliner Kunstausstellung, die wegen anderweitiger Verwendung ihres ständigen Ausstellungsgebäudes in Berlin nicht stattfinden kann, ist wieder in Düsseldorf eröffnet worden. ◊ In Namur findet eine Ausstellung flandrischer und wallonischer Kunstdenkmäler statt. ◊ Der Maler Carl Hofer, der als Zivilgefangener in der Schweiz interniert ist, hat in Zürich eine Ausstellung seiner in der Gefangenschaft gemalten Bilder veranstaltet. ◊ Fritz Stahl macht im Berliner Tageblatt den Vorschlag bei Kunstauktionen den Wert der Objekte durch Sachverständige im voraus festlegen zu lassen. ◊ Da der bisherige Präsident der Berliner Freien Sezession Curt Herrmann von seinem Posten zurücktritt, ist Theo von Brockhausen zum ersten Vorsitzenden ernannt worden; zweiter Vorsitzender wurde Max Pechstein; ferner wurden noch Ulrich Hübner, Fritz Klimsch, Oskar Kokoschka, Wilhelm Lehmbruck, Oskar Moll, George Mosson und Hans Purrmann in den Vorstand gewählt. ◊ Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde von ungefähr 50 Mitgliedern aller Parteien ein schleuniger Antrag eingebracht zwecks Erwirkung eines Ausfuhrverbots für Werke nicht mehr lebender Künstler, an dessen Stelle auch eine so große Ausfuhrabgabe vorgesehen werden könnte, daß sie tatsächlich die Ausfuhr verhindert. Geheimrat Bode hat in einem Gutachten gegen diesen Plan Stellung genommen und tritt für eine beschränkte Inventarisierung der besten Kunstwerke, verbunden mit einem staatlichen Vorkaufsrecht, ein. Ein ähnliches Gesetz wird in England vorbereitet, das sich aber nur auf alte Werke besonders großer Bedeutung beziehen soll.

KULTUR

Verkehr Felix Linke

Drachtlose Telegraphie Die neue schwedische Sendestelle für Funkentelegraphie in Karlsborg hat eine Reichweite von ungefähr 5000 Kilometer. Die 210 Meter hohen Masten wiegen nur je 25 Tonnen und sind ganz fertig zusammengebaut mit Hilfe besonderer Vorrichtungen aufgestellt worden; sie stehen auf Isolatoren aus feinkörn-

gem schwarzen Granit, der mit Paraffin getränkt ist. Die Masten bestehen aus 60 Phosphorbronzedrähten von 450 Meter Länge, die zwischen 2 6armigen Aufhängevorrichtungen aus leichtem Stahlrohr angebracht sind. An jedem Ende haben sie Isolatoren und Spiralfedern, um den elektrisch wirksamen Teil der Masten zu isolieren und ein Zerreißen der Drähte bei starken Stürmen und Schneebelastung zu verhindern. Außer den Antennen ist ein Erdbalancenetz aus 1 Millimeter starkem Bronzedraht vorhanden, das auf Stahlstäben über das ganze Gebiet der Anlage, 5 Meter über dem Erdboden ausgespannt ist. Der Vorzug eines solchen Gegengewichts gegenüber den sonst üblichen Erdleitungen besteht in geringeren Verlusten und schärferer Abstimmung, durch die sich eine größere Reichweite erzielen läßt. Die erforderliche elektrische Kraft wird vom Trollhättanwerk geliefert. Zur Aushilfe ist im Werk noch eine Dampfturbinenanlage eingebaut. Außer dem Hauptsender ist noch ein kleinerer Sender für den Verkehr im Lande selbst vorhanden. Der Hochfrequenzstrom von mindestens 15 000 Perioden in der Sekunde wird in Karlsborg durch Funkenentladungen von Kondensatoren erzeugt, die selber von den im Maschinenhaus aufgestellten Wechselstromerzeugern geladen werden. Um die telegraphische Verbindung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu sichern, soll in nächster Zeit eine radiotelegraphische Station durch die Staatsverwaltung errichtet werden. Sie soll an der Westküste Frankreichs liegen und einen Tag und Nacht ununterbrochen drahtlosen Verkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten herstellen. Es sollen ungedämpfte Wellen angewendet werden, deren Wellenlänge nicht unter 15 000 Meter betragen wird. Diese langen Wellen lassen sich bekanntlich viel leichter übertragen als die kleinen; sie vermögen die Hindernisse besser zu überwinden und können sich anscheinend auch der Krümmung der Erde besser anpassen, sich besser beugen. Die ausführende Firma soll eine Mindestleistung von 20 000 Wörtern pro Tag und sichere Übertragung gewährleisten. Die Send- und Empfangsanlage muß 4000 Wörter in der Stunde bewältigen können. Es sind außerdem Einrichtungen zum Aussenden eines musikalischen Tons und zum Hörempfang mit einer Geschwindigkeit von 2000 Wörtern in der Stunde vorgesehen. Send- und

Empfangsbetrieb sollen ohne gegenseitige Störung gleichzeitig und unabhängig von einander vor sich gehen.

An radiotelegraphischen Stellen gab es Ende 1917 insgesamt, soweit sie beim Internationalen Bureau des Welttelegraphenvereins bekannt waren, 687 Küstenstationen (1913 598), 5338 Bordstationen (3902) und 88 Landstationen.

Drhtlose Telephonie

In Frankreich erzielten Collin und Jeance 1909 eine drahtlose Fernsprechverständigung zwischen dem Eiffelturm und Melun (50 Kilometer). Später glückten drahtlose Gespräche von Kriegsschiffen im Mittelmeer aus mit dem Eiffelturm, mit der Reede Rouges Terres bei Cherbourg und mit Kriegsschiffen in der Nordsee. In England gingen fast sämtliche einschlägigen Versuche von der Marconigesellschaft aus. Daneben machte nur noch Andrew Burns in Portobello /Schottland/ ähnliche Versuche. Italien ersetzte kurz vor Kriegsausbruch das früher in seiner Marine eingeführte System Missuno durch das der 3 Japaner Torikata, Yokoyama und Kitamura (System Tyk). In Amerika erzielte Fessenden 1906 die ersten Erfolge mit einer eigens konstruierten Hochfrequenzmaschine, deren Wirkung er am 11. Dezember 1906 einem Kreis von Fachleuten vorführte. Es wurde zwischen Brant Rock und Plymouth gesprochen. Im Juli 1907 gelang es zwischen Brant Rock und Jamaica über 320 Kilometer Entfernung eine Verständigung herbeizuführen. De Forrest versuchte 1909 mit Hilfe eines Audionverstärkers Gespräche zwischen New York und dem Eiffelturm zu führen, konnte es aber noch zu keinem brauchbaren Ergebnis bringen. Erst im Herbst 1915 überwand das drahtlose Telephon den Ozean; es wurde unter anderm zwischen Arlington bei Washington und dem Eiffelturm gesprochen. Verständigungen zwischen Land und Schiff hatte schon 1907 auf dem Eriese die Radio-Telephone Company herbeizuführen gesucht, die in Put in Bay eine eigene Versuchsstation besaß. Gleichzeitig wurden alle amerikanischen Kriegsschiffe mit Einrichtungen für drahtlose Telephonie versehen. Dabei wurden Reichweiten bis zu 8 Kilometer bezwungen. Mittlerweile ist zwischen Schiffen auf See und Küstenstationen ein regelrechter Fernsprechverkehr eingerichtet worden. Die wichtigsten Stationen befinden sich in New York, Chicago, Michigan City, Milwaukee, To-

ledo, Cleveland, San Diego /Californien/ und Pensacola /Florida/. 1910 begann man in Frankreich mit Versuchen eine telephonische Verbindung mit Flugzeugen in der Luft herzustellen. Dabei gelangen Gespräche zwischen dem Eiffelturm und einem 500 Meter hohen Flugzeug bei Reichweiten bis zu 60 Kilometer. Auch bei Versuchen vom fahrenden Eisenbahnzug zu sprechen hat man gute Ergebnisse erzielt. Von einem Zug der Delaware, Lackawa und Western-Railroad, der eine Stundengeschwindigkeit von 96 Kilometer hatte, verständigte man sich über eine Entfernung von 85 Kilometer.

Schweden: Inlandbahn

Die Linienführung der schwedischen Inlandbahn steht nunmehr in allen ihren Teilen fest. Diese Bahn ist in Verbindung mit den Querbahnen für Schweden von außerordentlicher Bedeutung, weil dadurch ein Teil des Landes mit Schienen versehen wird, der bisher noch keine Eisenbahnen hatte. Als Dalekarlien und die nördlichen Gebiete eine Bahnverbindung forderten, tauchte der Plan auf eine große staatliche Inlandbahn zu bauen, die vom Kattogat aus durch das schwedische Inland bis nach Gellivare in Lappland hinausgehen sollte; es würde das eine Bahnlänge von etwa 1700 Kilometer darstellen. Zuerst wurde der Bau des nördlichsten Teils, der 700 Kilometer langen Linien von Oesters bis Gellivare beschlossen, von der heute etwa ein Drittel fertiggestellt ist. Die ganze Inlandbahn soll im Jahr 1926 in Betrieb genommen werden, während auf den Teilstrecken der Verkehr schon früher durchgeführt wird. Zum weitem Aufschluß des Landes sollen einige Querbahnen erbaut werden, die die Inlandbahn mit der an der Ostseite Schwedens sich hinziehenden Stammbahn verbinden. Genehmigt ist der Bau von 3 Querbahnlinien; die nördlichste geht von Gubblijure nach Jörn und ermöglicht den Verkehr zum Meer über die Küstenstadt Skellefteå, dazu kommen die Querlinien Stensele-Hällnäs und Hoting-Forsmo. Durch dieses Bahnnetz werden Gegenden erschlossen, die reich an Naturschätzen verschiedener Art sind, und man erhofft dadurch eine bedeutende Hebung des Wirtschaftslebens und des Touristenverkehrs.

Kanalbau

Der in den Jahren 1889 bis 1901 vom Staat erbaute Königsberger Seekanal genügte schon vor Aus-

bruch des Krieges nicht mehr voll den Bedürfnissen der Seeschifffahrt, da seine Fahrinne nur 6,5 Meter tief ist und mangels Befuerung nachts nicht befahren werden kann. Da diese Wasserstraße nach Kriegsende besonders wichtig sein wird, sieht der preußische Staatshaushalt für 1918 als ersten Beitrag zum weitem Ausbau des Kanals die Summe von 300 000 Mark vor. Der Seekanal soll auf 8 Meter Tiefe gebracht werden, um auch größeren Dampfern die Benutzung des städtischen Industrie- und Handelshafens zu ermöglichen, der in Königsberg angelegt wird. Auch soll eine Befuerung der Ufer eingerichtet werden. Die Kosten des Umbaus sind auf 14,2 Millionen Mark veranschlagt, zur Bauausführung dürften 6 Jahre erforderlich sein.

Die italienische Abgeordnetenversammlung im vergangenen Jahr ihre Zustimmung zum Bau eines Kanals aus, der für das Wirtschaftsleben Oberitaliens von größter Bedeutung werden dürfte. Er geht von Mailand durch den Lodi, den Pizzighetone und die Adda. Die Strecke vom Po nach Venedig wurde während des Krieges gebaut. Der neue Kanal soll in Jahresfrist fertiggestellt sein. Er ist auf 600 Tonnenschiffe berechnet. Gleichzeitig etwa mit dem Mailand - Venedig - Schifffahrtsweg wird auch der Kanal von Venedig nach Monfalcone fertig werden.

Berlin:
Stadtbahn

Auch während des Krieges haben die Vorbereitungen zur Elektrifizierung

der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn nicht geruht. So sind Pläne in Bearbeitung, die eine neuartige Stromzuführung ohne unmittelbare Oberleitung oder Stromschiene vorsehen. Der Strom würde hierbei durch seitlich gespannte Drähte zugeleitet werden. Die Übersichtlichkeit der Strecke würde dadurch erhöht; und Störungen von Schwachstromleitungen durch den Bahnwechselstrom könnten leicht vermieden werden. Auf der Schlesischen Gebirgsbahn werden regelmäßige Probefahrten mit den Probezügen gemacht. Bisher sind 2 Triebgestellzüge hergestellt, mit denen die vorhandenen Stadtbahnwagen ohne durchgreifenden Umbau verwendet werden können. Ein weiterer Triebwagenzug konnte der Zeitverhältnisse wegen noch nicht fertiggestellt werden. Nach den bisher gemachten Versuchen entsprechen die Triebgestellzüge allen Anforderungen, auch in den Anlaufbeschleunigungen. Bei Verwendung von

Triebgestellen könnte man den bisher vorhandenen großen Wagenpark der Stadtbahn weiter benutzen. Auf die Frage der Versorgung der Stadtbahn mit elektrischem Strom wird die jetzt erwogene Umgestaltung unserer Brennstoffwirtschaft von Einfluß sein. Außer Braunkohle soll auch Torf zur Elektrizitätserzeugung benutzt werden. Eine neue Vorlage dürfte bald nach Friedensschluß beim Landtag eingebracht werden.

Sidney: Untergrundbahn

In Sidney wird gegenwärtig am Bau einer Untergrundschnellbahn gearbeitet, die vorläufig aus einer 2gleisigen Ringbahn um das Geschäftsviertel mit Anschlüssen an die vorhandenen Vorortdampfbahnen bestehen wird. Die Züge werden sich aus 7 achsigen Wagen zusammensetzen. Als Betriebsstrom ist Gleichstrom mit 1500 Volt in Aussicht genommen. Um bei der vorgesehenen Zugfolge von 160 Zügen stündlich einen Aufenthalt von 40 Sekunden an den Haltestellen zu ermöglichen, werden die Bahnhöfe für jede Fahrtrichtung 2 parallele Gleise erhalten. Fahren die Züge abwechselnd auf dem einen oder dem andern Gleis, so kann dann ein Zug bereits einfahren, bevor der vorhergehende den Bahnhof verlassen hat. Die genannte Zugdichte setzt eine selbsttätige Geschwindigkeitsregelung mit Kontaktschiene voraus. Bei Lichtsignalen und Handregelung wäre höchstens mit 136 Zügen stündlich zu rechnen. Sollte sich bei so großer Zugdichte nicht die Stufenbahn empfehlen?

Totenliste

Der Architekt Ludwig Heim ist, 74 Jahre alt, in Berlin gestorben. Er war eine Zeitlang als Regierungsbaumeister im Staatsdienst bei der Potsdamer Eisenbahndirektion tätig. Als solcher hat er in den Jahren 1870 bis 1874 den Magdeburger Zentralbahnhof gebaut. Vor allem aber war er an dem Bau der Berliner Stadtbahn in hervorragender Weise beteiligt. Von ihm stammen die Entwürfe und ein Teil der Ausführung. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst diente er insofern auch noch dem Verkehr, als er besonders die großen Hotelbauten schuf. Die wichtigsten Berliner Hotels, die den Fremdenverkehr der Reichshauptstadt mächtig förderten, waren sein Werk. Über die architektonischen Leistungen Heims kann in dieser Rundschau, die nur dem Verkehr gewidmet ist, ein Urteil nicht abgegeben werden.

Kurze Chronik Der Verkehr durch den Suezkanal ist nach dem Jahresbericht für 1917 um 3,956 Millionen Tonnen auf 8,369 Millionen zurückgegangen. Gleichzeitig haben sich die Einnahmen um 17,03 Millionen auf 72,02 Millionen, vermindert, während die Ausgaben um 3,58 Millionen auf 37,5 Millionen Francs angewachsen sind. Der Reingewinn beläuft sich auf 33,33 Millionen Francs, gegen 54,03 Millionen, wobei zu berücksichtigen ist, daß keine Rückstellungen vorgenommen wurden. ◊ Der Hafendirektor von Kopenhagen hat Pläne zur Erweiterung der Kopenhagener Hafenanlagen ausgearbeitet. Der Hafen soll zunächst nach Süden ausgebaut werden; dadurch würde der Industrie neues Baugelände erschlossen und die Uferstrecke um 9,8 Kilometer verlängert werden; ein Ausbau nach Osten brächte eine Verlängerung der Uferstrecke um 9 Kilometer. Die Kosten des Baus werden auf 112 Millionen Mark geschätzt. ◊ In London werden wieder Dampfomnibusse anstatt der Benzinwagen in Verkehr gestellt, da die Brennstoffbeschaffung für diese bedeutende Schwierigkeiten bereitet. Diese Wagen, die mit Koks geheizt werden, sollen nicht nur die gleiche Schnelligkeit erreichen wie neuzeitliche Benzinwagen sondern auch beinahe geräuschlos fahren. Die Betriebskosten betragen gegenüber dem Friedenspreis des Benzins nur 60 %.

EINZELNES

Notizen

Schulz und die Sozialistischen Monatshefte Genosse Arthur Schulz, dessen Tod für die deutsche Sozialdemokratie einen Verlust von einer Größe bedeutet, die erst beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nach dem Krieg richtig empfunden werden kann, hat in seinem Testament auch die folgende Bestimmung hinterlassen: »Als Schriftsteller habe ich mit höchster Freudigkeit seit nun fast 10 Jahren an den Sozialistischen Monatsheften mitgearbeitet. Da auch während des Krieges ihre Haltung und Wirksamkeit ganz hervorragend war und meine vollste Billigung fand, wende ich dem Verlag der Sozialistischen Monatshefte die restlichen 10 000 Mark der von mir gezeichneten Krieganleihe als Vermächtnis zu.« Diese letztwillige Verfügung zeigt die tiefe innere Verbun-

denheit Schulzens mit den Sozialistischen Monatsheften, die ihm auch darum ein dankbares und treues Andenken bewahren werden.

Arthur Schulz hat dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte, in dem er tief wurzelte, vieles Wertvolle hinzugefügt. Er hat die Grundlagen der neuen sozialdemokratischen Agrartheorie geschaffen. Über sein eigenes Arbeitsgebiet hinaus aber war er ein überzeugter Anhänger der Anschauungen, die in dieser Zeitschrift vertreten wurden: wie in jeder Hinsicht so im besondern auch in der Auffassung der Weltpolitik und der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Er war daher auch vollständig davon durchdrungen, daß nur ein enger Anschluß an Rußland die Zukunft des deutschen Volkes, die kontinentaleuropäische Zukunft überhaupt, sichern könne: ein Anschluß, der uns wirtschaftlich die Entwicklung unserer Produktivkräfte gewährleistet, uns aber auch geistig sehr nützt. Gerade die außenpolitische Übereinstimmung zwischen Schulz und dem Programm der Sozialistischen Monatshefte, die schon seit jeher vorhanden war, hat sich während des Krieges noch außerordentlich vertieft. Daraus zog Schulz dann die Konsequenz: sein Vermögen in den Dienst der deutsch-russischen Verständigung zu stellen (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, in diesem Band, Seite 563 f.). Das Schulzsche Institut, wie es in seinem Testament gezeichnet wird, soll ein Freundschaftsverhältnis Deutschlands und Kontinentaleuropas zu Rußland (in Wirtschaft, Politik, Kultur und nicht zuletzt in der Gesinnung) dadurch fördern helfen, daß es die wissenschaftlichen Grundlagen dafür schafft. Ein Unternehmen, das besonders dem Sozialisten sympathisch sein muß, da die Bedeutung der östlichen Orientierung gerade auch für die Entwicklung zum Sozialismus im produktiven Sinn jedem Weiterblickenden einleuchten sollte.

So wird der Geist Arthur Schulz' in die Ferne wirken. Der Platz, den er in den Sozialistischen Monatsheften ausgefüllt hat, bleibt aber unbesetzt. Sein Tod legt ihnen die Pflicht auf in gemeinsamer Arbeit das wenigstens zu einem Teil zu ersetzen, was er durch die glückliche Vereinigung von wissenschaftlichem Denken und anschauernder Praxis geleistet hat.

Joseph Bloch